

# Landtag des Saarlandes

## 14. Wahlperiode



Pl. 14/33  
21.03.12

### 33. Sitzung

am 21. März 2012, 09.00 Uhr, im Gebäude des  
Landtages zu Saarbrücken

Beginn: 09.05 Uhr  
Ende: 15.35 Uhr

#### **PRÄSIDIUM:**

Präsident Ley (CDU)  
Erste Vizepräsidentin Ries (SPD)  
Zweiter Vizepräsident Jochem (FDP)  
Erste Schriftführerin Schramm (DIE LINKE)  
Zweite Schriftführerin Willger (B 90/GRÜNE)  
Dritte Schriftführerin Heib (CDU)

#### **REGIERUNG:**

Ministerpräsidentin und Ministerin der Justiz  
Kramp-Karrenbauer (CDU)  
Minister der Finanzen und (geschäftsführend) Minister  
für Wirtschaft und Wissenschaft Jacoby (CDU)  
Minister für Inneres, Kultur und Europa und  
(geschäftsführend) Minister für Bildung Toscani  
(CDU)

#### **Es fehlen:**

Minister für Bundesangelegenheiten - Chef der  
Staatskanzlei und (geschäftsführend) Minister für  
Umwelt, Energie und Verkehr Storm  
Ministerin für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und  
Sport und (geschäftsführend) Ministerin für Gesundheit  
und Verbraucherschutz Bachmann  
Abg. Kütten (CDU)

Begrüßung einer Besuchergruppe .....	2380	<b>14. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequente Defizit-aufarbeitung rund um den Bau des Vierten Museumspavillons fortführen - neue Strukturen sowohl für Stiftung als auch zur Fertigstellung des Bauvorhabens implementieren (Drucksache 14/723) .....</b>	<b>2382</b>
Zeitpunkt und Tagesordnung der heutigen Sitzung .....	2380	<b>15. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Politische Verantwortung der Ministerpräsidentin für die Kostenverschleierung beim Vierten Pavillon (Drucksache 14/724) ....</b>	<b>2382</b>
Änderung der Tagesordnung .....	2381	<b>16. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Fehlverhalten beim Projekt des Vierten Pavillons endlich eingestehen und echte Konsequenzen ziehen! (Drucksache 14/730) .....</b>	<b>2382</b>
<b>2. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Solidarität von Bund und Ländern - Weiterentwicklung des Finanzausgleichs, Altschuldenfonds unter Heranziehung des Solidaritätszuschlags (Drucksache 14/714) .....</b>	<b>2381</b>	Abg. Jost (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/717 - neu.....	2382
<b>17. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reformdebatte über finanzielle Ausgleichs- und Zuschlagsmechanismen selbstbewusst in Angriff nehmen (Drucksache 14/726) .....</b>	<b>2381</b>	Abg. Meiser (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/723.....	2384
Anträge Drucksachen 14/714 und 14/726 zurückgezogen .....	2381	Abg. Lafontaine (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/724.....	2386
<b>5. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Erfolge bestätigt - erfolgreiche Bildungspolitik fortsetzen (Drucksache 14/715) .....</b>	<b>2381</b>	Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/730.....	2388
<b>6. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gemeinschaftsschule weiterentwickeln - Bildungsstandards verbessern (Drucksache 14/721) .....</b>	<b>2381</b>	Minister Toscani.....	2389
<b>23. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bildungsgerechtigkeit weiter ausbauen - alle Lehrerstellen im Schulsystem erhalten (Drucksache 14/729) .....</b>	<b>2381</b>	Abg. Dr. Hartmann (FDP).....	2392
Anträge Drucksachen 14/715, 14/721 und 14/729 zurückgezogen .....	2381	Abg. Jost (SPD).....	2394
<b>1. Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen bei dem Bau des Vierten Pavillons/Umbau der Modernen Galerie ziehen (Drucksache 14/717 - neu) .....</b>	<b>2382</b>	Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	2395
		Abg. Theis (CDU).....	2395
		Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer.....	2397
		Abg. Jost (SPD).....	2398
		Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	2398
		Abg. Lafontaine (DIE LINKE).....	2398
		Abg. Meiser (CDU).....	2399
		Abg. Dr. Hartmann (FDP).....	2400
		Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	2400

Minister Jacoby.....	2401	Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/728, Annahme des Antrages .....	2410
Abg. Dr. Hartmann (FDP).....	2401		
Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE).....	2402	Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/732, Annahme des Antrages .....	2410
Abg. Dr. Hartmann (FDP).....	2402		
Ausschussüberweisung (Untersuchungsausschuss „IV. Pavillon“) der Anträge .....	2402	Unterbrechung der Sitzung .....	2411
<b>3. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Beschäftigungsgesellschaft für Schlecker-Beschäftigte (Drucksache 14/711 - neu) ....</b>	<b>2402</b>	<b>4. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Arbeit für das Saarland! (Drucksache 14/718) .....</b>	<b>2411</b>
<b>18. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Transfergesellschaft für Schlecker-Beschäftigte (Drucksache 14/734) .....</b>	<b>2402</b>	<b>21. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern stärken (Drucksache 14/733) .....</b>	<b>2411</b>
<b>19. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schlecker-Beschäftigte unterstützen - Arbeitsplätze im Saarland sichern (Drucksache 14/728) ..</b>	<b>2402</b>	<b>22. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe (Drucksache 14/727) .....</b>	<b>2411</b>
<b>20. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Neue Perspektiven für Schlecker-Beschäftigte schaffen - dezentrale Transfergesellschaft einrichten! (Drucksache 14/732) .....</b>	<b>2402</b>	Abg. Willger (B 90/GRÜNE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/718.....	2411
Abg. Schramm (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/711 - neu.....	2402	Abg. Meiser (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/733.....	2412
Abg. Meiser (CDU) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/734.....	2404	Abg. Roth (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/727.....	2415
Abg. Roth (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/728.....	2404	Abg. Linsler (DIE LINKE).....	2418
Abg. Willger (B 90/GRÜNE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/732.....	2406	Abg. Kühn (FDP).....	2420
Abg. Hirschberger (FDP).....	2407	Abg. Willger (B 90/GRÜNE).....	2421
Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE)	2408	Abg. Meiser (CDU).....	2422
Minister Jacoby.....	2409	Antrag Drucksache 14/718 zurückgezogen; Ausschussüberweisung (AFPSS) der Anträge Drucksachen 14/727 und 14/733 .	2422
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/711 - neu -, Annahme des Antrages ....	2410	Danksagung des Vizepräsidenten Jochem .....	2422
Abstimmung über den Antrag Drucksache 14/734, Annahme des Antrages .....	2410	<b>7. Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bezahlbare Energiepreise gewährleisten (Drucksache 14/712) .....</b>	<b>2423</b>

8. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Energiewende engagiert vorantreiben: Erneuerbare Energien ausbauen, den Wirtschafts- und Industriestandort Saarland sichern, die Chancen neuer Märkte nutzen (Drucksache 14/713) ..... 2423
10. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Kein Kahlschlag bei der Solarförderung - Energiewende weiter vorantreiben (Drucksache 14/719) ..... 2423
9. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Energie muss sicher, bezahlbar und nachhaltig sein - saarländische Kraftwerke stärken, erneuerbare Energien fördern (Drucksache 14/722) ..... 2423
24. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Faire und transparente Kraftstoffpreise sicherstellen (Drucksache 14/731) ..... 2423
25. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ökologische Alternativen statt staatliche Festsetzung von Energiepreisen (Drucksache 14/735) ..... 2423
- Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/712..... 2423
- Abg. Heinrich (CDU) zur Begründung der Anträge Drucksache 14/731 und 14/713..... 2424
- Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) zur Begründung der Anträge Drucksachen 14/735 und 14/719..... 2427
- Abg. Rehlinger (SPD) zur Begründung des Antrages Drucksache 14/722.. 2428
- Abg. Jochem (FDP)..... 2430
- Abg. Pauluhn (SPD)..... 2432
- Ausschussüberweisung (UEV) der Anträge ..... 2433
11. Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus dem Stresstest für das französische Kernkraftwerk Cattenom (Drucksache 14/716) ..... 2433
12. Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Stilllegung des Atomkraftwerks Cattenom (Drucksache 14/720) ..... 2433
26. Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Cattenom abschalten - Atomkraft ist unbeherrschbar (Drucksache 14/725) ..... 2433
- Abg. Dr. Hartmann (FDP)..... 2433
- Ausschussüberweisung (UEV) der Anträge ..... 2434
13. Beschlussfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend: Veräußerung einer unbebauten landeseigenen Forstteilfläche in Homburg, Bexbacher Straße (Gemarkung Erbach-Reiskirchen) (Drucksache 14/706) ..... 2434
- Abg. Jost (SPD), Berichterstatter..... 2434
- Abstimmung, Annahme des Antrages ..... 2434
- Danksagung des Landtagspräsidenten .... 2434
- Präsident Ley:**  
 Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 33. Landtagssitzung. Zur heutigen Sitzung darf ich im Rahmen der Einführung von Gruppen in die Parlamentsarbeit Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Freiwilligen Ökologischen Jahr des NABU Saar unter Leitung von Herrn Günther von Bünau herzlich bei uns willkommen heißen.  
 (Beifall des Hauses.)  
 Im Einvernehmen mit dem Erweiterten Präsidium habe ich den Landtag des Saarlandes zu seiner 33. Sitzung für heute, 09.00 Uhr, einberufen und für diese Sitzung die Ihnen vorliegende Tagesordnung festgesetzt.  
 Zu Tagesordnungspunkt 1. Dem Antrag der FDP-Landtagsfraktion „Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen bei dem Bau des Vierten Pavillons ziehen“, Drucksache 14/717, ist die SPD-Landtagsfrak-

(Präsident Ley)

tion zwischenzeitlich beigetreten. Der Antrag liegt nunmehr mit dem erweiterten Betreff „Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen bei dem Bau des Vierten Pavillons/Umbau der Modernen Galerie ziehen“ als Drucksache 14/717 - neu - vor.

Zu dem Thema haben die Fraktionen von CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eigene Anträge eingebracht, die CDU-Landtagsfraktion den Antrag „Konsequente Defizitaufarbeitung rund um den Bau des Vierten Museumspavillons fortführen - neue Strukturen sowohl für Stiftung als auch zur Fertigstellung des Bauvorhabens implementieren“, die LINKE-Landtagsfraktion den Antrag „Politische Verantwortung der Ministerpräsidentin für die Kostenverschleierung beim Vierten Pavillon“ und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksache 14/730 den Antrag „Fehlverhalten beim Projekt des Vierten Pavillons endlich eingestehen und echte Konsequenzen ziehen!“. Wer dafür ist, dass diese Anträge als Punkte 14 bis 16 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass diese gesamten Anträge als Punkte 14 bis 16 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Punkt 1 der Tagesordnung beraten werden.

Zu den Punkten 2 und 17 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Solidarität von Bund und Ländern - Weiterentwicklung des Finanzausgleichs, Alt-schuldenfonds unter Heranziehung des Solidaritätszuschlags (Drucksache 14/714)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Reformdebatte über finanzielle Ausgleichs- und Zuschlagsmechanismen selbstbewusst in Angriff nehmen (Drucksache 14/726)**

Die Fraktionen von CDU und SPD haben jeweils ihre den Finanzausgleich betreffenden Anträge zurückgezogen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung. Der Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion „Beschäftigungsgesellschaft für Schlecker-Beschäftigte“ wurde zwischenzeitlich als Drucksache 14/711 - neu - eingebracht. Zu dem Thema haben wiederum CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergänzende Anträge eingebracht, die CDU-Fraktion den Antrag „Transfergesellschaft für Schlecker-Beschäftigte“, die SPD-Fraktion den Antrag „Schlecker-Beschäftigte unterstützen - Arbeitsplätze im Saarland sichern“ und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag „Neue Perspektiven für Schlecker-Beschäftigte schaffen - dezentrale Trans-

fergesellschaft einrichten!“ Wer dafür ist, dass die Anträge als Punkte 18, 19 und 20 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass diese Anträge als Punkte 18, 19 und 20 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Punkt 3 der Tagesordnung beraten werden.

Wir kommen dann zu Punkt 4 der Tagesordnung. Zu dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Gute Arbeit für das Saarland!“, Drucksache 14/718, haben die CDU-Landtagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion eigene Anträge eingebracht, die CDU-Landtagsfraktion den Antrag „Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern stärken“, und die SPD-Landtagsfraktion den Antrag „Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe“.

Wer dafür ist, dass die Anträge als Punkte 21 und 22 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass diese Anträge als Punkte 21 und 22 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 4 beraten werden.

Zu den Punkten 5, 6 und 23 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Erfolge bestätigt - erfolgreiche Bildungspolitik fortsetzen (Drucksache 14/715)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gemeinschaftsschule weiterentwickeln - Bildungsstandards verbessern (Drucksache 14/721)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bildungsgerechtigkeit weiter ausbauen - alle Lehrstellen im Schulsystem erhalten (Drucksache 14/729)**

Alle drei Fraktionen haben ihre Anträge zurückgezogen.

Wir kommen dann zu den Punkten 7, 8, 9 und 10 der Tagesordnung. Die Fraktionen sind übereingekommen, die Anträge der Landtagsfraktionen von LINKE, CDU, SPD und GRÜNE, die die Energiepolitik betreffenden Anträge, wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Dann wird so verfahren.

(Präsident Ley)

Zu Punkt 7 der Tagesordnung, dem Antrag von der DIE LINKE-Landtagsfraktion „Bezahlbare Energiepreise gewährleisten“, haben die CDU-Landtagsfraktion und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eigene Anträge eingebracht, die CDU „Faire und transparente Kraftstoffpreise sicherstellen“ und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Antrag „Ökologische Alternativen statt staatliche Festsetzung von Energiepreisen“. Wer dafür ist, dass die Anträge als Punkte 24 und 25 in die Tagesordnung aufgenommen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass diese Anträge als Punkte 24 und 25 in die Tagesordnung aufgenommen und gemeinsam mit den Punkten 7, 8, 9 und 10 beraten werden.

Zu den Punkten 11 und 12 der Tagesordnung. Die Mitglieder des Erweiterten Präsidiums sind darüber hinaus übereingekommen, die Anträge von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Kernkraftwerk Cattenom betreffend, wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam zu beraten. Erhebt sich dagegen Widerspruch? - Das ist nicht der Fall.

Zu dem Thema hat die SPD-Landtagsfraktion mit der Drucksache 14/725 den Antrag „Cattenom abschalten - Atomkraft ist unbeherrschbar“ eingebracht. Wer dafür ist, dass der Antrag als Punkt 26 in die Tagesordnung aufgenommen wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass dieser Antrag als Punkt 26 in die Tagesordnung aufgenommen ist.

Wir kommen zu den Punkten 1, 14, 15 und 16 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der FDP-Landtagsfraktion und der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus den Fehlentwicklungen bei dem Bau des Vierten Pavillons/Umbau der Modernen Galerie ziehen (Drucksache 14/717 - neu)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequente Defizitaufarbeitung rund um den Bau des Vierten Museumspavillons fortführen - neue Strukturen sowohl für Stiftung als auch zur Fertigstellung des Bauvorhabens implementieren (Drucksache 14/723)**

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Politische Verantwortung der Ministerpräsidentin für die Kostenverschleierung beim Vierten Pavillon (Drucksache 14/724)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Fehlverhalten beim Projekt des Vierten Pavillons endlich eingestehen und echte Konsequenzen ziehen! (Drucksache 14/730)**

Zur Begründung des gemeinsamen Antrages der Landtagsfraktionen von FDP und SPD, Drucksache 14/717 - neu -, erteile ich Herrn Abgeordneten Reinhold Jost das Wort.

**Abg. Jost (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem gemeinsamen Antrag zwischen SPD und FDP wollen wir heute noch einmal dokumentieren, was die Zwischenbilanz des Untersuchungsausschusses ist, der mittlerweile zum wiederholten Male tagte, in der Affäre rund um den Vierten Pavillon und die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz. Festzuhalten ist, es sind wichtige Zwischenergebnisse und es stellt sich eines klar heraus: Aufklärung tut weiter not. Wir werden am kommenden Dienstag in der Untersuchungsausschusssitzung über den weiteren Gang des Verfahrens reden. Für uns ist aber klar, dieser Vierte Pavillon steht für ein absolutes Kontrollversagen, für gerichtlich abgeurteilte Korruption, für absichtliche Verschleierung der Kosten. Es ist, um es auf den Punkt zu bringen, ein Millionendesaster der CDU-geführten Landesregierung der letzten Jahre. Das ist ein Sinnbild für das Scheitern im Kulturbereich.

(Beifall bei SPD, FDP und der LINKEN.)

Es ist ein einmaliger Punkt auch hinsichtlich anderer Feststellungen. Mit 10 Millionen Euro in der Planung und im Wettbewerb ausgeschrieben steht jetzt der Rohbau, und es ist zu befürchten, dass die Kosten am Ende bei über 30 Millionen Euro landen werden. Das ist für uns deswegen einmalig, weil man an anderer Stelle als Haushaltsnotlageland jeden Euro und jeden Cent zweimal umdrehen muss und gleichzeitig hier durch absolutes Kontrollversagen, durch eine Nicht-Zurkenntnisnahme von Kosten, die aus dem Ruder laufen, ja sogar durch eigenhändiges Abändern von Kosten, um die Öffentlichkeit zu täuschen, das Geld nur so aus dem Fenster herausgeschmissen wurde. Das verstehe, wer will. Vor allen Dingen die Bürgerinnen und Bürger draußen im Land verstehen dies nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, FDP und der LINKEN.)

Es ist aber auch in einem anderen Punkt eine Einmaligkeit, nämlich im Umgang mit dem Rechnungshof als verfassungsmäßig abgesicherter Kontrollinstanz. Ich möchte nur noch mal daran erinnern, dass, als dieser ganze Skandal 2009, 2010 und

(Abg. Jost (SPD))

2011 vom Rechnungshof aufgearbeitet wurde, die damals Verantwortlichen vonseiten der CDU in der Landesregierung nichts Besseres zu tun hatten, als diejenigen zu kritisieren, die den Skandal aufgedeckt haben. Allein das ist eine Einmaligkeit und ein Tiefpunkt im Umgang mit dem Rechnungshof. Ich sage ganz bewusst, das hat bis heute keine Konsequenzen mit sich gebracht.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Der Rechnungshof selbst schreibt: „In Anbetracht des Umgangs mit dem Rechnungshof in seiner Gesamtheit und der Art und Weise, wie zu den Empfehlungen Stellung genommen wurde, muss angenommen werden, dass die Betroffenen verkennen, dass es sich beim Rechnungshof um das oberste Organ der Finanzkontrolle des Landes handelt. Ohne diesen Umstand überbewerten zu wollen, aber dennoch in dem Bewusstsein seiner unabhängigen Stellung kann der Rechnungshof ein solches Verhalten nicht hinnehmen.“ Genauso ist es. Wo sind wir hingekommen, wenn diejenigen, die die Skandale aufdecken, sich dafür kritisieren lassen müssen, und nicht diejenigen die politische Verantwortung für das übernehmen, was sie dort selbst an Scheitern festzustellen haben?

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Einmalig in diesem Zusammenhang sind auch die bisherigen Feststellungen vor Gericht. Man muss sich nur noch mal die entsprechenden Presseartikel in der Saarbrücker Zeitung vergegenwärtigen: „Melcher wirkte im rechtsfreien Raum. Er berichtete von Zeitdruck, öffentlichem, politischem und privatem Druck.“ Der wichtigste Satz in diesem Artikel: „Strafmildernd berücksichtigte das Gericht, dass dies in einem rechtsfreien Raum bei der Stiftung stattfand. Weitere gewichtige Milderungsgründe waren: Es gab auch Essen, an denen Mitglieder der Regierung und des Kuratoriums teilnahmen.“ Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht nur fehlende Kontrolle, nicht nur rechtsfreier Raum, es gab auch gewichtige Milderungsgründe nach dem Motto: Hauptsach gudd gess, was die nachher damit machen, ist uns egal. Das ist auch ein Sinnbild von Verflechtung, von Filz, von Vertrauensseligkeit, was dazu geführt hat, dass wir hier ein Millionendesaster haben, das sich in der Tat als einmalig in der saarländischen Geschichte abzeichnet.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie vom Abgeordneten Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE).)

Nach dem bisherigen Gang der Untersuchung im Untersuchungsausschuss ist Folgendes festzuhalten. Der Rechnungshof bleibt bei seinen Feststellungen, die er getroffen hat, zum Beispiel der ersten und wichtigsten Feststellung, nachzulesen im Rechnungshofsbericht vom 03.11.2011: „Schon recht früh zeigte sich, dass diese Kostengrenzen - gemeint

waren die 10 Millionen Euro - nicht einzuhalten waren und sie erheblich überschritten wurden.“ Das ist also eine Feststellung des Rechnungshofes, dass die Verantwortlichen allesamt wussten, dass das Ding viel, viel teurer wird, man aber nichts dagegen unternommen hat.

Auf Seite 53 des Berichts heißt es, dass es dem Rechnungshof unverständlich ist, warum die Staatskanzlei gegenüber dem Kulturausschuss am 11.08.2011 zum aktuellen Stand keine Aussagen getätigt hat. Er gibt dann auf Seite 57 auch die Begründung: „Offensichtlich wurden die Kostenangaben bewusst niedrig gehalten, um bei den Gremien des Landtages und der Stiftung eine Freigabe für die Umsetzung der Neubaumaßnahme zu erreichen.“ Das ist der Kernpunkt: Die Verantwortlichen im politischen Bereich genauso wie bei der Stiftung wussten frühzeitig, dass die Kosten nicht einzuhalten sind. Man hat sie bewusst verschleiert, um in den Gremien des Landtages und der Stiftung Mittelfreigaben zu bekommen. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und sage: Es ging Ihnen damals darum, vor der Landtagswahl noch schnell einen symbolischen Spatenstich zu machen, koste es, was es wolle - im wahrsten Sinne des Wortes. Gekostet hat es Sie jegliche Glaubwürdigkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Klar ist auch, dass in diesem Zusammenhang völliges Unverständnis bei Beteiligten der Stiftung hinsichtlich der Kostendarstellung geherrscht hat. Einige haben gesagt, dass die Kostendarstellung seitens der Politik in der fraglichen Zeit 2009 und 2010 als dumm und hinterhältig empfunden wurde. Diese Worte „dumm und hinterhältig“ stammen vom Verwaltungsleiter der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz, Herrn Lang, der gesagt hat: „Jeder wusste, es kostet mehr.“ Für ihn sei in keiner Weise nachvollziehbar, wie man zu diesen niedrigeren Zahlen und der entsprechenden Darstellung kam. Dumm und hinterhältig - das war seine Einschätzung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP.)

Es ist ganz gezielt falsch informiert und auch ganz bewusst von Ihnen, Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, in diese Falschdarstellung eingegriffen worden. Obwohl eine zeitgleich von Ihnen eingebrachte Ministerratsvorlage Gesamtkosten von 20,1 Millionen Euro zum Ausdruck gebracht hat, haben Sie diesen Betrag eigenhändig aus einer Pressemitteilung, in deren Originalentwurf die 20,1 Millionen noch drinstanden, rausgestrichen und dafür gesorgt, dass am Ende - auch von Ihnen quasi vertont - nur noch von 14,5 Millionen Euro die Rede ist. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bezeichne das als Tarnen, Tricksen, Täuschen, genauso wie

**(Abg. Jost (SPD))**

es auch die Presse in diesem Land gesehen und geschrieben hat. Wer so etwas tut, der hat in diesem Zusammenhang Vorsatz zum Ausdruck gebracht. Wer die parlamentarischen Vertreter und insbesondere die Presse in solch einer Frage derart vorsätzlich täuscht, der darf sich nicht wundern, wenn er dafür auch kritisiert wird.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Besser wird das auch nicht dadurch, dass man glaubt, sich mit dem Hinweis verteidigen zu müssen: Wenn man gewusst hätte, wie hoch das Diffamierungspotenzial gewesen sei, hätte man das eventuell nicht gemacht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich frage mich, was schlimmer ist: die Erkenntnis darüber, dass man hier aktiv versucht hat, die Öffentlichkeit hinters Licht zu führen und auch aktiv und eigenhändig daran mitgearbeitet hat, oder der Umgang damit und der Versuch, diejenigen, die das aufgedeckt haben, mit einem sogenannten Diffamierungsstempel zu versehen. Frau Ministerpräsidentin, Sie haben versagt, Sie wurden ertappt, Sie haben getrickt, Sie haben falsch informiert. Ich sage ganz bewusst: Aus der Nummer kommen Sie so nicht raus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

Der völlige Kontrollverlust, Vetternwirtschaft und Filz, blindes Vertrauen mit keinerlei Interesse an den Geschehnissen bei der Stiftung, Korruption und Vorteilsnahme, das Leugnen des eigenen Fehlverhaltens, das sind alles Beispiele für Ihre Politik rund um das Thema Viertes Pavillon. Meine sehr geehrten Damen und Herren, am 25. März, am kommenden Sonntag, haben die Menschen in diesem Land die Chance, den dafür politisch Verantwortlichen die Quittung auszustellen und ihnen die Verantwortung zukommen zu lassen, die sie bisher leugnen. In diesem Sinne, nehmen Sie in dieser Frage die Kritik ernst und hören Sie auf, diejenigen, die Sie beim Tricksen, Tarnen und Täuschen ertappt haben, zu diffamieren! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 14/723, erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Klaus Meiser das Wort.

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann die Enttäuschung des Kollegen Jost verstehen, wenn man morgens in einen Untersuchungsausschuss geht und meint, der Generalangriff auf die Regierungschefin werde heute gestartet, und am Ende des Tages klar ist: Es hat keiner getäuscht,

(Lachen bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD)

es ist alles so geschehen, wie es in Ordnung war, und nichts von den Vorwürfen ist übriggeblieben.

(Beifall bei der CDU.)

Imposant sind auch Ihre Schlussfolgerungen aus dem eben mit großen Worten dargestellten Skandal an die Adresse der Ministerpräsidentin, sie möge das in Zukunft ernst nehmen. Das ist ganz toll, das ist ein parlamentarisches Mittel, das ich bisher noch nicht kennengelernt habe. Also sind Sie insofern doch in der Lebenswirklichkeit angekommen, dass Sie ab Sonntag über die Dinge dann noch mal nachdenken müssen, wie sie ihre Richtigkeit haben. Und deshalb will ich noch mal ein paar Punkte hier klarstellen.

Punkt 1. Ich appelliere immer wieder an alle Verantwortlichen, also auch an das Parlament, in der gesamten Diskussion um das Thema Viertes Pavillon darf und soll nicht untergehen, dass der Vierte Pavillon selbst ein sinnvolles, positives und gutes Projekt in der Kultur für unser Saarland ist. Ich erinnere daran, es gab großes Einvernehmen zwischen allen Parteien und im Kuratorium, dass wir für die hervorragenden Sammlungen, die wir im Saarland haben - deutschlandweit kann sich das sehen lassen -, einen Vierten Pavillon brauchen, weil wir bisher nur 9 Prozent unserer Bilder ausstellen können. Überhaupt nicht angesprochen wurden die Wechselausstellungen. Der Vierte Pavillon wird es möglich machen, bis zu 20 Prozent der Bilder auszustellen. Meine große Bitte ist, dass dies in der Diskussion nicht verloren geht. Die Schlussfolgerung, die wir dann ziehen, ist, dass dieses Projekt sinnvoll ist und fertiggestellt werden soll.

(Beifall bei der CDU.)

Ich will noch etwas sagen. Es ist sicherlich zutreffend, dass der Start in dieses Projekt ein Fehlstart war. Es ist zutreffend, dass es nicht klug war, ohne belastbare Zahlen zu schätzen, dass ein solcher Pavillon 9 Millionen plus x kosten kann und so, wie das für mich nachvollziehbar ist, die Preise für Büroräume anzusetzen. Das war nicht klug. Das hat dem gesamten Projekt nicht gut getan. Ich denke, der Projektsteuerer Marx, der diese Kostenberechnung gemacht hat, ist in seiner Qualifikation inzwischen erkannt. Auch dieser Projektsteuerer ist einvernehmlich auf die Reise geschickt worden von einem Kuratorium, dem auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten angehören. Ich will das heute noch einmal in aller Deutlichkeit sagen, vor allen Dingen vorbeugend auf den Reflex der Kollegin Ries, wenn ich den Namen Britz nenne. Wer einem Aufsichtsrat angehört und nicht teilnimmt, hat trotzdem Verantwortung. Das muss man in aller Klarheit sagen.



(Abg. Meiser (CDU))

(Beifall bei der CDU. - Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Deshalb tun Sie hier nicht so, als hätten Sie überhaupt nichts mit den Dingen zu tun. Sie haben das Stiftungsgesetz mit beschlossen. Sie haben mit Frau Britz und Herrn Burkert im Kuratorium gesessen. Wenn Frau Britz - wie so oft - nicht da war, dann war der Herr Schrader von der FDP da. Auch das sage ich präventiv in Richtung Herrn Hartmann, der ja noch vor wenigen Wochen zum Thema Vierter Pavillon gesagt hat: Nach dem, was ich jetzt nachvollzogen habe, hat das alles seine Ordnung und ich kann das prima mittragen. Er ist sofort in die Rolle des Oppositionsführers geschlüpft und wird hier und heute noch einmal den großen Auftritt in dieser Richtung haben. Deswegen sage ich Ihnen in aller Klarheit, dass - -

(Lautes Sprechen. - Zuruf des Abgeordneten Hirschberger (FDP).)

Kollege Hirschberger, die Erkenntnisse der FDP habe ich zweieinhalb Jahre lang erleben dürfen. Ich will mich heute dazu nicht mehr äußern. Das wäre pietätlos angesichts der letzten Sitzung vor den Wahlen.

Heute sollte ein weiterer Punkt nicht verloren gehen, wenn der Rechnungshof zitiert wird. Kollege Jost, der Rechnungshof hat ganz klar und deutlich gesagt, das, was jetzt steht und gebaut ist, ist nach unserer Auffassung 24 Millionen wert. Insofern wird permanent der Eindruck erweckt, als sei ein Gebäude, das nur 9 Millionen wert ist, für 24 Millionen hingestellt worden. Das ist falsch. Richtig ist, dass die ursprüngliche Schätzung viel zu niedrig war. Richtig ist aber auch, dass die Fachleute in aller Klarheit sagen, dieser Pavillon ist 24 Millionen wert. Insofern geht es bei den Skandalen um die Kostenmehrunge beim Projektsteuerer und so weiter, alles, was Sie schon kennen. Kollege Jost, deshalb kann ich gerade mit Blick auf diejenigen, die Sie heute und im Untersuchungsausschuss als Kronzeugen zitieren, nur sagen: Die Peinlichkeit ist nicht mehr zu steigern.

(Beifall bei der CDU.)

Diejenigen, die in diesem Bereich entweder schon verurteilt sind oder gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft oder die wegen Vorteilsnahme oder Untreue vor Gericht stehen, werden jetzt von Ihnen zitiert als die Kronzeugen in dieser Frage. Ich glaube, dass die Glaubwürdigkeit dieser Zeugen beeinträchtigend vor Gericht belegt ist. Das Gericht hat es nicht einmal für notwendig erachtet, die dümmlichen Vorwürfe gegenüber der Ministerpräsidentin vor Gericht zu klären, weil gesagt worden ist, es ist absolut unglaubwürdig, wir brauchen sie gar nicht als Zeugin. Die Dinge stehen für das Gericht so fest. Auch das muss heute wieder klar gesagt werden.

(Beifall bei der CDU.)

Lassen Sie mich zur Rolle der Ministerpräsidentin in dieser Frage kommen, als sie noch Kulturministerin war. Punkt 1 - ich darf es wiederholen -, die Konstruktion der Stiftung ist eine gemeinsam entwickelte; die haben wir damals für richtig gehalten. Alle haben gemeinsam darauf verzichtet, das Vieraugenprinzip einzuführen, aus Sparsamkeitsgründen. Das ist grotesk aus heutiger Sicht, aber das haben alle gemeinsam gemacht. Dort können Sie sich also nicht aus der Verantwortung stehlen.

Sie waren im Kuratorium vertreten - ich wiederhole es - mit der Oberbürgermeisterin der Stadt Saarbrücken und mit Michael Burkert, der früher Stadtverbandspräsident war. Sie sind dort in der Mitverantwortung. Kollegin Ries, auch wenn Sie es nicht begreifen wollen, das Schwarze sind die Buchstaben. Schauen Sie sich das Kuratorium an. Das ist so.

(Beifall bei der CDU. - Sprechen und Lachen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich jetzt auf den Kernpunkt der Vorwürfe kommen. Wir hatten als Ausgangspunkt eine Schätzung von 9 Millionen für reine Baukosten plus Baunebenkosten. Die Ministerpräsidentin hat in ihrer Eigenschaft als Kulturministerin beim ersten Spatenstich reine Baukosten - so hat sie es expressis verbis genannt - und Baunebenkosten mit 14,5 Millionen benannt und hat dann weitere Kostenfaktoren genannt, ohne sie zu beziffern. Dies für sich allein gesehen könnte man ja, selbst wenn man nicht böswillig ist, Herr Kollege Jost, als einen Versuch deuten, weitere Kosten nicht so genau zu benennen.

Wenn aber dann vor den Wahlen - urkundlich in den Ausschussprotokollen belegt - in Abstimmung mit der Kulturministerin der Finanzstaatssekretär Wack vor den Wahlen die 14,5 Millionen plus die weiteren Kostenfaktoren, die die Kulturministerin beim Spatenstich benannt hatte, beziffert und dann die Zahlen korrekt kommuniziert, dann ist es eine Frechheit, hier weiterhin diffamierend in den Raum zu stellen, die Ministerpräsidentin hätte als Kulturministerin vor den Wahlen über die Kosten täuschen wollen. Das ist eine glatte Lüge! Jetzt können Sie gerne klatschen.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von der SPD.)

Das ist eine glatte Lüge! Das ist eine Unverschämtheit! Kollege Jost, deshalb haben Sie recht. Ich unterstreiche das, was Sie gesagt haben. Die Wählerinnen und Wähler können am Sonntag genau in dieser Frage darüber entscheiden, wer glaubwürdig oder nicht glaubwürdig ist. Annegret Kramp-Karrenbauer hat nämlich schon im November gesagt - ich glaube, das war gut und richtig so -, wie die Abläufe waren. Sie hat das ganz korrekt und für die Öffent-

**(Abg. Meiser (CDU))**

lichkeit nachvollziehbar dargestellt. Ich habe den Eindruck, die Öffentlichkeit hat es auch verstanden.

Nachdem ich klar festgestellt habe, es ist vor den Wahlen von Annegret Kramp-Karrenbauer in keiner Weise getäuscht worden - das muss man immer im Zusammenhang sehen -, komme ich zum nächsten Punkt.

(Sprechen und Lachen bei der SPD und der LINKEN.)

Sie hat als Ministerpräsidentin deutlich gemacht: Ich werde dafür sorgen, dass die Dinge aufgeklärt werden und dass die notwendigen Konsequenzen gezogen werden. Ich will nicht vergessen, dass auch Karl Rauber in seiner Eigenschaft als Kulturminister alle rechtlich möglichen Konsequenzen - das ist hier schon diskutiert worden - gezogen hat bis hin zur Entlassung von Herrn Melcher.

Schauen Sie sich an, was der heutige Kulturminister Stephan Toscani im Auftrag der Ministerpräsidentin an Sachverhaltsaufklärung geleistet hat. Das war im Untersuchungsausschuss beeindruckend. Das Ergebnis des Ausschusses ist so, wie ich es beschrieben habe. Er hat gleichzeitig die Reform des Stiftungsgesetzes und neue Strukturen auf den Weg gebracht. Daher glaube ich, dass in Punkt und Komma in allen Punkten Wort gehalten worden ist, um die Dinge zu korrigieren und positiv auf den Weg zu bringen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend Folgendes festhalten: Wenn Sie wissen - ich wiederhole das gern zehnmal, bis Sie es begriffen haben -, dass vor den Wahlen das Parlament und die Öffentlichkeit auf Veranlassung der damaligen Kulturministerin über alle Zahlen informiert worden sind, dann können Sie jetzt das Märchen einpacken, beim Spatenstich habe man die Öffentlichkeit mit Blick auf die Wahlen bewusst täuschen wollen. Das Gegenteil war der Fall; vor den Wahlen ist die Öffentlichkeit über alle Kosten offen informiert worden. Deshalb sage ich: Ich bin entschieden dafür, den Untersuchungsausschuss nach den Wahlen wieder einzusetzen. Ich bin entschieden dafür, nach den Wahlen - ohne Schaum vor dem Mund und ohne die Hoffnung, mit Diffamierungen am Sonntag noch ein paar Wähler herüberziehen zu können - die Aufklärung zu Ende zu bringen. Ich bin ganz sicher, im Ergebnis werden die Saarländerinnen und Saarländer sagen: Hier ist in Verantwortung von vielen manches falsch gelaufen, aber es ist niemand getäuscht worden, und politisch ist sauber gehandelt worden. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrags der Landtagsfraktion DIE LINKE - Drucksache 14/724 - erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Oskar Lafontaine das Wort.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor der Landtagswahl am kommenden Sonntag sind nach unserer Auffassung vier Fragen zu klären. Erstens: Wer trägt die politische Hauptverantwortung für dieses Millionengrab? Zweitens: Hat die Ministerpräsidentin vor der letzten Landtagswahl die Wählerinnen und Wähler getäuscht?

(Abg. Meiser (CDU): Nein.)

Das hat Herr Meiser bereits aus Sicht der CDU voller Abscheu und Empörung zurückgewiesen. Drittens: Hat die Ministerpräsidentin das Parlament belogen? Das weisen Sie natürlich auch zurück. Und viertens: Ist die Forderung nach dem Rücktritt von Herrn Schreier eine angemessene Forderung auf die bisherigen Tatsachenfeststellungen?

Ich komme zunächst zur Frage, wer die Hauptverantwortung für das Millionengrab trägt. Es ist ja zu erwarten, dass man, wenn sich eine solche Frage aufwirft, versucht, irgendwelche Schuldigen zu finden, denn es ist ja immer so, dass Erfolge viele Väter haben und Misserfolge Waisenkinder sind. Also war man natürlich darauf gespannt, wer jetzt ausgeguckt wird. Lange Zeit war das Bemühen erkennbar, Herrn Melcher und Herrn Marx in den Vordergrund der Betrachtung zu rücken. Dazu ist ja auch einiges gesagt worden und ich will es nicht weiter bewerten. Für das Parlament ist allerdings festzustellen, dass es nicht Herrn Melcher und Herrn Marx kontrolliert, sondern die Aufgabe hat, die Landesregierung zu kontrollieren. Deshalb ist seine erste Aufgabe festzustellen, wer die politische Verantwortung für dieses Millionengrab trägt.

(Beifall bei der LINKEN.)

Hier brauche ich mich gar nicht lange aufzuhalten. Es wurde der Versuch unternommen, in erster Linie Herrn Schreier verantwortlich zu machen, aber ein simpler Blick auf die Zahlen macht die Hauptverantwortliche eindeutig aus. Frau Ministerpräsidentin, Sie waren von 2007 bis 2009 - also fast zwei Jahre, bevor der Bau begonnen wurde - voll in der Verantwortung, und als jemand, der jahrelang in Verwaltungsinstanzen Verantwortung hatte, kann ich Ihnen sagen: Wenn man einen Vorlauf von zwei Jahren hat und dann den Spatenstich macht, dann ist man politisch in vollem Umfang für dieses Desaster verantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD.)

Diese Hypothek haben Sie. Dafür ist überhaupt kein Argument mehr anzuführen, dass das nicht so ist.

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Man kann zwar fragen, warum vielleicht dieses oder jenes nicht von vornherein hätte gesehen werden können, aber die Verantwortung ist eindeutig klar, und deshalb will ich darüber kein einziges weiteres Wort verlieren.

Die zweite Frage: Haben Sie die Saarländerinnen und Saarländer belogen? Dazu haben ja meine beiden Vorredner schon Stellung genommen. Bei allem Versuch, Herr Kollege Meiser, die Ministerpräsidentin herauszuhauen - das ist ja Ihre Pflicht, und Sie haben sich auch, würde ich sagen, bemüht -

(Heiterkeit und Zurufe)

muss ich doch Folgendes sagen: Angesichts dessen, dass die Ministerpräsidentin eigenhändig in eine Presseerklärung eingegriffen und die Zahlen nach unten korrigiert hat - und zwar nicht nur um ein paar Stellen hinter dem Komma, sondern um Millionenbeträge -, ist es doch ziemlich dreist, wenn Sie hier behaupten, die Ministerpräsidentin habe nicht getäuscht.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD.)

Zumindest in meiner Praxis, Herr Kollege Meiser, ist mir das in dieser Form noch nicht begegnet. Hier handelt es sich ja wirklich um Absicht. Da kann man nicht mehr sagen, man habe es nicht gewusst oder es sei zufällig so geschehen. Es handelt sich einfach um Absicht. Und nun muss ich etwas hinzufügen: Die Relativierung, die Sie versucht haben, ist ja ganz intelligent. Das will ich Ihnen durchaus konzedieren. Aber wenn man Kostenschätzungen vorträgt, kann man nie sicher sein, dass die Positionen so eingehalten werden, wie sie zum fraglichen Zeitpunkt errechnet worden sind. Eines war jedoch klar, und darauf kommt es an, Herr Kollege Meiser, und darum haben Sie wortreich herumgeredet: dass die von der Ministerpräsidentin vor der Landtagswahl mit 14,5 Millionen Euro angegebenen Kosten um Millionenbeträge überschritten würden. Das wusste sie. Deshalb halten wir unseren Vorwurf in vollem Umfang aufrecht, dass sie die Saarländerinnen und Saarländer ganz bewusst getäuscht hat. Daran besteht für uns überhaupt kein Zweifel.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD.)

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte: Hat sie das Parlament belogen? Da steht bekanntlich Aussage gegen Aussage. Nach der einen Aussage hat lediglich der ehemalige Minister Schreier darauf hingewirkt, dass die Kosten zu niedrig angesetzt worden sind, dass also er der Verursacher des Vermerks „auf Wunsch“ ist. Auf der anderen Seite ist in einem Schreiben von Herrn Melcher zu lesen, dass Sie, Frau Ministerpräsidentin, ebenfalls bei diesem Wunsch nachgeholfen haben. Sie haben dies nachdrücklich bestritten, und nun haben wir zu bewerten, ob Ihre Aussagen glaubwürdig sind. Da muss ich Ih-

nen sagen, dass sie für mich und meine Fraktion nicht glaubwürdig sind. Ich will es begründen.

Erstens. Als ich hier zum ersten Mal die Frage gestellt habe, ob Sie angewiesen oder darauf hingewirkt haben oder wie auch immer, wäre jeder, der in Ihrer Situation gewesen wäre, sofort aufgestanden und hätte gesagt, dass er solche Unterstellungen zurückweise. Das haben Sie nicht getan. Sie haben überhaupt nichts gesagt. Das war schon verdächtig, sage ich Ihnen einmal. Dann sind Sie vor die Tür gegangen und haben den Journalistinnen und Journalisten erklärt - und das ist für mich verräterisch -, Sie hätten keine schriftliche Anweisung gegeben. Ja, meine Damen und Herren, wenn man schon schummeln will, dann ist es üblich, dass man dies nicht nur schriftlich dokumentiert. Insofern war diese Ausrede so kläglich, dass sie für mich ein Hinweis darauf ist, dass Sie ein schlechtes Gewissen hatten. Sonst hätten Sie dies in dieser Form in keinem Fall gesagt.

(Beifall bei der LINKEN.)

Zweitens. Nun soll also der böse Herr Schreier dafür verantwortlich sein, dass „auf Wunsch“ geschrieben wurde. Das ist doch komisch, meine Damen und Herren, denn das hieße ja, dass Sie zwar zwei Jahre die Verantwortung hatten, dass jedoch unter Ihnen jemand herumgefummelt hat, ohne dass Sie es wussten - so wird es ja behauptet -, und dem Verwaltungsleiter ständig irgendwelche Hinweise und Anweisungen gegeben hat, ohne dass Sie davon Kenntnis hatten. Das wollen Sie mir erzählen? Da gäbe es ja nur zwei Schlussfolgerungen. Die eine wäre, dass diese Behauptungen nicht wahr sind. Dann hätten Sie das Parlament belogen. Die andere wäre, dass Sie nicht fähig sind, bestimmte Aufgaben wahrzunehmen, denn wenn irgendjemand an Ihnen vorbei Entscheidungen fällt und Sie merken es noch nicht einmal, sind Sie nicht fähig, diese Verantwortung wahrzunehmen. So einfach sind die Zusammenhänge.

(Beifall bei der LINKEN.)

Deshalb deutet für uns vieles darauf hin, dass Sie das Parlament zu täuschen oder nicht ganz die Wahrheit zu sagen versucht haben. Das wäre die günstigere Variante. Die ungünstigere wäre, dass man Minister und Kurator ist und nicht merkt, wie jemand nebenbei versucht, die Verwaltung anzuweisen und ständig darauf hinzuwirken, dass bei den Kosten geschummelt wird. Dass Sie davon wussten, dafür spricht ja auch, dass Sie selbst fleißig dabei waren - siehe Presseerklärung -, in diese Richtung zu wirken. Ich muss also sagen, dass Ihre Ausführungen völlig unglaubwürdig sind. Bei der Frage, ob Sie das Parlament belogen haben, steht Aussage gegen Aussage. Und nun muss ich noch etwas sagen, und da muss ich dem Kollegen Jost etwas weiterhelfen: Als der Verwaltungsleiter erklärt hat, der

(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))

Versuch, in dieser Form die Kosten zu verheimlichen, sei dumm und hinterhältig, habe ich dazwischengerufen, wer damit gemeint ist. Sie haben mir keine Antwort gegeben. Es waren all diejenigen gemeint, die versucht haben, die Kosten zu verschleiern, und da Sie auch dabei waren, hat der Verwaltungsleiter Sie dumm und hinterhältig genannt. So ist nun einmal die Schlussfolgerung. Ich will das in aller Klarheit auch vor diesem Parlament feststellen.

Nun komme ich zur letzten Frage: Ist es dann konsequent, den Rücktritt von Herrn Schreier zu fordern? Ich habe bereits darauf hingewiesen - das richtet sich an die gefühlte künftige Regierungspartei SPD -, dass Herr Schreier nicht mehr Kultusminister war, als die Hauptentscheidungen getroffen worden sind. Er hat zweifellos darauf hingewirkt, dass dieser Bau begonnen worden ist. Da stellt sich mir folgende Frage: Wenn man sagt, jemand hat diese Fehler begangen, die er zweifellos begangen hat, dann ist er untragbar im Amt des Toto-Direktors, wieso werden dann auf der anderen Seite solche Ansprüche nicht an die Ministerpräsidentin gestellt? Wenn Sie tatsächlich meinen, dass ein solches Fehlverhalten dazu führt, dass man das Amt des Toto-Direktors, bei dem es nicht um ein Amt in der Landesregierung geht, nicht mehr weiterführen kann, muss die Frage erlaubt sein, wieso man bereit ist, mit der Frau, die die Hauptverantwortung trägt, eine Regierung zu bilden und im Zweifel sogar unter ihrer Führung in eine Regierung zu gehen? Das ist mir einfach intellektuell nicht zu vermitteln. Das wollte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen.

(Beifall von der LINKEN.)

Ich fasse zusammen. Es ist schon gut, dass man in aller Klarheit vor der Landtagswahl weiß, wie sich die Verantwortlichkeiten verteilen. Da Sie, Frau Ministerpräsidentin, sich erneut um dieses Mandat bewerben, was Ihr gutes Recht ist, müssen wir feststellen, dass Sie sich in der Frage des Vierten Pavillons - da geht es nicht um eine Bagatelle, sondern mittlerweile um ein Bauprojekt von 30 Millionen - so gründlich blamiert haben, dass nach unserer Auffassung die Befähigung zum Amte des Ministerpräsidenten erheblich infrage zu stellen ist.

(Anhaltender Beifall von der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrages der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, Drucksache 14/730, erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Hubert Ulrich das Wort.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte beginnen mit den Ausführungen des sehr verehrten Kollegen Klaus Meiser, dem

Fraktionschef der CDU. Herr Meiser, Sie haben hier im übertragenen Sinne gesagt, es wurde nicht getäuscht, es wurde nicht getarnt, es war alles in Ordnung und korrekt. Herr Meiser, in diesem Zusammenhang und vor dem Hintergrund des Kenntnisstandes, den wir alle haben, hätte nur noch der Satz gefehlt „Nachts ist es kälter als draußen“, denn dieser Satz hat dieselbe Logik wie das von Ihnen Gesagte. All die Dinge, die in Rede stehen, sind durch die Beweisführung im Untersuchungsausschuss widergelegt worden.

Ich will mit einem Punkt beginnen, den Sie zur Entlastung von Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer vorgetragen haben, nämlich dem, Herr Wack hätte im Ausschuss, nachdem Frau Kramp-Karrenbauer 14,5 Millionen genannt hätte, die realen Zahlen genannt. Das hat er aber nicht. Ich habe das Protokoll hier. Herr Wack hat in diesem Ausschuss plötzlich nicht mehr von 14,5 Millionen gesprochen, sondern von 17,8 Millionen. Er hat nicht von den 20,1 Millionen gesprochen, die in der Ministerratsvorlage und der Presseerklärung standen, die von Frau Kramp-Karrenbauer selbst handschriftlich abgeändert wurde, um in der Öffentlichkeit einen anderen Sachverhalt vorzutäuschen.

Es ist ein ungewöhnlicher Vorgang, wenn man in der heißen Wahlkampfphase drei oder vier Wochen vor einer nicht ganz unwichtigen Landtagswahl als zuständige Ministerin eine Presseerklärung handschriftlich selbst abändert. Dass dem so ist, hat Frau Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer im Ausschuss eingeräumt. Wir reden also über eine Faktenlage. Wenn so etwas nicht Täuschung oder zumindest der Versuch einer Täuschung der Öffentlichkeit ist, wenn es um ein solches Prestigeprojekt geht, wenn man Jahre vorher als CDU in die Welt gesetzt hat, wir bekommen das mit 9 oder 10 Millionen hin, vielleicht kommen noch 1 oder 2 Millionen drauf, dann weiß ich es auch nicht. In diese Logik passen die 14,5 Millionen doch in etwa hinein. Hätte man dagegen an diesem Tage 20,1 Millionen so genannt, wäre vermutlich die saarländische Presse in einer anderen Art und Weise mit diesem Projekt umgegangen. Dann hätte es nämlich sofort überall in den Zeitungen geheißen, die Kosten haben sich verdoppelt. Das wollte man vermeiden. Deshalb wurden die 20,1 Millionen von Frau Kramp-Karrenbauer persönlich auf 14,1 Millionen abgeändert.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Es gibt einen zweiten Zusammenhang, der schon sehr seltsam ist. Ich habe es im Untersuchungsausschuss konkret nachgefragt. Es ist die Frage, warum die Ministerin Kramp-Karrenbauer die Federführung in diesem Projekt de facto an Herrn Schreier abgegeben hat. Wir bekamen keine klare Antwort darauf. Es wurde ausgewichen. Warum ist das geschehen, Frau Kramp-Karrenbauer? Ich stelle Ihnen heute

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))

diese Frage in der Öffentlichkeit noch einmal. Sie werden nachher noch zu diesem Punkt reden. Ich fordere Sie auf, erklären Sie der saarländischen Öffentlichkeit, warum Kollege Schreier und nicht Sie, die Sie eigentlich zuständig waren, die Federführung für dieses Projekt übernommen hat. Was ist der Grund dafür? Das muss heute hier gesagt werden. Das sollen die Menschen wissen, bevor sie am Sonntag an die Wahlurne gehen und darüber entscheiden, wer in Zukunft dieses Land führen soll.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Frau Ministerpräsidentin, Verwaltungsleiter Lang, das wurde eben vonseiten der Opposition angeführt - der wir ja jetzt auch angehören, muss ich dazu sagen -, hat im Untersuchungsausschuss sehr deutlich gemacht, dass allen Beteiligten die realen Zahlen immer bekannt waren und auch immer bekannt sein mussten. Das hat Logik für jeden, der irgendwann einmal etwas mit dem Regierungsgeschäft zu tun hatte.

(Mehrere Zurufe des Abgeordneten Theis (CDU).)

Frau Ministerpräsidentin, es kommt sehr erschwerend hinzu, dass es eben einen Vermerk des Finanzministeriums vom 12. März 2009, also Monate vor Ihrer Presseerklärung, gegeben hat, der sich auf ein Schreiben bezieht, das aus Ihrem eigenen Hause kam. In dem Vermerk ist klipp und klar formuliert, dass die Gesamtkosten nicht 20,1 Millionen betragen, sondern mindestens 23,1 Millionen. Ich habe Sie das im Untersuchungsausschuss gefragt. Sie haben wörtlich gesagt, dieses Schreiben hätten Sie nie gesehen. Es wäre Ihnen nicht bekannt. Nun saß ich selbst zwei Jahren mit am Kabinettschreibtisch und habe über vieles mitdiskutieren können. Ich sage Ihnen ganz ehrlich und offen, Frau Ministerpräsidentin, das ist ein sehr seltsamer Vorgang. Das kann ich fast nicht glauben.

Bei der Verantwortung - das hat Kollege Meiser angesprochen - darf man nicht nur die CDU-Seite sehen. Die sozialdemokratische Seite saß in diesem Kuratorium mit am Tisch.

(Zurufe von der SPD.)

Ich will es nicht unbedingt gleichsetzen. Es trifft die SPD natürlich nicht die gleiche Schuld wie die Regierungsseite. Die Regierungsseite hat die größere Verantwortung, weil sie den größeren Einblick hat, aber in dieses Zahlenwerk hatte auch das Kuratorium den vollen Einblick. Ich frage mich schon, wieso Charlotte Britz, die Oberbürgermeisterin der Stadt Saarbrücken, die mit diesem Projekt auch im politischen Umgang sehr stark befasst war, nicht die realen Zahlen genannt hat. Denn auch Charlotte Britz waren diese Zahlen natürlich bekannt.

Meine Redezeit geht zu Ende. Ich muss mich etwas beeilen. Deshalb komme ich noch einmal zur Rolle der SPD und damit auch zum Schluss meines Redebeitrages. Die Rolle der SPD in diesem Zusammenhang ist schon eine seltsame. Mir ist aufgefallen, dass die sozialdemokratische Seite insbesondere Herrn Rauber und Frau Kramp-Karrenbauer im Ausschuss relativ geschont hat. Die kleinen Beamten wurden von Herrn Jost ziemlich hart rangenommen. Viele Fragen, die gestellt werden müssten, wurden an Frau Ministerpräsidentin und Herrn Rauber nicht gestellt. Ob das etwas zu tun hat mit den langen Koalitionsverhandlungen, die zwischen Kramp-Karrenbauer und Maas geführt wurden? Ich glaube, das kann man an dieser Stelle durchaus einmal fragen. Ich bin ernsthaft gespannt, ob dieser Untersuchungsausschuss nach der Landtagswahl weitergeführt wird. Er muss weitergeführt werden. Das ist vollkommen klar. Ich habe das Gefühl, die Tatsache, dass die nachgeordneten Leute so richtig rangenommen wurden, hat etwas damit zu tun, dass man nach dem alten Motto gehandelt hat „Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“.

**Präsident Ley:**

Herr Kollege - -

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Da hätte ein anderer Druck seitens der Noch-Oppositionspartei, fast schon Regierungspartei SPD entwickelt werden müssen. Ich befürchte, dass dieses Schonen des zukünftigen Koalitionspartners viel mit der zukünftigen Großen Koalition zu tun hat.

(Erregte Zurufe von der SPD.)

Ich befürchte, dass das Zustandekommen der Großen Koalition viel mit den Ursachen dieses Untersuchungsausschusses zu tun hat, aber nicht mit dem, was in der Öffentlichkeit in der Vergangenheit vorgeschoben wurde. - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von B 90/GRÜNE und bei der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat Herr Minister Stephan Toscani.

**Minister Toscani:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Untersuchungsausschuss Vierter Pavillon hat sich in den letzten Wochen intensiv mit den Vorgängen um den Vierten Pavillon und mit den Vorgängen in der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz beschäftigt. Er hat viele Betroffene und Zeugen gehört. Allein in der letzten Woche hat er fast 12 Stunden an einem Tag,

**(Minister Toscani)**

fast rund um die Uhr getagt. In all diesen Sitzungen ist nichts Neues an Erkenntnissen herausgekommen.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Keine neuen Erkenntnisse für Sie!)

Auch heute Morgen in der Debatte haben wir keine neuen Erkenntnisse gehört. Man fragt sich, warum diese Debatte stattfindet.

(Beifall von der CDU.)

Sie findet nicht statt, weil die Opposition irgendein Interesse an Sachaufklärung hätte. Nein, wir befinden uns wenige Tage vor der Wahl. Diese Debatte heute Morgen hat nur den Sinn, Wahlkampf zu betreiben, nichts anderes.

(Beifall von der CDU.)

Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer hat in ihrer Regierungserklärung im August letzten Jahres sehr klar gesagt: Im Umgang mit dem Thema Vierter Pavillon und Stiftung gelten für die Landesregierung Offenheit und Transparenz bei der Aufarbeitung. Fehler, die gemacht wurden, werden umfassend aufgeklärt. Die Landesregierung zieht die notwendigen Konsequenzen. Das waren und sind die Leitlinien der Ministerpräsidentin, für mich als Kulturminister und für die gesamte Landesregierung. Auf dieser Basis hat die Landesregierung in den vergangenen Monaten gearbeitet.

Ja, es ist richtig: Beim früheren Vorstand und beim früheren Projektsteuerer gab es krasse Defizite. Es gab bei Dr. Melcher und beim früheren Projektsteuerer Marx eine Mischung aus Selbstüberschätzung, Geldgier, Selbstbedienungsmentalität bis hin zu strafrechtlich relevantem Verhalten. Ein besonders krasses Beispiel war der Projektsteuerer-Vertrag Vierter Pavillon. Der ursprüngliche Vertrag hatte ein Projektsteuerer-Gehalt von rund 200.000 Euro vorgesehen. Dann ist etwas passiert, was man nur als Lug und Trug bezeichnen kann. Nachträglich ist das Gehalt des Projektsteuerers vom früheren Vorstand Dr. Melcher erhöht worden. Es ist zweimal erhöht worden, von rund 200.000 Euro auf eine Summe, die am Ende über 1 Million Euro betragen hat. Damit hat der frühere Vorstand seine Kompetenzen weit überschritten. Dr. Melcher hat gegen klare Vergaberegeln verstoßen. Er hat rechtswidrig gehandelt.

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Das Gehalt des Projektsteuerers ist von Dr. Melcher bis zur Grenze der Sittenwidrigkeit erhöht worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, all dies geschah hinter dem Rücken der damaligen Kuratorin. All dies geschah hinter dem Rücken des damaligen Kuratoriums. Es war ein vorsätzliches Verhalten, mit dem getäuscht wurde. Daraus hat die Lan-

desregierung die Konsequenzen gezogen und fristlose Kündigungen ausgesprochen.

(Beifall von der CDU.)

Der frühere Vorstand Dr. Melcher hat vom früheren Projektsteuerer Schmiergeld angenommen. Das jedenfalls hat das Landgericht im Urteil Ende Februar festgestellt. Auch das geschah ohne Wissen der damaligen Kuratorin, ohne Wissen des damaligen Kuratoriums. Die Landesregierung hat dafür gesorgt, dass beiden gekündigt wurde - und zwar fristlos. Das heutige Kuratorium und die Landesregierung haben dafür gesorgt, dass gegen den früheren Projektsteuerer und den früheren Vorstand Dr. Melcher Regressforderungen erhoben werden. Wir haben im Falle der Vertragserhöhung hinter dem Rücken des Kuratoriums die Staatsanwaltschaft eingeschaltet. Genau dies ist Gegenstand eines weiteren Ermittlungsverfahrens gegen den früheren Vorstand der Stiftung. Es war also eine Mischung aus Selbstüberschätzung, Geldgier, Selbstbedienungsmentalität und Korruption, mit der wir in der Stiftung leider zu tun hatten. Aber was tun Sie, wenn man Sie vorsätzlich hintergeht? Sie können doch nicht denjenigen, der vorsätzlich und absichtlich hintergangen wird, für diese Dinge verantwortlich machen! Diese Dinge sind später zutage getreten. Nachdem sie zutage getreten sind, hat die Landesregierung unter Führung von Annegret Kramp-Karrenbauer die Missstände aufgeklärt und die notwendigen Konsequenzen gezogen.

(Beifall von der CDU.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD und der LINKEN, Sie müssen schon einmal Ihre Argumente sortieren. Erst waren Sie zu Recht schnell dabei, eine fristlose Kündigung gegenüber Dr. Melcher zu fordern. Dann, als diese fristlose Kündigung ausgesprochen war, als er verurteilt ist, ist Dr. Melcher plötzlich Ihr Kronzeuge. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, all das passt nicht zusammen. Das ist zutiefst widersprüchlich.

(Beifall von der CDU. - Zurufe von der SPD und der LINKEN.)

So durchsichtig wie Sie hier argumentieren, so sehr liegen Sie auch neben der Sache, wenn Sie den Vorwurf erheben, die Ministerpräsidentin hätte die Öffentlichkeit getäuscht. Es ist eben schon vom Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser sehr deutlich darauf hingewiesen worden, dass die Landesregierung vor der Wahl im Ausschuss die Kosten benannt, insgesamt über das Bauvorhaben und die Kosten informiert hat. Die Ministerpräsidentin hat in der Presseerklärung die Baukosten genannt, die zum damaligen Zeitpunkt belastbar waren. Sie hat die übrigen Positionen eben nicht verschwiegen, sondern hat deutlich gemacht, es gibt noch weitere Positionen, die im gesamten Projekt dabei sind, die

**(Minister Toscani)**

man dazurechnen muss. Deshalb hat sie die Kosten auch benannt und auf keinen Fall die Öffentlichkeit belogen.

(Beifall von der CDU.)

Ja, es gab strukturelle Defizite in der Stiftung. Das sagen wir ganz klar. Diese gab es völlig unabhängig vom Bauvorhaben Vierter Pavillon. Beispielsweise gab es das Problem, dass wir keine Satzung in der Stiftung hatten. Darauf hat uns der Rechnungshof hingewiesen. Die Landesregierung hat auch hier die notwendigen Konsequenzen gezogen und dafür gesorgt, dass zunächst im Kabinett und später im Kuratorium eine neue Satzung erstellt und verabschiedet wurde, die das Verhältnis zwischen den Kompetenzen des Vorstandes und denen des Kuratoriums klarer regelt. Es gab - auch das war ein Defizit - keine Reisekosten- und Spesenordnung. Diese Reisekosten- und Spesenordnung haben wir in Abstimmung mit dem Rechnungshof erstellt. Auch diese ist zwischenzeitlich verabschiedet.

Ein strukturelles Problem - völlig unabhängig vom Bauvorhaben der Stiftung - war, dass es nur einen Verantwortlichen, nur einen einzigen Vorstand an der Spitze der Stiftung gegeben hat. Wenn man nur einen an der Spitze hat, dann gibt es an der Spitze der Stiftung keine gegenseitige Kontrolle, eben kein Vieraugenprinzip. Anders als viele andere Landesgesellschaften gab es bislang eine andere Struktur in der Stiftung mit einem einzigen, alleinigen verantwortlichen Vorstand. Das hat sich als Defizit und Fehler herausgestellt. Wo kommt dieses Defizit her? - Das hat der Landtag im Gesetz über die Stiftung Saarländischer Kulturbesitz aus dem Jahr 2002 beschlossen. Wenn wir uns also jetzt fragen, wer dafür die politische Verantwortung trägt, dann müssen wir alle, zumindest diejenigen, die 2002 schon dabei waren, sagen: Ja, wir haben das damals - wenn ich mich richtig erinnere, nicht gegen den Widerstand der SPD, sondern gemeinsam - so beschlossen. Wir alle tragen die Verantwortung dafür, dass es Defizite in der Struktur der Stiftung gegeben hat.

Wie immer im Leben, wenn Defizite auftreten und Fehler passieren, muss man sich darum kümmern. Das hat die Landesregierung getan. Wir haben die Konsequenzen gezogen. Wir haben schon vor der Novelle eines neuen Stiftungsgesetzes kommissarisch einen zweiten Vorstand berufen, der sich hauptsächlich um das kümmert, was sich als Defizit herausgestellt hat, nämlich um das Geld, die Verwaltung und das Bauprojekt. Es war eine richtige Entscheidung, im Vorgriff auf die gesetzliche Neuregelung einen weiteren kommissarischen Vorstand in die Stiftung zu berufen. Wir haben die entsprechende Konsequenz gezogen. Wir haben gehandelt. Auch das ist eine weitere wichtige Maßnahme unter Führung unserer Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer.

(Beifall von der CDU.)

Wenn das Gesetz sich als unzureichend herausstellt, dann muss man handeln. Auch das hat die Landesregierung getan. Die Ministerpräsidentin selbst hat in der Landespressekonferenz im September Eckpunkte für ein verändertes Gesetz, das sozusagen die Grundlage der Stiftung ist, vorgestellt. Wir haben im Oktober im Kabinett einen ersten Entwurf verabschiedet. Dieser Entwurf ist keine normale Novelle, das ist eine so weitgehende Reform, dass wir von einem Ablösegesetz sprechen können, einem Gesetz, das das alte Gesetz fast vollständig ersetzt. Es wird eine wichtige Konsequenz gezogen, die ich eben bereits geschildert habe, nämlich das Vieraugenprinzip auf der operativen Ebene der Stiftung, also im Vorstand der Stiftung, zu verankern. Wir ziehen auch Konsequenzen aus einer Kritik, die der Rechnungshof geübt hat. Dies betrifft die Rolle, die das Amt des Kulturministers mit sich bringt. Auf der einen Seite ist der Kulturminister derjenige, der die Stiftung beaufsichtigt, der die Rechtsaufsicht ausübt und der mit dem Finanzminister die Mittel für die Stiftung bewilligt. Auf der anderen Seite ist er als Vorsitzender des Kuratoriums Teil der Stiftung selber, er ist Teil eines wichtigen Organs der Stiftung und soll in der Stiftung die Kontrolle ausüben. Wir haben diese Kritik aufgenommen und schlagen deshalb im neuen Gesetz eine Trennung der beiden Funktionen Minister und Kurator vor. Auch da handeln wir nach dem Prinzip: Analysieren, Fehler und Defizite erkennen und aufklären und die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Dieses Gesetz ist in der externen Anhörung der Landesregierung gewesen. Wegen der jetzt anstehenden Wahlen konnte es nicht mehr im Landtag eingebracht werden. Aber ich bin mir sicher, dass die neue Landesregierung als eine ihrer ersten Maßnahmen dieses reformierte Stiftungsgesetz in den Landtag einbringen wird. Die Landesregierung hat jedenfalls mittlerweile das getan, was sie tun kann, um auch beim Stiftungsgesetz die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei der CDU.)

Beim Bauvorhaben selber gab es Probleme in puncto Projektorganisation. Fraktionsvorsitzender Klaus Meiser hat das ja angesprochen. Die Organisation dieses Projektes Vierter Pavillon wurde ganz am Anfang festgelegt. Der Controllerbericht, den mein Vorgänger Karl Rauber initiiert hatte, kommt zu dem klaren Schluss, dass die Projektorganisation des Bauvorhabens Vierter Pavillon unzureichend ist. Zum selben Ergebnis kommen auch die baukulturellen Verbände, mit denen ich mich im Dezember des vergangenen Jahres getroffen habe. Eine der ganz wesentlichen Empfehlungen unserer baukulturellen Verbände - und dafür ist die Landesregierung sehr dankbar - war es, die Projektorganisation zu ändern.

**(Minister Toscani)**

Es ist nicht gut, wenn diejenigen, die auf Landesebene das Baugeschäft betreiben und die davon etwas verstehen, in dieses Bauvorhaben nicht eingebunden sind. Ich meine die Hochbauverwaltung. Der Stiftungsvorstand hat sich als Bauherr überfordert erwiesen. Deshalb hat die Landesregierung gehandelt. Wir haben in einer der jüngsten Kabinettsitzungen eine neue Projektstruktur zur Fertigstellung des Vierten Pavillons beschlossen. Wir werden die Projektstruktur auch im Kuratorium besprechen. Die Landesregierung hat Leitlinien vorgelegt, weil wir der Überzeugung sind, dass wir das erreichen können, was die Landesregierung anstrebt, nämlich dieses Bauvorhaben in vertretbarer Zeit - im Rahmen des jetzt noch Möglichen - zu angemessenen Kosten zu Ende zu führen.

Wir schlagen deshalb vor, dass die Landesgesellschaft SHS, die das immobilienwirtschaftliche Know-how des Landes vereint, das Grundstück und den Rohbau erwirbt. Wir schlagen weiter vor, dass die Hochbauverwaltung eine führende Rolle einnimmt. Und wir schlagen vor, dass ein Lenkungsausschuss aus Stiftung, der Gesellschaft SHS, dem Kulturministerium und dem Finanzministerium gebildet wird, um die Fertigstellung des Vierten Pavillons zu steuern. Wir sind zuversichtlich, dass das eine Projektstruktur ist, die die früheren Defizite aufarbeitet und gewährleistet, dass dieses Bauvorhaben fertiggestellt werden kann. Auch da gilt: Analysieren, Konsequenzen ziehen, Verbesserungsvorschläge auf den Tisch legen und dann handeln. Die Landesregierung hat unter Führung der Ministerpräsidentin ein neues Konzept erarbeitet und vorgeschlagen.

Jetzt frage ich Sie - wir haben eben schon sehr heftige Redebeiträge vonseiten der Opposition gehört -, wo sind denn Ihre Vorschläge? Was haben Sie denn bislang an konstruktiven Vorschlägen eingebracht? Haben Sie bessere Vorschläge gemacht? Ich habe überhaupt keine Vorschläge von Ihnen gehört und das zeigt einmal mehr, dass Sie eigentlich kein Interesse an der Sache haben, sondern nur am Wahlkampf.

(Beifall bei der CDU.)

Wir haben ganz offen gesagt, es gibt das Problem, dass die Kosten dieses Projekts von Anfang an leider falsch eingeschätzt wurden. Es gibt eigentlich keine Kostenexplosion bei den Baukosten, sondern es gab im Laufe der Zeit ein Bewusstwerden und Realisieren der echten Baukosten, die von Anfang an deutlich über 20 Millionen Euro gelegen haben. Der Rechnungshof hat das auch sehr deutlich gesagt. Er stellt in seinem Bericht fest: Die Kostenschätzung von 12,6 Millionen Euro war von Anfang an unrealistisch. Zu Kosten von 12,6 Millionen Euro war der geplante Museumsbau nicht und zu keiner Zeit herstellbar.

Wie konnte es zu einer solchen Fehleinschätzung kommen? Der Vorstand der Stiftung ist den Dingen nachgegangen und hat festgestellt, dass es ganz zu Beginn, im Februar 2006, eine Grobkostenschätzung des späteren Projektsteuerers Marx gegeben hat. Der hat als Kostenansätze für die Bruttogeschossfläche Werte zugrunde gelegt, die zu niedrig waren. Der Rechnungshof, der verschiedene Bauvorhaben als Vergleich genommen hat, kommt auf einen Preis von über 3.000 Euro pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche. In dieser ursprünglichen ersten Kostenschätzung des früheren Projektsteuerers werden Werte von 1.700 Euro pro Quadratmeter Bruttogeschossfläche genannt, also rund die Hälfte dessen, was man offenbar hätte ansetzen müssen. Ganz am Anfang stand eine falsche Kosteneinschätzung, die dann diese Probleme mit sich gebracht hat. Man kann nur spekulieren, was die Gründe dafür waren. Hat es damit zu tun gehabt, dass man einen Projektsteuerervertrag später freihändig vergeben wollte, um dann denjenigen, der diese unzutreffende Großkostenschätzung aufgestellt hat, zu begünstigen? Es wäre eine Erklärung.

Jedenfalls müssen wir mit der Tatsache leben, dass die Kosten von Anfang an falsch eingeschätzt wurden. Wir können aber genauso gut - gestützt auf den Rechnungshofbericht - sagen, dass der Bau an sich sein Geld wert ist. Der Bau ist 24 beziehungsweise 25 Millionen Euro wert. Die überschießenden Kosten, die jetzt da sind, sind zurückzuführen auf eine Explosion der Nebenkosten, auf das Missmanagement von Dr. Melcher und des früheren Projektsteuerers Marx, das ich ausführlich dargestellt habe. Es gehört zu einer fairen Betrachtung dazu, dass wir keinen Schrott da stehen haben, sondern dass das ein Bau ist, der weitgehend sein Geld Wert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich fasse zusammen: Unter Führung der Ministerpräsidentin hat die Landesregierung Aufklärung betrieben und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Die Ministerpräsidentin hat genauso gehandelt, wie sie es in ihrer Regierungserklärung angekündigt hat.

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die FDP-Landtagsfraktion Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Hartmann.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Minister Toscani hat die Frage gestellt, warum es dieser Debatte denn bedürfe. Wenn man sich angehört hat, was er gesagt hat und was Herr Meiser gesagt hat, dann ist die Essenz: Herr Marx und Herr Melcher haben vieles falsch gemacht, vielleicht sogar alles falsch gemacht, es gab strukturelle Defizite, aber wir als Landesregierung, wir als CDU, haben alles richtig gemacht. Alleine diese Erkennt-



(Abg. Dr. Hartmann (FDP))

nis aus dieser Debatte zu gewinnen ist es Wert, dass diese Debatte geführt worden ist und dass sie den Menschen draußen zeigt, wer hier die Wahrheit sagt, wer einen Erkenntnisgewinn hat und wer wie mit den Dingen umgeht, die in der Vergangenheit passiert sind.

Sie haben des Weiteren erklärt, dass hier Kronzeugen benannt worden sind, gegen die ermittelt wird, die teilweise sogar verurteilt sind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das trifft zu für Herrn Melcher. Auch gegen Herrn Marx wird ermittelt. Aber auch der Verwaltungsleiter, Herr Lang, gegen den zwar wohl auch ermittelt wird, wenn ich das richtig weiß, aber gegen den mitnichten irgendetwas vorliegt in der Form, dass es eine Anklage gäbe, hat einiges gesagt. Ich frage Sie: Warum ist der Mann, wenn er denn so schlimm ist, noch im Amt? Also entweder ist er ein furchtbarer Mensch und kriminell, dann muss er aus dem Amt entfernt werden, oder aber er ist es nicht, und dann darf man ihn auch als Kronzeugen zitieren. Und dieser Kronzeuge hat immerhin gesagt: Alle - wohlgemerkt: alle! - diejenigen, die die Kosten runtergerechnet haben, sind dumm. - Das war die Formulierung, und diese Formulierung darf man sich wirklich noch einmal auf der Zunge zergehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und bei der SPD.)

Es ist des Weiteren eben ein Versuch unternommen worden zu erklären, dass eigentlich - zwar nicht in der Presseerklärung, aber an anderer Stelle - die Kosten ordentlich dargestellt worden wären, von Finanzstaatssekretär Wack in einer Sitzung kurz vor der Wahl. Richtig ist, dass dort einige Kosten genannt worden sind, auch einige Kosten beziffert worden sind, dass beispielsweise Erschließungskosten 500.000 Euro, Grundstück 500.000 Euro, Anlage Außenbereich 500.000 Euro genannt worden sind. Richtig ist aber auch, dass manche Kostenpositionen nicht beziffert wurden, beispielsweise der Ausstattungsbedarf oder die Sicherheitsmaßnahmen, und dass andere Kostenpositionen gar nicht genannt worden sind.

Das heißt auf „Hochdeutsch“, dass es drei Situationen gab: Es gab die Situation der Presseerklärung, es gab die Situation der Ministerratsvorlage und es gab die Situation der Ausschusssitzung. Einzig und allein in der Ministerratsvorlage stehen die 20,1 Millionen Euro als Gesamtkosten. In keiner anderen Sitzung oder Vorlage sind Gesamtkosten von 20,1 Millionen Euro genannt worden.

Nun stellen Sie sich hier hin und sagen, die Kosten seien teilweise nicht belastbar gewesen. Auch als jemand, der mal Verantwortung getragen hat, muss ich dazu sagen, dass nach dieser Logik, in der Ministerratsvorlage nicht belastbare Zahlen vorgelegen

haben müssen. Das heißt auf „Hochdeutsch“: Es ist von Frau Kramp-Karrenbauer eine Ministerratsvorlage gemacht worden mit nicht belastbaren Zahlen. Das ist das, was Sie selbst sagen! Ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, würde mich dafür schämen, eine Ministerratsvorlage mit nicht belastbaren Zahlen vorzulegen.

(Beifall von der FDP, der SPD und der LINKEN.)

Eines geht bei Ihnen vollkommen unter: Der Chef des Rechnungshofes sagt, es sollten Regressansprüche geprüft werden gegen diejenigen, die Verantwortung getragen haben, und gegen diejenigen, die kontrolliert haben. Das bedeutet natürlich insbesondere auch Regressansprüche gegenüber den Kuratoren, auch Regressansprüche gegenüber der amtierenden Ministerpräsidentin. Ich weiß nicht, wie häufig es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland vorgekommen ist, dass der Chef des Rechnungshofes erklärt hat, es sollten Regressansprüche gegen einen Minister beziehungsweise gegen einen Regierungschef geprüft werden.

Nun ist aber im Antrag der CDU auch zu lesen: Der Landtag des Saarlandes fordert die Landesregierung auf, weitere Regressansprüche zu prüfen. - Damit wird es putzig. Also, die Landesregierung soll prüfen, ob es Regressansprüche gegen sie selbst oder gegen die Regierungschefin gibt? Das ist ein hervorragender Antrag. Der ist wirklich so was von spitze! Ich halte es für bemerkenswert, dass der Opposition an dieser Stelle Wahlkampf vorgeworfen wird, wenn in Ihrem Antrag so etwas schwarz auf weiß steht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU. Wie heißt es noch mal eben? „Das Schwarze sind die Buchstaben.“ Das trifft auch auf die zu, die das hier geschrieben haben, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Beifall von der FDP, der SPD und der LINKEN.)

Einen letzten Punkt zu erwähnen sei mir an der Stelle gegönnt. Ich meine die Frage, was geschieht, wenn Herr Schreier nach der Wahl zurücktreten muss. Also, offen gestanden: Sie können der CDU doch keinen größeren Gefallen tun, als auf den Rücktritt Herrn Schreiers zu drängen. Denn dann hat die CDU die Möglichkeit, den nächsten Saartoto-Direktor zu berufen, die nächste Person an dieser Stelle in eine hochdotierte Funktion zu bringen.

(Zurufe und Beifall bei der LINKEN.)

Sich hinzustellen und zu fordern, Herr Schreier müsse zurücktreten, dies als Konsequenz aus der ganzen „Veranstaltung“, und im Übrigen geht alles so weiter wie bisher - meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein bisschen dünn. Deswegen sage ich: Es ist gut und richtig, dass vier Tage vor der Wahl diese Debatte hier stattfindet, damit die Menschen sich ein realistisches Bild machen können

**(Abg. Dr. Hartmann (FDP))**

über das, was passiert ist. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP, der SPD und der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die SPD-Landtagsfraktion Herr Abgeordneter Reinhold Jost.

**Abg. Jost (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich, bevor ich noch einige Ausführungen mache, zuallererst beantragen, dass wir alle zu diesem Thema vorliegenden Anträge annehmen und in den Untersuchungsausschuss zur weiteren Beratung in der kommenden Woche überweisen. Ich denke, das ist vom Verfahren her das Notwendige zur Aufarbeitung des Themas.

Kollege Hartmann hat eben dankenswerterweise noch einmal auf die Rolle von Herrn Verwaltungsleiter Lang abgestellt, der ja ebenfalls von Ihnen als Kronzeuge abgelehnt wurde. Er hat diese ganze Kostentrickserei als „dumm und hinterhältig“ bezeichnet. Ich möchte aber für den Fall, dass sie ihm nicht glauben, noch einmal auf andere und auf deren Sichtweise abstellen.

Die BILD-Zeitung schreibt am Tag nach der Sitzung unter der Überschrift „AKK zwei Stunden lang am Pranger“, die Frau Ministerpräsidentin habe sich blass, leise und mit immer wieder stockender Stimme den Fragen der Opposition gestellt. Am Schluss kommt BILD zur Aussage: Glaubwürdig klang das nicht. - Herr Meiser, das könnte ich auch als Schlusssatz unter eine Bewertung zu Ihren Bemerkungen, zu den Ausführungen in Ihrem Redebeitrag setzen: Glaubwürdig klang das nicht, das war höchstens „ertappt“!

(Beifall von der SPD.)

Sie haben die Frage nicht beantwortet, warum Sie einen Veränderungstatbestand durchgezogen haben, der da lautet: eine Pressemitteilung in einem entscheidenden Punkt zu verändern. Das ist genau der Punkt, um den es geht. Denn damit wird dokumentiert, dass Ihnen die Kostenexplosion im Vorfeld sehr wohl bewusst war und dass Sie sich über diesen Zusammenhang offenbar auch im Klaren waren. Nicht nur gegenüber der Presse! Sie haben diese falsche Zahl ja auch gegenüber dem Kuratorium in einem zeitgleichen Schreiben, am 22. Juli 2009, genannt. Sie waren offenbar nicht bereit, mit offenen Karten zu spielen. Genau das ist der Punkt!

Was sollen die Menschen draußen davon halten, dass man in einer solch entscheidenden Frage, bei der es darum geht, wie eine Kostenentwicklung in den vorangegangenen Wochen und Monaten verlaufen ist, zwar eigentlich bei 20 Millionen Euro ge-

landet war, aber nur 14,5 Millionen Euro kommuniziert hat? Sie haben das immer umschrieben mit: Wir haben ja die Kosten genannt, aber nicht beziffert. - Ich sage Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Ministerpräsidentin: Die Leute draußen im Land sind doch nicht von vorgestern. Die wissen schon, ob etwas mit Ehrlichkeit, ob etwas mit Trickserei, ob etwas auch mit Glaubwürdigkeit zu tun hat. Und alles, was Sie hier gesagt haben, hat eher mit Trickserei denn mit Glaubwürdigkeit und Wahrheit zu tun!

(Beifall von der SPD.)

Wir haben in diesem Zusammenhang auch die Frage zu beantworten, welche Lehren wir daraus zu ziehen haben. Eine dieser Lehren wird umschrieben im Kommentar von Frau Cathrin Elss-Seringhaus in der Saarbrücker Zeitung. Sie sagt: Sie, Frau Kramp-Karrenbauer, müssen „(...) mit dem Vorwurf der Trickserei leben. Zu Recht, wie die Ausschuss-Befragung eindrucksvoll belegte. Trotz der Beherrtheit, die Kramp-Karrenbauer an den Tag legte, blieb manche Plausibilitäts-Lücke. Denn mag die Regierungschefin auch nie etwas Falsches kommuniziert haben, so hat sie andererseits auch nie Klartext geredet (...).“ Und weiter heißt es: „Stattdessen wurden unangenehme Zahlen versteckt und der Rest so drapiert, dass alles hübsch appetitlich aussah. Das ist unsauber, grenzwertig.“

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, noch einmal die Bitte, auch an den Kollegen Meiser: Hören Sie auf, das Geschehene in peinlicher Weise kleinzureden! Hören Sie auf, Dinge kleinzureden, schönzureden! Das hat mich bei Ihnen etwas verwundert, Herr Kollege Toscani, weil ich von Ihnen bisher eigentlich den Eindruck hatte, dass Sie es wirklich ernst meinen mit der Aufarbeitung. Hören Sie auf, mit Nebelkerzen zu operieren! Die Menschen draußen haben die Nase voll von dem Eindruck, dass man hier die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt. Das ist ein Sinnbild für Ihre Art und Weise, mit dem Thema umzugehen. Deswegen sage ich Ihnen: Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss hat den Auftrag, die politische Verantwortung für dieses Desaster aufzudecken. Dieser parlamentarische Untersuchungsausschuss hat in den vergangenen Wochen oft genug gezeigt: Die politische Verantwortung lag insbesondere in Ihren Händen, Frau Kramp-Karrenbauer. Da können Sie sich nicht rauswursteln. - Vielen Dank.

(Beifall von der SPD.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich. Eigentlich steht den GRÜNEN keine Redezeit mehr zur Verfügung, aber bei uns besteht die Möglichkeit, dass Fraktio-

**(Präsident Ley)**

nen Redezeiten übertragen. Die FDP-Fraktion hätte noch 6 Minuten und 45 Sekunden. Diese Redezeit ist damit auf die Fraktion der GRÜNEN und Herrn Hubert Ulrich übertragen. Das war der Wunsch der FDP.

(Zurufe von der LINKEN. - Sprechen.)

Bitte schön, Herr Fraktionsvorsitzender.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erst mal sage ich Danke an die FDP für das Übertragen der Redezeit. Ich hatte eben keine mehr und konnte einiges leider nicht mehr sagen, was ich gern noch sagen wollte. Außerdem habe ich mich noch mal zu Wort gemeldet, weil mir bewusst geworden ist, dass sich die Ministerpräsidentin zu diesem ganzen Sachverhalt nicht mehr äußern will! Frau Ministerpräsidentin, ich glaube, vor dem Hintergrund, dass am Sonntag in diesem Lande eine nicht ganz unwichtige Landtagswahl stattfindet - -

(Zuruf.)

Für Heiko Maas ganz wichtig, danke für den Hinweis, Herr Maas; das glaube ich Ihnen, dass das für Sie ein ganz wichtiger Termin ist, das unterschreibe ich sofort.

(Abg. Maas (SPD): Für Sie nicht?)

Ich will ja kein Ministerpräsident werden.

(Zurufe von der SPD. - Abg. Lafontaine (DIE LINKE): Das wär' doch mal was anderes.)

Richtig, Herr Lafontaine, Sie können mich ja gern unterstützen, dann überlege ich es mir noch mal.

(Lachen bei der LINKEN. - Sprechen.)

Frau Ministerpräsidentin, ich bin schon der Meinung vor dem Hintergrund der doch sehr schweren Anschuldigungen - -

(Zuruf des Abgeordneten Pauluhn (SPD).)

Auch wenn die SPD jetzt versucht zu stören, Herr Pauluhn, vor dem Hintergrund der schweren Anschuldigungen, die hier vonseiten der Opposition, aber auch - zwar in nicht ganz so starkem Maße, aber auch - von Ihrem zukünftigen Koalitionspartner, den Sozialdemokraten, geäußert wurden, sollten Sie hier noch einmal Rede und Antwort stehen vor der saarländischen Öffentlichkeit und die Dinge aufklären, die Ihnen vorgeworfen werden!

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Einfach hier sitzen bleiben und nichts sagen, das kann es ja wohl nicht sein vor dem Hintergrund eines solchen Wahlsonntags, an dem eine Entscheidung zu treffen ist, wem man in diesem Lande vertraut und wem man nicht vertraut.

Ich finde, es ist noch eine zweite Person hier im Raum, die auch mal ein paar Dinge sagen sollte zu diesen ganzen Vorgängen, das ist der frühere Leiter der Staatskanzlei, Herr Rauber. Herr Rauber war schon im Untersuchungsausschuss für meine Begriffe sehr zurückhaltend, er kannte nichts, er wusste nichts. Ich war schon richtig froh, dass er sich an die Namen Melcher und Marx erinnern konnte und dass er am Ende wusste, wo die Stadt Saarbrücken liegt!

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

Herr Rauber, so kann man mit seiner Verantwortung bei diesem Projekt nicht umgehen. Sie waren von A bis Z federführend immer damit befasst, da würde es die Öffentlichkeit und auch uns als GRÜNE durchaus interessieren, wie Sie das Ganze sehen. Das sollten Sie hier an dieser Stelle schon sagen.

(Zuruf des Abgeordneten Meiser (CDU).)

Ich habe die Zusammenhänge hier eben genannt. Ich bin der Meinung, es muss noch einmal klargestellt werden: Warum, Frau Ministerpräsidentin, hatte Herr Schreier unter Ihrer ministeriellen Leitung die Federführung für dieses Projekt? Diese Erklärung steht aus. Und wie ist die Diskrepanz zu erklären zwischen Ihrer Ministerratsvorlage von 20,1 Millionen, Ihrer abgeänderten Presseerklärung von 14,5 Millionen und vor allen Dingen dem Schreiben, das Sie nicht kennen wollen, von 23,1 Millionen? Das kommt ja schon im März 2009 sehr nah an die reale Zahl von über 25 Millionen heran. Diese Dinge müssen hier geklärt werden, Frau Ministerpräsidentin. Da können Sie nicht einfach sitzen bleiben und nichts sagen. Das geht so nicht! Ich fordere Sie auf, hier ans Rednerpult zu treten und der Öffentlichkeit diese Dinge zu erklären. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE und bei der FDP.)

**Präsident Ley:**

Die nächste Wortmeldung für die CDU-Fraktion: Herr Abgeordneter Roland Theis.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Herr General! - Abg. Spaniol (DIE LINKE): Rolands Rasselbande. - Weitere Zurufe von der LINKEN.)

**Abg. Theis (CDU):**

Herr Präsident! Es freut mich, dass meine Anwesenheit dem ein oder anderen in diesem Haus so viel Freude bereitet. Entschuldigen Sie zunächst bitte meine angegriffene Stimme, sie ist etwas lädiert von den vergangenen Wochen und Monaten. Deshalb bitte ich darum, dass man etwas leiser ist, damit ich hier einige Argumente und einige Fakten - denn das ist in dieser Debatte vonseiten der Opposition bislang zu kurz gekommen - nennen kann.

(Abg. Theis (CDU))

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wundert mich überhaupt nicht, dass wir hier vier Tage vor der Landtagswahl am 25. März eine Debatte führen, in der vonseiten derjenigen, die den 25. März fürchten, in einer Art und Weise diffamiert und denunziert wird, wie wir es heute Morgen erlebt haben.

(Oh! von der LINKEN.)

Das wundert mich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, aber es ist beschämend für die Opposition in diesem Haus. Sie haben keine neuen Fakten genannt! Das ist das Ergebnis der Debatte heute Morgen.

(Beifall von der CDU.)

Ich finde es dann doch verwunderlich, dass jemand wie der Kollege Jost, den ich als Fragesteller und jemanden, der Sitzungen sehr aufmerksam verfolgt,

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Koalitionspartner!)

im Untersuchungsausschuss kennen und schätzen gelernt habe, so völlig unbeeindruckt von den Ergebnissen der Arbeit des Untersuchungsausschusses unter dem Vorsitz von Tobias Hans hier argumentieren kann. Bei Ihnen, Herr Lafontaine, wundert es mich nicht, bei Ihnen wissen wir ja, dass Sie in Ausschüssen hier nicht mehr auftauchen,

(Lachen bei der LINKEN)

aber Sie, Herr Jost, müssten es besser wissen, denn der Untersuchungsausschuss hat Fakten ans Tageslicht gebracht,

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Rolands Rasselbande. - Weitere Zurufe)

die ich Ihnen jetzt gerne nennen möchte. - Der Kollege Jost weist mich darauf hin, ich sollte meine Stimme schonen. Frau Ries, wenn Sie nicht so laut schreien, mache ich das auch.

(Lachen. - Beifall von der CDU.)

Erstens. Der von Ihnen eben zitierte Zeuge, Herr Lang, der Verwaltungsleiter der Stiftung, war derjenige, der behauptet hat, hier sei vonseiten der Politik Einfluss genommen worden auf die Kommunikation der Zahlen durch die Stiftung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Lang hat zwar im Untersuchungsausschuss diese Behauptung aufgestellt, ist aber den Beweis schuldig geblieben, warum er das an Annegret Kramp-Karrenbauer festmacht. Er hat weder verwiesen auf irgendeinen schriftlichen Beweis, noch hat er sagen können, wo in welcher Kuratoriumssitzung etwas gesagt worden ist. Und auf die Frage, ob er dann daneben irgendwann einmal persönlich mit Frau Kramp-Karrenbauer gesprochen hat, hat er gesagt, nein, das hat er nicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Behauptung aufstellen ist das eine, aber den Beweis schuldig bleiben ist das andere. Tatsache ist: Von Frau Kramp-

Karrenbauer kam nie eine Anweisung an Herrn Lang! Das hat sogar Herr Lang im Ausschuss bestätigt. Das ist der erste Fakt, den wir uns hier vor Augen führen müssen! Das ist ein Fakt, den der Untersuchungsausschuss tatsächlich ans Tageslicht gebracht hat.

(Beifall von der CDU.)

Es ist klar: In der Verwaltung der Stiftung waren tatsächlich von Marx in Richtung Stiftung Zahlen bekannt, die allerdings nie weitergeleitet worden sind. Das ist zunächst einmal bewiesen dadurch, dass Herr Lang zu Recht behauptet hat, nie mit Frau Kramp-Karrenbauer darüber gesprochen zu haben und nie eine mündliche oder schriftliche Anweisung bekommen zu haben.

Zum zweiten Punkt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Sie haben ja die Aktenordner gesehen, wir haben uns viele davon von der Landtagsverwaltung kopieren lassen. Aber in keinem einzigen Punkt konnten Sie nachvollziehbar beweisen, dass in den Sitzungen des Kuratoriums, dass in den Unterlagen vonseiten der Stiftung an den Kurator oder die Kuratorin beziehungsweise an das Ministerium eine Zahl genannt worden ist, die danach nicht stante pede weitergeleitet worden ist! Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist der zweite Fakt: Die Akten im Untersuchungsausschuss haben bewiesen, dass es keine schriftliche Meldung an das Ministerium oder an die Kuratorin gab. Auch das ist Ergebnis der Arbeit des Untersuchungsausschusses. Das können Sie in allen Protokollen nachlesen, das können Sie in den Akten nachlesen. Diese Fakten sollten wir uns heute Morgen vor Augen führen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU.)

In der Sitzung vom 13. März gab es ja die dramaturgisch aufgebaute Szene, in der Herr Melcher behauptete, am 04. März 2009 habe er in einer Sitzung die Zahlen auf den Tisch gelegt - in einer Sitzung frühmorgens mit Frau Kramp-Karrenbauer und mit anderen Beteiligten, an die er sich nicht mehr genau erinnern konnte. Wir haben daraufhin mal diejenigen gefragt, die sich sehr wohl an die Sitzung an diesem 04. März erinnern konnten. Es hat keine Stunde gedauert, um diese Behauptung zu widerlegen! Herr Duis, Herr Bogler haben persönlich erklärt, in dieser Sitzung dabeigewesen zu sein und haben persönlich erklärt - wir werden das nach der Wahl im Untersuchungsausschuss auch noch beweisen -, dass die Kosten der Finanzierung des Vierten Pavillons eben kein Thema waren. Auch das ist bewiesen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch das ist ein Fakt, den der Untersuchungsausschuss ans Tageslicht gebracht hat. Hören Sie auf zu lügen, hören Sie auf zu diffamieren!

(Sprechen und Unruhe bei der LINKEN.)

(Abg. Theis (CDU))

Das hat hier keine Rolle zu spielen. Der Untersuchungsausschuss hat Tatsachen ans Licht gebracht, die die Ministerpräsidentin ganz klar entlasten.

Ich will Ihnen zum Schluss eines sagen: Sie tun so, als sei der 25. März der Tag der Abrechnung. Davor haben wir Christdemokraten überhaupt keine Angst. Wir haben in den vergangenen Wochen dafür gesorgt, dass die Glaubwürdigkeit der Ministerpräsidentin und die CDU in allen Umfragen auf dem aufsteigenden Ast sind. Die Saarländerinnen und die Saarländer werden es richtig entscheiden.

(Sprechen bei der LINKEN.)

Ich freue mich auf den Sonntag, das wird der Tag der Abrechnung mit denen, die diffamieren und denunzieren. Wir lassen uns das an dieser Stelle nicht mehr gefallen, meine sehr verehrten Damen und Herren. - Danke.

(Beifall von der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer. Ich will darauf hinweisen, dass die Redezeit der Landesregierung noch eine 1 Minute und 20 Sekunden beträgt. Die Regierung hat aber die Möglichkeit, jederzeit zu sprechen, auch solange sie will. Die Zeit, die überschritten wird, steht jeder einzelnen Fraktion für Wortmeldungen zur Verfügung. - Frau Ministerpräsidentin, Sie haben das Wort.

**Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es sind eine Reihe von Fragen an mich gestellt worden, nicht nur heute, sondern auch im Untersuchungsausschuss, vor einem halben Jahr im Kulturausschuss und in der Öffentlichkeit. Ich kann heute als Erstes feststellen: Ich habe diese Fragen nach bestem Wissen und Gewissen vor einem halben Jahr in der Öffentlichkeit und im Kulturausschuss sowie im Untersuchungsausschuss beantwortet. Ich tue dies gerne heute auch hier, weil ich keine Probleme habe, mit dem, was ich getan habe, vor die saarländische Öffentlichkeit zu treten.

(Beifall bei der CDU. - Zuruf des Abgeordneten Linsler (DIE LINKE).)

Zu Punkt 1, ich habe zum Thema Presseerklärung in den entsprechenden Ausschüssen alles gesagt, habe meine Rolle dazu dargelegt. Ich habe auch gesagt, wenn ich das Diffamierungspotenzial - das sich hier heute gezeigt hat - geahnt hätte, hätte ich die Kommunikation anders gestaltet.

(Zuruf des Abgeordneten Schnitzler (DIE LINKE).)

Wie die Saarländerinnen und Saarländer darüber denken, müssen sie am 25. März entscheiden. Ich habe kein Problem damit und habe keine Angst vor dieser Entscheidung. Ich bin gespannt darauf, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU.)

Es ist heute wieder der Versuch gemacht worden, mir zu unterstellen, ich hätte Anweisung an die Stiftung gegeben, Kosten bewusst herauszurechnen. Ich weise das von dieser Stelle aus nochmals mit aller Deutlichkeit und mit allem Nachdruck zurück.

Sehr geehrter Herr Kollege Lafontaine, wenn man eine Frage gestellt bekommt, in einer Ausschusssitzung, bei der Sie selber nicht dabei waren und in der keiner Ihrer Kolleginnen und Kollegen diese Frage gestellt hat, sondern später öffentlichkeitswirksam hier im Plenum, dann müssen Sie es schon mir überlassen, wo und wie ich darauf antworte.

(Sprechen und Unruhe bei der LINKEN. - Zuruf: Vor der Tür!)

Ich habe das mit Blick auf die Öffentlichkeit getan. Wenn Sie das Protokoll lesen, dann werden Sie sehen, dass mir konkrete Fragen gestellt wurden, die ich hier beantwortet habe. Das hat sich nicht nur auf schriftliche Darstellungen bezogen, sondern auch in einem anderen Sinn.

Sie sagen auch, es stehe Aussage gegen Aussage. Dann stellen wir doch der Öffentlichkeit vor, welche Aussage gegen meine Aussage steht! Es steht mein Wort gegen das Wort von jemandem, der im Ausschuss behauptet hat, er hätte mich, den Finanzstaatssekretär und andere am Rande eines Termins über Kosten informiert. Wir haben alle glaubhaft versichert - mit schriftlichen Versicherungen etwa des Rektors der Musikhochschule -, dass dieses Thema in dieser Sitzung keine Rolle gespielt hat. Ich habe glaubhaft gemacht, dass es danach kein Gespräch gegeben hat, weil ich im Büro Rücksprachen hatte und anschließend mit dem Flieger nach Berlin zur Kultusministerkonferenz geflogen bin. Sie stellen mein Wort dem von jemandem entgegen, der im Gericht behauptet hat, er hätte von mir eine Genehmigung für eine Nebentätigkeit bekommen. Das Gericht hat mit einer Verurteilung festgestellt, dass es eine glatte Lüge ist! Das sind die beiden Aussagen, die gegeneinanderstehen. Sie diffamieren, nichts anderes haben Sie im Sinn, und dagegen verwehre ich mich, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der CDU.)

Ich sage Ihnen noch eins: Ich lasse mir nicht vorwerfen, ich hätte mein Ministerium nicht im Griff, auch nicht von jemandem, der vor Jahren hier mit einer Tabelle in der Hand gestanden hat und nicht in der Lage war zu erklären, dass er seine laufenden Be-

**(Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer)**

züge nicht von seinen Rentenzahlungen unterscheiden kann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Oh-Rufe und Unruhe bei der LINKEN. - Beifall bei der CDU.)

Deswegen sage ich es mit den Worten des französischen Moralisten Joubert: „Üble Nachrede ist die Erleichterung der Börsartigkeit.“ - Es fällt dieser Opposition sehr leicht, börsartig zu sein. Darüber werden die Saarländerinnen und Saarländer am Sonntag befinden, vor dieser Abstimmung habe ich keine Angst. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Reinhold Jost. Die jeweilige Zusatzzeit für die Fraktionen beträgt 3 Minuten und 5 Sekunden.

**Abg. Jost (SPD):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch mal einen ganz elementaren Punkt hier darstellen, weil ich nicht möchte, dass der tatsächliche Sachverhalt aus dem Blick gerät. Frau Ministerpräsidentin, es geht nicht um die Vorwürfe von Melcher Ihnen gegenüber, es geht um den zentralen Sachverhalt, der festgestellt wurde: Sie haben in Kenntnis der tatsächlichen Kosten eben diese Kosten - die Sie am Tag vorher in der Ministerratsvorlage drin hatten - aus einer Pressemitteilung rausgestrichen, in der sie auch aufgeführt waren! Sie haben getarnt, getrickt und getäuscht. Das ist der Sachverhalt und nicht diese Nebelkerzendiskussion und diese Nebenkriegsschauplätze! Alles andere ist Schnullibulli.

(Beifall bei der LINKEN und bei der SPD.)

Sie stellen sich hier hin und sprechen von übler Nachrede und Börsartigkeit. Ich sage Ihnen, entweder ist es bei Ihnen Uneinsichtigkeit oder Unfähigkeit zu begreifen, wie groß der Glaubwürdigkeitsverlust auch Ihrer Person in dieser Frage war und ist. Sie haben in der elementaren Frage der Darstellung der tatsächlichen Kosten bewusst eine Pressemitteilung verändert. Sie haben es geschafft, den Leuten ein X für ein U vorzumachen, sind jetzt dabei ertappt worden und machen es genauso, wie Sie es damals mit dem Rechnungshof gemacht haben: Sie kritisieren diejenigen, die die Missstände und das Tarnen und Tricksen aufgedeckt haben. Das ist eine ganz billige Nummer, meine sehr geehrten Damen und Herren. - Danke.

(Beifall bei der SPD und bei der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich für die Fraktion B 90/GRÜNE.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, es ist ja schön, dass Sie ans Rednerpult gegangen sind, aber Sie haben in Ihren Ausführungen den Kern der Vorwürfe gar nicht aufgegriffen. Auch wenn Sie von übler Nachrede sprechen, glaube ich, dass es den Kern der Sache nicht ganz trifft. Es geht darum, dass Sie hier erklären müssen, warum Herr Schreier von Ihnen das Plazet bekommen hat, die Federführung in diesem Projekt weiterhin in der Hand zu halten. Warum war das so? Diese Erklärung sind Sie bis heute schuldig geblieben und das ist ein zentraler Bestandteil der gesamten Geschehnisse. Sie haben eben gesagt, Sie haben Ihr Haus im Griff. Ich habe heute schon zweimal gesagt, es gibt ein Schreiben vom 12. März 2009 aus Ihrem Hause, in dem von 23,1 Millionen Euro die Rede ist und von dem Sie behaupten, es nicht zu kennen. Das verstehe ich nicht. Ich kenne Sie, Sie haben Ihre Häuser in der Tat im Griff, ich will Ihnen nicht unterstellen, dass Sie nicht wissen, was in Ihren Häusern passiert. Umso unglaubwürdiger, Frau Ministerpräsidentin, ist aber gerade dieser Vorgang. Dafür braucht es hier einfach eine Erklärung!

Sie haben Herrn Melcher als Zeuge in Zweifel gezogen, das ist ja okay, das kann man machen. Aber wir haben alle erlebt, dass Verwaltungsdirektor Lang, der hier nicht in Zweifel steht - ein Mann, der unparteiisch ist und mit unseren politischen Streitereien auch nichts zu tun hat -, im Untersuchungsausschuss gesagt hat: Nein, die Zahlen waren bekannt, es wurde doch alles gesagt. Dann kann man das nicht einfach wegwischen und sagen, das stimmt doch alles nicht, das ist doch alles einseitig. Dazu haben Sie eben hier kein Wort gesagt. Ich fordere Sie noch einmal auf: Klären Sie diese Dinge jetzt und hier auf! Jetzt und hier ist der Zeitpunkt, der letzte Zeitpunkt für die Öffentlichkeit, das aus Ihrem Munde zu hören. Warum sind diese drei Punkte so gelaufen, wie sie gelaufen sind? Das müssen Sie hier schon sagen, Frau Ministerpräsidentin.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Fraktion DIE LINKE Herr Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine.

**Abg. Lafontaine (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nur einige kurze Bemerkungen. Wenn man sich dadurch diffamiert fühlt, dass hier Tatsachenfeststellungen getroffen worden sind, dann lässt das schon tief blicken. Ich will die Tatsachenfeststellungen nur einmal wiederholen.

Erstens. Sie trugen die Hauptverantwortung für dieses Millionengrab. Das ist doch keine Diffamierung,

**(Abg. Lafontaine (DIE LINKE))**

das ist einfach eine Tatsache. Stellen Sie sich dieser Verantwortung! Wenn man so eine Pleite hingesezt hat, dann ist man mutig - an dieser Stelle stimmt Ihr Wahlplakat -, wenn man sich trotzdem wieder zur Wahl stellt.

(Lachen bei der LINKEN.)

Aber wie gesagt, dass Sie diese Pleite zu verantworten haben, kann überhaupt niemand hier in Frage stellen.

Der zweite Punkt ist, wir haben darauf hingewiesen, dass Sie die Öffentlichkeit getäuscht haben. Wenn man wirklich so dreist ist - das ist Dreistigkeit - und sagt, das sei alles nicht der Fall, dann habe ich dafür keine Worte mehr. Sie hatten ja einmal einen Hauch von Selbsterkenntnis, als Sie hier gesagt haben, es sind Fehler gemacht worden, auch eigene Fehler. Es wäre ja einmal ganz nett, wenn Sie sagen würden, worin diese Fehler eigentlich bestanden haben. Nach Ihrer Erwidern hier war alles in bester Ordnung. Das war ja heute der Tenor der ganzen Ausführungen. Nur, die saarländische Öffentlichkeit wird Ihnen das nicht glauben.

Der dritte Punkt ist, dass ich gesagt habe, es steht Aussage gegen Aussage. Darüber haben Sie sich echauffiert. Das ist eine Tatsachenfeststellung. Die ist sogar gerichtsnotorisch, eine solche Tatsachenfeststellung. Ich habe nicht behauptet, dass die Aussage des einen unbedingt richtig sei. Ich habe nur Gründe dafür angeführt, warum ich Ihre Aussage in Zweifel ziehe.

Ich will Ihnen zum Schluss noch etwas sagen. Man ist hier mitverantwortlich für eine Verdoppelung der Schulden und plakatiert dann: „Ich will Zukunft ohne Schulden“. Nun will ich Sie nicht darauf hinweisen, dass das ökonomisch der größte Blödsinn ist, den ich je irgendwo gelesen habe. So viel will ich gar nicht von Ihnen erwarten.

(Beifall bei der LINKEN.)

Solange diese Welt existiert, wird es immer Schulden geben. Aber hier kommt die Dreistigkeit zum Ausdruck, dass man schlicht und einfach die Unwahrheit sagt. Auch deshalb, weil Sie es im Zweifel mit der Wahrheit nicht so genau nehmen, kann man sogar sagen; Sie haben zur Lüge ein erotisches Verhältnis.

(Beifall bei der LINKEN. - Unruhe. - Sprechen.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Klaus Meiser.

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin si-

cher, dass es Oskar Lafontaine noch einmal gelungen ist, mit einer Formulierung die Zeitungen zu erreichen: „Sie haben zur Lüge ein erotisches Verhältnis.“ Primitivität ist für Sie kein Problem,

(Oh-Rufe bei der LINKEN)

Hauptsache, in den Medien landen. Das ist primitiv. Primitiver geht es nicht mehr. Das will ich in aller Klarheit hier festhalten.

(Unruhe. - Sprechen. - Beifall bei der CDU.)

Dann will ich ein paar Fakten klarstellen. Zunächst, Kollege Ulrich, bei der Federführung haben Sie die rechtlichen Feinheiten im Ausschuss nicht verstanden. Das habe ich schon bei persönlichen Rückfragen - wir saßen nebeneinander - mitbekommen, als es darum ging, dass die Ministerpräsidentin gesagt hat, weil Herr Schreier das auf den Weg gebracht hat, hat er in vielen inhaltlichen Fragen federführend mitgewirkt. Genauso klar hat sie gesagt: Selbstverständlich habe ich die Verantwortung als diejenige, die Ministerin und Kuratorin ist. Das muss man klar unterscheiden. Insofern geht die Frage ins Leere.

Punkt 2, Kollege Hartmann, Regressansprüche. Ich empfehle das Protokoll. Herr Plaetrich hat auf Befragen dort gesagt: „Ich will nicht sagen, dass es Regressansprüche gibt.“ Wörtliches Zitat. Er hat dann gesagt: Aber es ist prüfungswürdig. So viel bleibt von Ihrem Unsinn, es würden sich Regressansprüche gegen diese Personen stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hartmann (FDP).)

Weiterer Punkt, Herr Ulrich, Zahlen. Sie sind bei den Zahlen nicht ganz im Film. Sie haben den Vermerk des Finanzministeriums zitiert. Bei den 23 Millionen, die Sie hier in den Raum stellen, sind Investitionskosten drin, das Investitionsprogramm, vor allen Dingen auch für das Kreisständehaus. Kucken Sie sich deshalb die Dinge genau an, bevor Sie alles miteinander verwechseln, alles durcheinanderwerfen und hier dann Dinge verbreiten, die jeder Grundlage entbehren. Deshalb sage ich abschließend - und ich sage das hier gerne zum 20. Mal -, wer den Zusammenhang nicht sehen will zwischen einer Pressemitteilung, in der die Ministerpräsidentin aus nachvollziehbaren Gründen gesagt hat,

(Lachen bei der SPD. - Abg. Rehlinger (SPD): Aus nachvollziehbaren Gründen!)

sie werde vergleichend die Baukosten und die Baukosten darstellen und selbstverständlich alle anderen Faktoren benennen, sie werde natürlich die Öffentlichkeit vor den Wahlen über den Ausschuss informieren - das ist Fakt -, ihr dann aber vorwirft, vor der Wahl wäre die Öffentlichkeit vorsätzlich getäuscht worden, dem kann ich nur zurufen, nach der Wahl - da bin ich sicher - wird das im Ausschuss in fünf Minuten ausgeräumt sein. Dann sind Sie gerne

**(Abg. Meiser (CDU))**

bereit, das nachzuvollziehen, weil Sie nicht mehr die Show für die Bürgerinnen und Bürger abziehen können. Ich bleibe dabei, die Ministerpräsidentin hat die Öffentlichkeit nicht getäuscht.

(Abg. Spaniol (DIE LINKE): Das glaubt Ihnen niemand mehr! Das kriegen Sie nicht mehr los. - Zuruf der Abgeordneten Schramm (DIE LINKE).)

Sie hat alle Zahlen und Fakten genannt. Sie ist glaubwürdig und kein Vorwurf ist im Ausschuss und heute stehen geblieben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Dr. Christoph Hartmann. Die Redezeit beträgt 6 Minuten und 30 Sekunden.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes will ich auf das eingehen, was der Kollege Meiser in meine Richtung gesagt hat. Ich habe nämlich gar nichts anderes gesagt als das, was Sie hier an der Stelle gesagt haben. Ich sagte, Herr Plaetrich habe gesagt, es sollen Regressansprüche geprüft werden. Das ist eine Sache, die mir als jemandem, der politisch interessiert ist, in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie untergekommen ist, dass der Chef des Rechnungshofes sagt, es sollen Regressansprüche gegen diejenigen geprüft werden, die Aufsicht geführt haben, gegen die Kuratorien und insbesondere dann natürlich gegen die Kuratorin.

Nichts anderes habe ich gesagt. Herr Meiser, wenn Sie einen Angriff starten gegen etwas, was ich gar nicht gesagt habe, dann stellt sich schon die Frage: Was bedeutet das eigentlich psychologisch, und was bedeutet das eigentlich an Argumentationsarmut an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP.)

Dann wurde hier erklärt, aus nachvollziehbaren Gründen habe Frau Kramp-Karrenbauer die Dinge herausgestrichen. Ich will noch einmal sagen, was die Begründung war. Die Begründung war, es gäbe ein Diffamierungspotenzial. Man solle zwei Zahlen, die eigentlich nicht miteinander vergleichbar wären, nicht so darstellen, damit aus den 12 Komma irgendwas Millionen oder aus den 9 Komma irgendwas Millionen dann nicht 20,1 Millionen werden.

Eines steht auf jeder Seite, glaube ich, fest: Die 20,1 Millionen wären früher oder später ohnehin herausgekommen. Es ging also um nichts anderes als um Zeitgewinn kurz vor einer Wahl. Um nichts anderes ging es an dieser Stelle.

(Zuruf aus der CDU.)

Ich habe eben zum Ausschuss gesagt, da sind die 20,1 nicht genannt worden. Das Protokoll der Kuratoriumssitzung vom 25. August, also fünf Tage vor der Wahl, nennt die 20,1 ebenfalls nicht. Das heißt, auch im Kuratorium sind die 20,1 Millionen nicht genannt worden. Da in einem der letzten Beiträge mir erklärt worden ist, dass meine Reden zum Untergang des Liberalismus beitragen, darf ich hier als letzte Bemerkung eines sagen: Der Liberalismus ist stark genug, dass er auch Christoph Hartmann überlebt. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP. - Abg. Meiser (CDU): Ist das peinlich!)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, Herr Hubert Ulrich. Ich darf darauf hinweisen, dass es noch 13 Sekunden sind.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Ich habe noch Redezeit von der FDP übertragen bekommen.

(Zuruf: Sie ist nicht übertragen.)

Er hat sie gerade übertragen.

**Präsident Ley:**

Entschuldigen Sie, Herr Fraktionsvorsitzender. Mir wurde das nicht mitgeteilt. Jetzt weiß ich es. Dann ist es selbstverständlich der Fall. Bitte schön.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss mich jetzt noch einmal zu Wort melden wegen des Kollegen Meiser. Herr Meiser, wenn Sie schon etwas Unübliches hier machen, nämlich aus privaten Gesprächen zitieren, dann würde ich Sie doch bitten, richtig zu zitieren. Wir haben uns in der Tat im Ausschuss über das eine oder andere unterhalten, auch über diesen Zusammenhang mit der Federführung. In der Tat haben Sie in diesem persönlichen Gespräch auch Ihre Sicht der Dinge dargelegt, genauso wie eben. Das ist aber nicht meine Sicht der Dinge. Sie können hier nicht so tun, als hätte ich dort Ihre Sicht der Dinge übernommen und so akzeptiert. Das ist nicht so. Deshalb sage ich es noch einmal.

Es ging darum, dass Frau Kramp-Karrenbauer - das ist ein ganz zentraler und entscheidender Punkt - die Federführung ohne Not an jemanden übertragen hat, der sie dann ja auch ausgeübt hat - deshalb erleben wir heute die ganzen Zahlenwerke so, wie wir sie erleben -, dass sie ohne Not die Federführung an Herrn Schreier übertragen hat, was von der Verwaltungsseite - Herr Lang hat das sehr eindrücklich ge-



**(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))**

schildert - dann auch so angenommen wurde. Für ihn war Herr Schreier nach wie vor der Chef in dem Laden, der gesagt hat, wie was zu tun ist, und eben nicht sie. Dann kann man auch schon mal eine Vermutung mit reindenken, warum man das so gemacht hat; das ist ja nachvollziehbar.

Klar, dann kann man sich heute im Nachhinein hier hinstellen und sagen, ich habe da nichts gemacht. Und Herr Schreier wird plötzlich krank, ist gar nicht mehr zu sprechen. Der verschwindet einfach, ein Vorgang, den die Öffentlichkeit noch einmal für sich bewerten sollte, ob man glaubt, dass er wirklich krank ist, oder nicht. Ich sage hier noch einmal: Ich glaube das nicht. Herr Schreier hat sich vor seiner Aussage im Untersuchungsausschuss gedrückt. Er hat sich aus guten Gründen gedrückt, weil dort Dinge herausgekommen wären, die sehr abträglich gewesen wären für die damalige CDU-geführte Landesregierung und auch für Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, denn auch Herr Schreier weiß, dass man vor einem Untersuchungsausschuss nicht lügen darf. Das ist nämlich strafbewehrt. Und wenn man nicht lügen will, gibt es nur eine einzige Möglichkeit, dem zu entgehen: Dann wird man krank. Das ist hier geschehen.

Kollege Meiser, Sie haben einen zweiten Versuch gestartet, unsere Aussagen in Abrede zu stellen, indem Sie sagen, die im Protokoll genannten Zahlen - was ich mehrfach geschildert habe - seien falsch. Ich habe sie hier und trage sie Ihnen und damit der Öffentlichkeit gerne noch mal vor.

**Präsident Ley:**

Herr Fraktionsvorsitzender, ich darf Sie ausdrücklich darauf hinweisen, dass Zitieren aus dem Protokoll nicht erlaubt ist.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Gut, dann tue ich das nicht, dann muss ich aus meinem Gedächtnis zitieren und lege das Protokoll beiseite. Dort stehen 23,1 Millionen drin, 18,7 Millionen sind genannt plus 1,8 Millionen für die Projektsteuerung und noch mal 3,1 Millionen 2009 bis 2011 für weitere Investitionen. Das summiert sich auf 23,1 Millionen, diese Zahl ist dort klar genannt. Dieses Schreiben ist aus dem Hause Kramp-Karrenbauer an das Finanzministerium gegangen. Dort ist ein Vermerk gemacht worden. Diese Zahlen sind klar belegt, Herr Meiser, das können Sie hier nicht in Abrede stellen, auch wenn ich jetzt nicht im Detail aus dem Protokoll zitieren darf. - Vielen Dank.

**Präsident Ley:**

Zu Wort gemeldet hat sich vonseiten der Regierung Herr Finanzminister Peter Jacoby. Seine Redezeit steht nachher jeweils auch noch mal den Fraktionen zur Verfügung.

**Minister Jacoby:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollege Ulrich, ich will nur an einer Stelle für Klarheit sorgen. Es geht um den Betrag von 3,1 Millionen, der jetzt sozusagen als mutmaßlich neue Qualität in die Debatte eingeführt worden ist. Es gibt in der Tat einen Vermerk aus dem Finanzministerium vom April 2009 mit der Überschrift: Genehmigung des Nachtragswirtschaftsplanes nebst Satzung 2008 der Stiftung Saarländischer Kulturbesitz und des Wirtschaftsplanes 2009 nebst Satzung. In der Tat tauchen in diesem Zusammenhang 3,1 Millionen als weitere Kosten auf, was nicht bedeutet, dass diese Kosten im Zusammenhang stünden mit dem Thema Vierter Pavillon. Zu diesen 3,1 Millionen Euro heißt es in diesem Vermerk: Die Investitionen ergeben sich - -

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Er darf zitieren!)

Das ist ein Vermerk, es ist kein Protokoll.

**Präsident Ley:**

Herr Fraktionsvorsitzender, das ist kein Protokoll. Das ist ein interner Vermerk der Regierung.

(Heiterkeit bei der LINKEN.)

**Minister Jacoby:**

Dort heißt es: Die Investitionen ergeben sich daraus, dass im Blick auf die Moderne Galerie, die Schlosskirche und das Kreisständehaus gewisse Maßnahmen Eingang gefunden haben, die im Wirtschaftsplan zu finanzieren waren. Diese Anmerkung in diesem Vermerk erfolgte, um den ganzen Wirtschaftsplan zu thematisieren, steht aber in keinem Zusammenhang mit dem Thema Vierter Pavillon. Insofern ist es unredlich und unangebracht und von der Sache her nicht gerechtfertigt, diese Kosten mit einzu-beziehen in die Kalkulation im Blick auf den Vierten Pavillon. Von daher bleibt es bei der Zahl 20,1 Millionen, wie sie in der Presseerklärung zum Ausdruck gebracht worden ist. Alles andere ist falsch, irreführend und muss zurückgewiesen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU. - Zurufe von SPD, FDP und der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Die zusätzliche Redezeit für die Fraktionen beträgt jeweils 2 Minuten. - Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Hartmann, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zum einen ist es spannend - ich weiß nicht, wie oft das vorgekommen ist -, dass alle Minister an einer Aussprache im Rahmen einer Debatte teilgenommen haben. Zum Zweiten. Herr Kollege Jacoby,

(Abg. Dr. Hartmann (FDP))

ich schätze Ihre Kompetenz sehr. Aber diese 3,1 Millionen Euro umfassten das Investitionsprogramm 2009 bis 2011. In diesem Investitionsprogramm war unter anderem 1 Million Euro an Gutachterkosten zur Ermittlung der Energiekosten enthalten. Diese waren - so wurde klar und eindeutig gesagt - die Voraussetzung dafür, dass ein Energiekonzept für das gesamte Saarlandmuseum inklusive des Vierten Pavillons erstellt würde. Wer weiß, dass Herr Professor Kohl sein Engagement daran festgemacht hat, dass es ein entsprechendes Energiekonzept gibt, der weiß auch, dass mindestens 1 Million von den 3,1 Millionen einzuberechnen gewesen wäre. - Herzlichen Dank für die Möglichkeit zu dieser Richtigstellung.

(Beifall bei der FDP.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herr Fraktionsvorsitzender Hubert Ulrich.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Herr Minister Jacoby, auch das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Ich wiederhole den Satz, den Sie gerade eben gesagt haben. Dann kann sich jeder ein Bild machen, wofür die Kosten angefallen sind. In diesem Vermerk, den Sie vorgetragen haben, steht ganz klar: Die Investitionen ergeben sich daraus, dass durch den Bau der Galerie der Gegenwart, die an die bestehenden Gebäude, zum Beispiel der Modernen Galerie etc., angeschlossen wird, zusätzliche Kosten entstehen. Damit ist klar, dass diese Kosten eindeutig in Zusammenhang mit dem Bau des Vierten Pavillons stehen. Alles andere ist Tarnen und Täuschen, nicht mehr und nicht weniger. Das ist hier schwarz auf weiß formuliert. So weit reichen meine Deutschkenntnisse noch.

(Zuruf von Minister Jacoby.)

Diese Kosten entstehen durch den Bau des Vierten Pavillons, das ist eindeutig.

**Präsident Ley:**

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Es ist Überweisung an den Ausschuss beantragt. - Herr Hartmann.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Beantragt ist, dass wir inhaltlich abstimmen und gleichzeitig überweisen.

(Zuruf.)

Dann erwarte ich, dass wir inhaltlich über die Dinge abstimmen. Die inhaltliche Abstimmung ist wichtiger als die Frage der Überweisung, damit das ganz klar ist.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Es kann nicht gemeinsam abgestimmt werden, denn die Ausschussüberweisung - das ist hier schon mehrfach geschehen - ist der weitergehende Antrag. Daher wird zunächst einmal über die Ausschussüberweisung abgestimmt, wie es aus allen Anträgen hervorgeht. Wenn dem nicht stattgegeben wird, müssen wir natürlich im Einzelnen abstimmen. Zunächst ist über den Überweisungsantrag an den Ausschuss abzustimmen.

Wer für die Überweisung der Drucksachen 14/717 - neu -, 14/723, 14/724 und 14/730 an den Untersuchungsausschuss „Vierter Pavillon“ ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Anträge mehrheitlich angenommen und an den Untersuchungsausschuss überwiesen sind. Zugestimmt haben die CDU-Landtagsfraktion und die SPD-Landtagsfraktion, dagegen die Fraktionen der LINKEN, der FDP und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wir kommen dann nicht mehr zur Abstimmung der einzelnen Anträge.

Wir kommen zu den Punkten 3, 18, 19 und 20 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Beschäftigungsgesellschaft für Schlecker-Beschäftigte (Drucksache 14/711 - neu)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Transfergesellschaft für Schlecker-Beschäftigte (Drucksache 14/734)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Schlecker-Beschäftigte unterstützen - Arbeitsplätze im Saarland sichern (Drucksache 14/728)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Neue Perspektiven für Schlecker-Beschäftigte schaffen - dezentrale Transfergesellschaft einrichten! (Drucksache 14/732)**

Zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion erteile ich Frau Abgeordneter Astrid Schramm das Wort.

**Abg. Schramm (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach intensiven Verhandlungen zwischen dem In-

(Abg. Schramm (DIE LINKE))

solvenzverwalter, den Betriebsräten sowie der Gewerkschaft Verdi steht nunmehr fest, dass bundesweit 2.200 Schlecker-Filialen schließen müssen. Es sind somit 200 Märkte weniger betroffen, als in der Vergangenheit angekündigt wurde. Auch die bislang geplante Zahl von Entlassungen in Höhe von rund 11.700 reduziert sich. Es ist aktuell von ungefähr 500 Arbeitsplätzen die Rede, die weniger abgebaut werden müssen.

Viele Schlecker-Filialen im Saarland stehen vor dem Aus. Schlecker beschäftigt an der Saar rund 300 Menschen, fast ausschließlich Frauen. Viele von ihnen sind alleinerziehend und haben minderjährige Kinder. Ich war gestern Abend auf der Betriebsversammlung der Firma Schlecker und habe mir die Sorgen und Nöte der Frauen vor Ort angehört. Liebe Kolleginnen und Kollegen, 25 Jahre für eine Firma gearbeitet zu haben und dann aufgrund von Managementfehlern auf der Straße zu stehen, macht wirklich nur noch wütend. Für die entlassenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll es eine Transfergesellschaft geben.

Das Bundesland Baden-Württemberg, in dem Schlecker seinen Sitz hat, bemüht sich um einen Kredit für die Drogeriemarktkette seitens der staatlichen Förderbank KfW. Hierzu bedarf es allerdings noch einer Bürgschaftszusage der Politik. Bundeswirtschaftsminister Rösler will einen Kredit der Förderbank KfW in Höhe von etwa 71 Millionen Euro nur möglich machen, wenn Baden-Württemberg zusammen mit allen 16 Bundesländern die volle Haftung übernimmt. Die Länder wiederum machen dies aber von der Prüfung des Konzeptes des Insolvenzverwalters abhängig. Das heißt: Noch ist nichts entschieden.

Wir begrüßen es, dass die saarländische Landesregierung gestern eine Beteiligung des Landes an einer Transfergesellschaft für die Beschäftigten in Höhe von 800.000 Euro beschlossen hat. Es ist jedoch angebracht, die Transfergesellschaft nicht nur auf ein halbes Jahr zu begrenzen. Wir sind vielmehr der Überzeugung, es müsste ein ganzes Jahr sein. Das ist nach SGB III möglich. In diesen 12 Monaten sollten die betroffenen Frauen die Möglichkeit erhalten, sich weiterzubilden und sich einen neuen Job zu suchen. Ältere Mitarbeiter oder Frauen mit kleinen Kindern können nicht mal eben schnell hopplahopp umgeschult werden oder in Rekordzeit eine Weiterbildung absolvieren.

Wir können nur hoffen, dass sich alle Bundesländer einschließlich Nordrhein-Westfalen ebenfalls beteiligen und die Bürgschaft übernehmen. Ebenso sehen wir den Bund in der Pflicht. Die Transfergesellschaft muss bis zum 01. April eingerichtet sein. Es besteht ein immenser Zeitdruck. Ob in dieser extrem kurzen Zeit die Auswahl für die Mitarbeiter, die in eine Transfergesellschaft wechseln sollen, immer auch

sozialverträglich ist, müssen wir bezweifeln. Ohne eine Transfergesellschaft würden die Beschäftigten aber direkt in die Arbeitslosigkeit fallen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das will wohl niemand.

(Beifall bei der LINKEN.)

Das Ziel einer Transfergesellschaft ist es, für Mitarbeiter eines Unternehmens, das Personal abbaut, neue Perspektiven zu entwickeln und wieder eine Beschäftigung zu finden. Während einer Beschäftigung in einer Transfergesellschaft erhalten die Betroffenen von den Arbeitsagenturen sogenanntes Transferkurzarbeitergeld, das sich für Arbeitnehmer mit Kind auf 67 Prozent und für alle anderen auf 60 Prozent des Nettolohns beläuft. Wir begrüßen jedoch, dass der Insolvenzverwalter mit der Gewerkschaft das Transferkurzarbeitergeld auf 80 Prozent aufgestockt hat.

Wenn Geld für die Rettung deutscher Banken vorhanden ist und Herrn Wulff ein Ehrensold hinterher geworfen wird,

(Zuruf und Sprechen)

muss auch den Drogeriemitarbeitern geholfen werden, Herr Becker. Die Bundesregierung darf die Schlecker-Beschäftigten nicht im Regen stehen lassen. Die Politik ist es ja auch gewesen, die es Anton Schlecker ermöglicht hat, in seinem Unternehmen lange Jahre auf Lohndrückerei, Leiharbeit und Tarifrucht zu setzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die maßgeblich für den Aufbau des Unternehmens gesorgt und für die Familie Schlecker eines der größten Vermögen in Deutschland erarbeitet haben, dürfen nicht für die Fehler des Managements haften.

(Beifall bei der LINKEN.)

Frauen, die der Schlecker-Bankrott bekanntlich in besonderem Maße betrifft, sind am Arbeitsmarkt ohnehin schlechter gestellt als Männer. Sie beziehen einen geringeren Bruttoverdienst und erhalten weniger Sonderzahlungen; ganz zu schweigen von Frauen, die in Schlecker-XL-Läden beschäftigt waren.

Es ist daher dringend notwendig, die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen bei Schlecker mit einer Transfergesellschaft im Sinne einer Beschäftigungsgesellschaft aufzufangen, so, wie auch die Stahlstiftung Saarland als wegweisendes sozialpolitisches Modell in der Vergangenheit Tausende von Stahlarbeitern auffing und für einen neuen Arbeitsplatz qualifizierte. - Deshalb bitten wir Sie, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrages der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 14/734 erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Klaus Meiser das Wort.

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind uns bei den Schlecker-Beschäftigten im Ziel einig. Deshalb halte ich es für klug, wenn wir gerade diesen Sachverhalt, in dem wir einig sind, nicht für ideologische Auseinandersetzungen missbrauchen, sondern uns auf das konzentrieren, was wir nach unserer übereinstimmenden Auffassung den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern dort schuldig sind.

Ich will einen zweiten Grund anführen, warum ich der Auffassung bin, die Ideologie außen vor lassen zu sollen. Jeder muss wissen, auch der Mittelstand und jedes kleine Unternehmen schauen sich die Handlungsweise des Staates in diesem Fall genau an. Man wird reklamieren: Was ist, wenn ich in Schwierigkeiten komme? Niemand darf die Augen davor verschließen, dass das ordnungspolitisch nicht unproblematisch ist. Aber ich nehme Folgendes vorweg. Ich halte es mit meiner Fraktion für verantwortlich, deutlich zu machen, dass es in diesem Fall insbesondere volkswirtschaftlich sinnvoll ist, diesen Weg zu gehen und es deshalb keine Vergleichbarkeit gibt. Diese Botschaft muss dieses Haus an den Mittelstand im Saarland senden, um deutlich zu machen, es geht nicht nach dem Motto, große Ketten werden besser und anders behandelt als kleine Unternehmer. Es ist nicht vergleichbar. Wir wissen, dass das hier einen Domino-Effekt hätte, der nicht mehr aufzuhalten ist.

Ich kann es kurz machen. In der Sache hat die Kollegin Schramm die Dinge zutreffend dargelegt. Wir haben 25.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, vornehmlich Frauen. Sie hat auch das Profil richtig beschrieben. Es gibt die Chance, dass man einen Großteil - weit über die Hälfte - der Arbeitsplätze erhalten kann und dass man für 10.000 und mehr Beschäftigte Arbeitslosigkeit vermeiden kann. Diese Chance wollen wir nutzen. Deshalb sage ich für die CDU-Landtagsfraktion kritisch: Wenn man für viele Probleme im Bund Milliarden zu Recht in die Hand nimmt, hätte ich mir gewünscht, dass man auch hier bereit gewesen wäre, mit ins Boot zu gehen. Aber gerade vor dem Hintergrund der Zeitnöte, die wir haben, ist es sinnvoll, dass die Länder die Dinge selbst in die Hand nehmen.

Es soll auch jeder wissen: Was heißt das? Welche Verantwortung übernehmen wir? Wenn die 71 Millionen Euro von den Ländern verbürgt werden, bedeutet dies, dass das Saarland in einen Bürgschaftsrahmen von 700.000 bis 800.000 Euro gehen wird. Ich denke, man muss dazusagen, dass sich diese Bürg-

schaft realisieren wird. Aber wenn man den Weg sieht, sind wir, wie ich meine, auch dort beieinander zu sagen: Wenn die Transfergesellschaft in einem Arbeitsmarkt tätig wird, der trotz Arbeitslosigkeit in noch viel zu hoher Zahl im Vergleich zu vergangenen Jahren entspannt ist, dann hoffen wir sehr, dass sie über Weiterbildung, Qualifizierung oder auch unmittelbaren Transfer in andere Bereiche den Betroffenen und ihren Familien helfen wird und unter dem Strich nicht das Horrorszenario steht, dass bundesweit fast 25.000 Menschen zumindest an ihrem Arbeitsplatz gefährdet sind. Wir alle können uns nur wünschen - und nur das macht bei dieser Aktion Sinn -, dass sich das Unternehmen ordentlich aufstellt, denn es macht schon Sorge, wenn man hören und lesen muss, dass der Insolvenzverwalter von einem chaotischen Management spricht und auch klarmacht, dass es hausgemachte Probleme gibt. Ich denke, auch dies muss der Staat abfordern, wenn er hilft.

Ich fasse zusammen. Ich denke, wir können gemeinsam feststellen, dass alle politisch Verantwortlichen in diesem Land auch vor Landtagswahlen nicht mit Schaum vor dem Mund reagiert haben. Vielmehr hat jeder seinen Part übernommen. Die Landesregierung an der Spitze hat sofort gehandelt. Ich kann nur hoffen, dass sich die Entscheidungen, die im Raum stehen und natürlich auch noch beihilferechtlich abgeprüft werden müssen, so vollziehen, dass wir unser Ziel erreichen, zum einen bei Schlecker Arbeitsplätze in großer Zahl zu erhalten und zum Zweiten bei den Arbeitsplätzen, die nicht erhalten werden können, den Menschen mit Weiterbildung, Qualifizierung und Transfer in andere Unternehmen zu helfen, dass ihre Existenz gesichert bleibt. In diesem Sinne sind wir, denke ich, in der Frage heute in großer Einigkeit zusammen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrags der SPD-Landtagsfraktion - Drucksache 14/728 - erteile ich Herrn Abgeordneten Eugen Roth das Wort.

**Abg. Roth (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Schlecker ist eine schwierige Situation, die in einer dramatischen Lage mit riesigen Auswirkungen und mit einem sehr großen Strukturgewicht, was den Handel betrifft, dank des Einsatzes der dortigen Kolleginnen und Kollegen, dank der dort vorhandenen Betriebsrätinnen und Betriebsräte und dank ihrer Gewerkschaft Verdi zu einem einigermaßen erträglichen Ende gebracht werden kann. Zumindest scheint dies nach dem derzeitigen Verhandlungsstand möglich zu sein. Deshalb möchte ich mich zu-

(Abg. Roth (SPD))

allererst bei den Kolleginnen und Kollegen von Schlecker ganz herzlich bedanken. Ich war gestern Abend, wie viele andere aus diesem Haus, auf der Betriebsversammlung. Sie hat mich berührt, weil sich diese Frauen immer noch Sorgen machen, wie es mit Schlecker weitergeht, auch wenn sie von Kündigung bedroht sind. Angesichts dieses Verantwortungsbewusstseins sollten sich ein Herr Anton Schlecker und die Konsorten, die die gegenwärtige Lage zu verantworten haben, schämen, wenn sie sehen, wie ihre Verkäuferinnen und Verkäufer noch zum Unternehmen stehen, während er sich vom Acker gemacht hat.

(Beifall bei der SPD.)

Ich will einmal einen zitieren. Es ist der zuständige Verdi-Sekretär Alex Sauer, ein junger Mann, der bei Verdi dieses schwierige Geschäft zu machen hat, dem auf der gestrigen Veranstaltung permanent die Tränen in den Augen standen und der darauf hingewiesen hat, dass die Schlecker-Frauen schon jetzt Sozialgeschichte geschrieben haben. Es geht auf keine Kuhhaut, was bei Schlecker in den letzten Jahren alles passiert ist: Man hat die Verkäuferinnen auf die Toiletten verfolgt und dort Überwachungskameras installiert, man hat eine private Leihfirma geholt, teilweise wurde vom Parterre in die erste Etage umgezogen, und unterwegs hat man den Betriebsrat verloren - sprich: man hat ihm gekündigt und ihn unter fadenscheinigsten Argumenten hinausgeworfen - und so weiter. All das zeigt: Wer so mit Mitbestimmung umgeht, der hat auch im Management nichts drauf. Und umgekehrt: Herzliches Dankeschön auch von diesem Haus an die tapfere Betriebsratssprecherin Astrid Klein von Verdi, an Verdi-Sekretär Alex Sauer, an Steffi Recknagel im Fachbereich Handel von Verdi, aber auch an Steffi Nutzenberger, die aus dem Verdi-Landesbezirk Saarland kommt und mittlerweile stellvertretende Bundesvorsitzende ist. Die Leistungen dieser Personen sind schon toll, und ich appelliere an die Kolleginnen und Kollegen, die in ähnlichen schwierigen Arbeitsumständen sind: Schließt euch einer starken Gewerkschaft an; dann habt ihr die stärkste Hilfe. Das ist für die Schwachen das Stärkste, was es gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Nun zum derzeitigen Sachstand. Er ist ja schon sehr weit fortgeschritten. Wir, die SPD-Fraktion, wie auch alle hier im Hause stellen uns ohne Wenn und Aber hinter den Verhandlungsstand, den die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Verdi erreicht hat, und versuchen, unseren Beitrag dazu zu leisten, dass er umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang möchte ich durchaus auch einmal die saarländische Landesregierung loben, stellvertretend Herrn Staatssekretär Gerhard Wack.

(Beifall bei der CDU.)

Ja, das ist berechtigt. Das ist nicht nur eine Floskel. - Lieber Kollege Wack, auch Sie waren auf der gestrigen Betriebsversammlung. Die Sachlichkeit, die überzeugenden Argumente und der Auftritt wurden ja schon durch den Applaus dieser Kolleginnen belohnt, und das hat wesentlich dazu beigetragen, dass unter diesen Extrembedingungen mit einer möglichst objektiv-perspektivischen Vorgehensweise zu rechnen ist. Dafür auch mein herzlicher Dank von dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD.)

Nun haben wir die Situation, dass einem die Finanzierungen für einen Herrn Anton Schlecker, dem ja - ob man es will oder nicht - am Ende auch aus der Patsche geholfen wird, nicht nur Freude bereiten. Wir sehen natürlich vordergründig die insgesamt 25.000 Beschäftigten. Es sind zu über 90 Prozent Kolleginnen. Rund 14.000 Arbeitsplätze könnten nach derzeitigem Stand gerettet werden; das wäre ja schon einmal mehr als die Hälfte. Und es besteht die Chance, über eine Transfergesellschaft und auch über dezentrale Transfergesellschaften relativ viele - man geht von 60 bis 70 Prozent aus - in neue, vertretbare und adäquate Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. Das macht die Dimension, die Einzigartigkeit des Falles aus. Hinzu kommt, dass es fast ausschließlich Frauen sind, die wegen der relativ geringen Einkünfte nicht sehr mobil sein können, die Kinder zu betreuen haben. Wenn wir immer die Familienfreundlichkeit dieser Gesellschaft loben, kann die öffentliche Hand nicht abseits stehen und bei so etwas zuschauen, auch wenn es einem durchaus schwerfällt, wenn man an die Ursache dieses GAUs denkt.

Von daher war es ein wichtiges Signal, dass das Saarland im Rahmen seiner Anteile, die errechnet wurden, eine Basis gelegt hat. Mehr ist es im Moment noch nicht, aber immerhin: Es ist gelungen. Und jetzt hoffen wir natürlich, dass auch andere Bundesländer nachziehen. Eben ist Nordrhein-Westfalen genannt worden, das in der quantitativen Wucht erheblich stärker betroffen ist als wir. Es befindet sich derzeit ebenfalls in der Situation, dass quasi eine Zwischen-Landesregierung amtiert, mit all den Schwierigkeiten, die hier bekannt sind. Von daher haben wir Verständnis dafür, dass dort dreimal abgewogen wird, bevor etwas gemacht wird. Aber wir hoffen, dass uns das saarländische Beispiel ein Stück weiterhelfen wird, weil damit auch eine Botschaft gegeben ist.

Wir wünschen uns natürlich vor wie nach, dass sich der Bund an dieser Geschichte beteiligt. Die rheinland-pfälzische Sozialministerin und sozialpolitische Sprecherin der SPD-geführten Bundesländer, Malu Dreyer, hat dies ja bereits öffentlich angebracht. Es

(Abg. Roth (SPD))

war gestern in der Saarbrücker Zeitung veröffentlicht. Jeder konnte nachlesen, dass es durchaus auch begründbar wäre, wenn der Bund mitmachen würde. Vielleicht kann der Bundeswirtschaftsminister die ideologische Brille absetzen, so sage ich es einmal, trotz all der Bedenken, die durchaus nicht ganz unberechtigt sind, und seinem Herz einen Stoß geben. Ich glaube, es ist öffentlich nicht vermittelbar, dass man sagt, dies sei allein Ländersache. Das ist das Eine.

Aber was tun wir, ohne die Kanone aufzufahren? Denn es sind Verhandlungen. Man muss mit Fingerspitzengefühl herangehen. Man muss sehen, wie ein Argument das andere gibt. Wir wissen auch, dass - durch mehrere Tarifverträge von Verdi abgesichert - bereits morgen in der Handwerkskammer des Saarlandes das sogenannte Profiling der Transfergesellschaft für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen beginnen wird. Sie haben bereits gestern schriftlich die Androhung einer Kündigung bekommen. Das ist alles sehr schnell gegangen. Wenn sie in einer Transfergesellschaft ankommen, wenn die Transfergesellschaft verankert wird - es geht immerhin noch um die Absicherung von 71 Millionen Euro -, dann würden diese Kündigungsklagen nicht zur Anwendung kommen. Es ist eine dezentrale Transfergesellschaft, es sind eigentlich Transfergesellschaften, die hier vorgesehen sind. Das hat auch BÜNDNIS 90/GRÜNEN gefordert. Es ist die Transfergesellschaft weitblick-personalpartner aus Mannheim, die auch gestern Abend anwesend war. Den Kolleginnen und Kollegen ist ganz klar mit auf den Weg gegeben worden, dass sie keinerlei absehbar große Nachteile haben, wenn sie in diese Transfergesellschaft eintreten. Es ist ja eine freiwillige Geschichte. Dann hätten sie aber durchaus die Chance auf Weitervermittlung und Transfer in neue Arbeitsstellen. Dies soll durch öffentliche Förderung und nicht zuletzt auch durch die Unterstützung der Bundesagentur für Arbeit offensiv begleitet werden, die gestern Abend bereits anwesend war und auf erste Fragen konkret Antworten gegeben hat.

Kurz und gut, wir unterstützen diesen Prozess. Wir werden den Anträgen der anderen Fraktionen zustimmen. Wir werden uns bei einem Antrag enthalten, das ist der Antrag der LINKEN. Er geht in die richtige Richtung. Ich glaube, hier gibt es eine große Seelenverwandtschaft zu dem, was ich gesagt habe.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Ja, aber die Große Koalition steht im Weg.)

Lieber Rolf, das Modell Stahlstiftung kann aber zum jetzigen Zeitpunkt der Verhandlungen, zu dem schon alles Mögliche abgeschlossen ist, auch wenn man ernsthaft darüber nachdenken würde, überhaupt nicht mehr zum Tragen kommen. Wir sollten darauf aufpassen, dass wir den Kolleginnen und Kollegen in dieser verwirrenden und schwierigen Si-

tuation jetzt nicht noch Dinge in den Kopf setzen, die im Moment rein vom Zeitablauf nicht mehr zum Tragen kommen können. Deshalb werden wir uns an der Stelle enthalten, wohl wissend, dass es positiv und gut gemeint ist.

Ich möchte an diesem Punkt zur Stahlstiftung eigentlich noch nichts sagen. Ich kann es später gerne tun, wenn es gewünscht ist. Mit den Gründern der Stahlstiftung, wozu interessanterweise auch Dr. Peter Hartz gehört, um nur einen stellvertretend für viele andere zu nennen, habe ich mich auseinandergesetzt und die Frage gestellt, ob dies ein Modell für die jetzige Situation wäre oder nicht. Das Ergebnis für die jetzt aktuelle Situation lautet nein. Aber das soll das andere jetzt nicht verwischen. Das Wichtigste ist: Die Schlecker-Frauen im Saarland und in Deutschland wissen, das saarländische Landesparlament, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier stehen an ihrer Seite. - Danke.

(Beifall von der SPD.)

**Präsident Ley:**

Zur Begründung des Antrages der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, Drucksache 14/732, erteile ich Frau Abgeordneter Claudia Willger das Wort.

**Abg. Willger (B 90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns verbindet gemeinsam das Ziel, dass es notwendig ist, Arbeit zu organisieren statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren. Das ist heute die zentrale Botschaft. Der Gedanke der Transfergesellschaft ist einer, den wir bereits vor Längerem vorgetragen haben. Auch unsere Bundestagsfraktion hat bereits zum 01. März eine entsprechende Forderung aufgestellt. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf, denn es ist notwendig, dass diesen betroffenen Beschäftigten, insbesondere ja Frauen, attraktive und zukunftsgerichtete Angebote unterbreitet werden. Sie sollen die Chance bekommen, in einer Zukunftsbranche qualifiziert zu werden. Das ist gut für alle Betroffenen, es ist für diese Betroffenen sogar notwendig, aber es ist auch gut für die Branchen, die jetzt schon händeringend um Fachkräfte nachsuchen, weil sie Bedarf haben.

In verschiedenen Kreisen der Branche wird gesagt, wer es bei Schlecker schafft, schafft es überall. Dieser Satz bringt gut auf den Punkt, unter welchen Bedingungen gerade die Frauen immer schon bei Schlecker gearbeitet haben. Eugen Roth hat es beispielhaft aufgeführt. Es muss allen klar sein, unter welchen Arbeitsbedingungen hier gearbeitet wurde und welches Arbeitsethos diese Personen mitbringen, wenn sie es in dieser Weise durchhalten konnten. Diese Frauen haben Durchhaltevermögen. Es macht ganz deutlich, dass diese Frauen etwas kön-

**(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))**

nen. Von daher haben sie es verdient, dass wir sie unterstützen und dass sie Zukunftsperspektiven angeboten bekommen.

Ich glaube auch, dass gerade die Situation bei Schlecker zeigt, wohin uns Lohndumping, Kontrolle und Bespitzelung führen. Sie führen nicht dazu, dass zukunftssichere Arbeitsplätze erhalten bleiben. Hier müssen wir tatsächlich etwas tun. Die verfehlte Unternehmenspolitik, die Entrechtung der Beschäftigten und die inakzeptablen Arbeitsbedingungen haben schon seit Jahren bewirkt, dass die Attraktivität der Schlecker-Märkte und der jeweiligen Angebote abgenommen hat.

Es geht darum, dass wir schnellstmöglich Hilfe organisieren und Solidarität mit den Frauen zeigen, die von größten Sorgen, schlaflosen Nächten und Zukunftsängsten geplagt werden. Ich glaube, es ist notwendig, gerade diese Situation als Chance zum Aufbruch auf dem saarländischen Arbeitsmarkt zu begreifen. Es ist wichtig, dass wir uns viel mehr um den Niedriglohnssektor kümmern und dass wir auf die Falle der Teilzeitarbeit, in welche die Beschäftigten tappen, stärker aufmerksam machen. Diese hat ihre Schattenseiten, an denen wir ansetzen müssen. Wir müssen auch Maßnahmen ergreifen, was die Entgeltungleichheit anbelangt. Wir fordern dezentrale Lösungen, weil die Dezentralität einerseits zur Situation der beschäftigten Frauen passt. Andererseits bietet die Dezentralität auch die Möglichkeit, passgenaue Hilfsangebote weiterzuentwickeln. Dann kann man konkret dahin vermitteln und weiterqualifizieren, wo wir Beschäftigte brauchen.

Gerade als Bundesland, das sehr stark vom demografischen Wandel betroffen ist, sind wir darauf angewiesen, unter dem Gesichtspunkt zu handeln, dass wir alle brauchen, alle mitgenommen werden müssen und dass wir alles daransetzen müssen, um die Beschäftigtenquote von Frauen erheblich zu erhöhen und ihre Beschäftigungssituation zu verbessern. Obwohl wir sagen, wir brauchen diese dezentralen Lösungen, gehe ich davon aus, dass es nicht gerechtfertigt ist, dass sich der Bund aus der Verantwortung herauszieht. Ich verstehe es zwar nicht als Verhandlungspunkt, der unbedingt besprochen werden müsste und an dem es scheitern könnte, ich finde es aber schon etwas verantwortungslos, dass sich der Bund auf diese Art und Weise aus der Verantwortung stiehlt, wie er es derzeit tut. Ich erwarte, dass hier wieder mehr Beweglichkeit hineinkommt.

Viele Punkte, die man auf gesetzlichem Wege verändern kann, um grundsätzlich etwas für diese Branche zu tun, um diese zu verändern, lassen sich nur über bundesrechtliche Regelungen erreichen. Wenn der Bund es bisher verabsäumt hat, etwas zu tun, kann er sich, wenn es schiefgeht, nicht aus der Verantwortung ziehen. Von daher bitte ich um Zustimmung für unseren Antrag. - Danke.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

**Präsident Ley:**

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Horst Hirschberger.

**Abg. Hirschberger (FDP):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren! Die Insolvenz von Schlecker wird dazu führen, dass bundesweit etwa 2.200 Filialen geschlossen werden und etwa 11.500 Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Das sind Schicksale für Familien. Deshalb dürfte in diesem Haus Einigkeit darüber herrschen, dass die Betroffenen auf ihrem schweren Weg die schnellst- und bestmögliche Unterstützung bekommen müssen. Strittig ist hier nur die Art und Weise, wie den Schlecker-Mitarbeitern geholfen werden soll und wie dies am besten geschehen kann.

Die LINKE-Landtagsfraktion schlägt in diesem Zusammenhang eine Beschäftigungsgesellschaft vor und bezieht sich auf die Stahlstiftung. Die Stahlstiftung war sicherlich Ende der Achtzigerjahre im Hinblick auf die tiefe regionale Verwurzelung der Stahlindustrie im Saarland der richtige Weg. Im Fall Schlecker, einem Unternehmen, welches bundesweit, ja sogar europaweit in kleinen Einheiten aufgestellt ist, ist die Ausgangslage eine andere.

(Abg. Linsler (DIE LINKE): Dann stimme doch dem Antrag der SPD zu.)

Auch wenn die Begriffe Transfer-, Auffang-, Qualifizierungs- und Beschäftigungsgesellschaft oft synonym verwendet werden, so sind sie doch, was ihre Ausrichtung angeht, unterschiedlich. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist der von den Ländern bereits eingeschlagene Weg hin zu einer Transfergesellschaft der richtige. Eine Transfergesellschaft hat ihre Schwerpunkte in den Bereichen Qualifizierung, Weiterbildung und Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in neue Beschäftigungsverhältnisse.

Was ich auch noch einmal betonen möchte, ist das richtige Verhalten der Bundesregierung in dieser Frage. Die Bundesregierung ist formal nicht zuständig für die Transfergesellschaft, so sehr sich das der baden-württembergische Wirtschaftsminister Nils Schmid auch wünscht. Da das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen SPD-geführt ist, verwundert der Antrag der SPD-Landtagsfraktion in diesem Hause nicht weiter. In ihrem Antrag fordern Sie eine Beteiligung der Bundesregierung, der Geschäftsbanken und Investoren bei der Absicherung der Transfergesellschaft. Diesem werden wir nicht zustimmen. Auch dem Antrag der GRÜNEN werden wir aus ähnlichen Gründen nicht zustimmen. Denn das Einlenken der Bundesregierung zeigt, dass die Hilfe für die

**(Abg. Hirschberger (FDP))**

Mitarbeiter im Vordergrund steht. Wir sind der Auffassung, dass die Bundesländer jetzt ihren Beitrag leisten müssen.

Kolleginnen und Kollegen, insgesamt sind die Auffassungen in diesem Hause bei der Frage Schlecker nicht weit auseinander. Daher lassen Sie uns an einem Strang ziehen und den von den Ländern eingeschlagenen Weg hin zu einer Transfergesellschaft unterstützen. In diesem Punkt teilen wir die Auffassung der CDU-Landtagsfraktion. Hier ist in der Tat die amtierende Landesregierung bis zum letzten Tag in der Pflicht, denn die Unterstützung der betroffenen Saarländerinnen und Saarländer muss oberste Priorität haben. Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion ist die Transfergesellschaft der richtige Weg. Deshalb werden wir den vorliegenden Antrag der LINKEN-Landtagsfraktion ablehnen.

Ich möchte im Zusammenhang mit der Insolvenz von Schlecker darauf hinweisen, dass es eben nicht nur Hilfen und Ausnahmen für Großunternehmen geben sollte. Ich bin dankbar, dass Klaus Meiser das vorhin schon aufgezeigt hat. Wir brauchen auch ähnlich wirksame Werkzeuge für kleine und mittlere Unternehmen, falls diese in Schieflage geraten. Es kann nicht sein, dass bei den großen Unternehmen der Ministerpräsident kommt, bei den kleinen aber der Gerichtsvollzieher. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Lassen Sie mich bitte mit einem persönlichen Wort schließen. Dieses war mein letzter Redebeitrag für diese Legislaturperiode. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, die ich kennen- und schätzengelernet habe, für die Zusammenarbeit bedanken, auch dann, wenn sie manchmal von Auseinandersetzungen gekennzeichnet war. In fast allen Fällen waren diese Auseinandersetzungen getragen von dem Willen, für das Land das Beste zu erreichen. Ich wünsche denjenigen, die wieder kandidieren, bei ihren Wahlabsichten viel Erfolg und wünsche dem nächsten Landtag viel Glück. Ganz besonders gilt mein Dank dem Landtagspräsidenten, den ich als einen sehr verlässlichen Partner der Abgeordneten habe kennenlernen dürfen. - Lieber Hans, herzlichen Dank.

(Beifall des Hauses.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat für die Fraktion die LINKE Herr Professor Dr. Heinz Bierbaum.

**Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte kurz einige Erläuterungen zu unserem Antrag vortragen, weil ich glaube, dass hier auch einige Missverständnisse vorhanden sind. Wir sind uns si-

cherlich einig in der Zielsetzung, dass wir die Transfergesellschaft, die nun gefunden worden ist, unterstützen und dass wir alles dafür tun müssen, dass sie auch realisiert wird; das ist noch keineswegs gegeben. Ich hoffe, dass dies zustande kommt. Ich glaube, dass wir alle unterstützen können - Eugen Roth hat das bereits getan -, was die Landesregierung gemacht hat, indem sie ein Zeichen gesetzt und deutlich gemacht hat, dass sie auf jeden Fall ihren Beitrag leisten wird. Das halte ich für ein wichtiges Zeichen, weil die anderen Bundesländer sich in dieser Form noch nicht entschieden haben und die Entscheidung dort noch aussteht. Ich hoffe, dass dieses saarländische Beispiel dann auch bei den anderen Ländern Schule macht.

Uns geht es auch darum, deutlich zu machen, was die Aufgabe dieser Transfergesellschaft ist. Die Aufgabe dieser Transfergesellschaft ist es, neue Beschäftigungen zu schaffen - hier in einem spezifischen Weg. Insofern ist es richtig, dass die Stahlstiftung, auf die wir Bezug genommen haben, natürlich nicht das Modell sein kann, das man auf diese Situation einfach übertragen kann. Das ist nicht der Fall.

In unserem Antrag steht deswegen, dass dabei auf das Modell der Stahlstiftung Bezug genommen werden soll. Damit ist gemeint, dass wir hier ein erfolgreiches Beispiel im Saarland haben - in ganz anderen Umständen, in einer ganz anderen Branche und zu einer anderen Zeit. Es soll aber auf diese Erfahrungen positiv eingegangen werden. Es stellt sozusagen ein Beispiel dar. Die Entwicklung der Beschäftigungsgesellschaft - früher hieß es nicht Transfergesellschaft, der Name ist relativ neu - hat ja sehr viele Phasen durchlaufen. Ich bedaure es, dass sie zum Teil nur auf den Transfer reduziert worden ist und die aktive Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten oft zu kurz gekommen ist.

Im Fall Schlecker haben wir jetzt die Situation, dass für viele, die ihren Arbeitsplatz verlieren werden, überhaupt nichts anderes übrig bleibt, als sich individuell zu qualifizieren und damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Mir scheint es wichtig zu sein, dass wir auch darauf schauen, dass Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Es gibt einen Punkt, den ich unterstreichen möchte und der in der ganzen Debatte vielleicht auch zu kurz kommt. Wir brauchen natürlich auch ein ordentliches Unternehmenskonzept für diejenigen, die verbleiben sollen. Denn eines ist völlig klar: Das Modell Schlecker war kein erfolgreiches Unternehmensmodell. Es war am Anfang ein erfolgreiches Modell für die Unternehmerfamilie Schlecker persönlich, die sehr viel Geld damit gemacht hat, aber die Beschäftigten haben schon damals die Zeche gezahlt und zahlen sie heute in doppelter Weise. Sie hatten nämlich ganz schlechte Arbeitsbedingungen, die



(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

mühsam mit Hilfe der Gewerkschaften ein Stück weit verbessert worden sind - aber immer noch nicht den Ansprüchen genügen, die man wirklich an gute Arbeit zu stellen hätte -, und jetzt verlieren sie auch noch ihren Arbeitsplatz. Mir ist wichtig, dass darauf geachtet wird, dass das Unternehmenskonzept für die verbleibenden Schlecker-Filialen wirklich den Ansprüchen genügt, die an ein solches Unternehmenskonzept zu stellen sind, das heißt, dass es zukunftsbezogen ist, und dass darüber auch diskutiert wird. Das sollten wir nicht aus den Augen verlieren. Ich halte das für einen zentralen Punkt.

Insofern möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir hier, denke ich, eine Gemeinsamkeit haben, dass wir den Schlecker-Frauen übermitteln sollten, dass wir sie in ihrem Kampf um Arbeit unterstützen, damit sie nicht arbeitslos werden. Der Vorteil dieser Gesellschaft ist, dass mehr Zeit gewonnen wird. Unsere Aufgabe als Politik ist es, dies zu ermöglichen und darauf zu dringen, dass diese Beschäftigungsgesellschaft ihre Zielsetzungen auch tatsächlich erfüllt.

Ich denke, dass es wichtig ist, das über die Politik zu begleiten. Dazu gehören auch die Aktivitäten dieser Transfergesellschaft, die jetzt ausgesucht worden ist. Da gab es gestern Abend in der Betriebsversammlung bereits einige kritische Fragen. Das Thema Leiharbeit und Ähnliches ist angesprochen worden. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, wo man ganz genau hinschauen muss, dass hier kein Missbrauch betrieben wird und dass die Ängste, die auch gestern Abend zum Ausdruck kamen, sich nicht realisieren, nämlich dass sie möglicherweise Dinge aufgedrückt bekommen, die sie für sinnlos halten und die sie auch nicht wollen. Ich halte es für wichtig, dass man die Wünsche und Bedürfnisse der Frauen wirklich an die erste Stelle stellt. Sie waren es, die diesen Laden überhaupt aufrechterhalten haben. Sie müssen jetzt ihr Wissen, ihr Können und ihre Erfahrungen in diese Transfergesellschaft einbringen, damit es eine Zukunft gibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Präsident Ley:**

Das Wort hat Minister Peter Jacoby.

**Minister Jacoby:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn 21 Schlecker-Märkte mit rund 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - so der aktuelle Informationsstand - von der Schließung betroffen sind, dann ist das ein landespolitisches Thema Nummer 1. Ich finde, es ist in einer solchen Situation ausgesprochen positiv - und das ist ja auch zum Ausdruck gekommen -, dass die Dinge nicht sozusagen in der parteipolitischen Enge abgehandelt werden, sondern von der Sache her, und dies selbst un-

ter der Maßgabe eines anstehenden Wahltermins. Deshalb bedanke ich mich dafür, dass das von Ihnen sozusagen mitvollzogen worden ist und von allen, die hier gesprochen haben, zum Ausdruck gebracht worden ist. Das haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort auch verdient.

In diesen Wochen war es nicht nur das Stichwort Schlecker, das eine Rolle gespielt hat, was das Krisenmanagement anlangt, sondern das gilt genauso mit Blick auf die Themen Praktiker, Cirrus Airlines oder SaarGummi. Für alle diese Stichworte wäre es angebracht, dies zum Ausdruck zu bringen. Ausgangspunkt waren die Auswirkungen gewisser Situationen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diese Dinge haben die Art und Weise geprägt, wie die Verantwortlichen in der Landesregierung und die Verantwortlichen im Parlament mit diesen Fragen umgegangen sind. Wenn das dann im Schulterchluss mit den Gewerkschaften geschieht, dann ist das ein Beispiel von guter politischer Kultur. Dies - wie gesagt - in einer Landtagswahlwoche feststellen zu können, das ist mir eine derartige Bemerkung wert, und deshalb sage ich, vielen Dank dafür.

(Beifall bei der CDU.)

Den zweiten Punkt, den ich ansprechen will, hat der Kollege Bierbaum eben angedeutet. Dieser Tage hat das auch schon einmal in der Öffentlichkeit eine Rolle gespielt. Natürlich geht es um die gut 11.000 Schlecker-Mitarbeiterinnen und um die Finanzierung dieser Transfergesellschaft. Dabei muss man eines ganz klar sehen, was auch von allen angedeutet wurde. Mit dem Zustandekommen der Transfergesellschaft - -

(Zuruf.)

Ich gehe davon aus, dass das in dieser Woche über die Bühne gehen wird, es muss aus zeitlichen Gründen schnellstmöglich über die Bühne gehen. Am Donnerstag - also morgen - ist der zweite Beratungstermin in Berlin, an dem für die saarländische Landesregierung Staatssekretär Wack teilnehmen wird. Alleine schon durch diese Präsenz wird zum Ausdruck gebracht, wie wir das Thema gewichten und wie wir das Thema einordnen. Mit dem Zustandekommen dieser Transfergesellschaft wird es für den funktionsfähigen Rest von Schlecker natürlich leichter, einen Investor zu finden. Mit der Transfergesellschaft können nämlich Kündigungsschutzklagen vermieden werden, die einen Verkauf erschweren würden. Und natürlich gewinnen wir mit der Transfergesellschaft Zeit, was die Weitervermittlung anlangt. Dies ist unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, aber auch unter sozialpolitischen Gesichtspunkten - für die Betroffenen, die dort bleiben, und für die Betroffenen, die weitervermittelt werden müssen - eine gute und wichtige Sache.

(Minister Jacoby)

Eine solche Transfergesellschaft in dieser Woche zustande zu bringen, ist ganz wesentlich. Dass die Bemühungen schon in gewisser Weise vorangekommen sind, das hat sich, glaube ich, gestern Abend dargestellt, denn der Insolvenzverwalter hat bereits eine Beratungsgesellschaft mit der Vorbereitung eines zeitgerechten Starts dieser Transfergesellschaft beauftragt. Ein Vertreter dieser Beratungsfirma war gestern Abend schon bei der Veranstaltung von Betriebsrat und Gewerkschaft anwesend und hat für die Fragen der Beschäftigten zur Verfügung gestanden. Das heißt, alle Beteiligten wissen, dass es Zeitdruck gibt und dass diesem Zeitdruck Rechnung zu tragen ist.

Es gibt noch einen dritten Punkt, den ich nennen möchte. Natürlich steht die Frage einer Beteiligung des Bundes und der Länder auf der Tagesordnung. Zunächst einmal gibt es da Einlassungen, von wem auch immer; ich will da gar keine personenbezogene Debatte führen. Wir sind bei allem und jedem außen vor. Selbst die KfW wird hier nicht einbezogen. Das war ja der Ausgangspunkt. Das kann natürlich so nicht hingenommen werden. Wenn man die volkswirtschaftliche Multiplikatorenwirkung von fast 25.000 bis 26.000 Beschäftigten im Zusammenhang mit Schlecker sieht, ist der Vergleich nicht probat, dass man sich bei einem kleinen Mittelständler so verhält und bei einer großen Einheit anders verhält, sondern diese volkswirtschaftliche Multiplikatorenwirkung muss in Rechnung gestellt werden. Von daher gab es eine erste Bewegung, die KfW nicht außen vor zu lassen, hier wurde ganz klar veranlasst, dass die Ausreichung eines Kredits an die Transfergesellschaft in die Wege geleitet wird. Wir müssen uns jetzt noch parallel darum kümmern und müssen daran appellieren - das kann nur vom Bund aus gemacht werden -, dass die Notifizierung einer sogenannten Rettungsbeihilfe bei der EU in Brüssel koordiniert wird, weil das ein weiterer Problempunkt in dem ganzen Feld ist.

Kurz und gut, ich gehe davon aus, dass wir in dieser Frage - nach der Entwicklung, die es gegeben hat und nach dem Schulterchluss und den vielen Ansatzpunkten, an denen auch die saarländische Landesregierung und auch die Arbeitsministerin beteiligt waren - noch in dieser Woche einen entscheidenden Schritt vorankommen. Wenn es dann darum geht, auf dieser Basis Zeit zu gewinnen und ein tatsächliches Sanierungskonzept zu entwickeln und auf den Weg zu bringen, appellieren wir auch an den Insolvenzverwalter, natürlich auch das Vermögen von Schlecker selbst, der das Unternehmen als eingetragener Kaufmann führt und unter dem Gesichtspunkt vollumfänglich haftet, in die Betrachtung, wie es weitergeht, einzubeziehen. Denn das ist - wie gesagt - an der Stelle die berechnete Ansage an das Kleingewerbe, an den Mittelstand und an die Handwerksbetriebe. Wenn jemand, der über Jahre und Jahrzehnte

hinweg eine derartige Verantwortung wahrgenommen hat, aber auch den Ertrag davon hatte und in den entsprechenden Listen, was die ganz persönliche Vermögenssituation anbelangt, auftaucht, dann sollte sozusagen ein Rückfluss stattfinden, und zwar im Blick auf das Unternehmen selbst, aber auch mit Blick auf die Gesellschaft, die mit Verpflichtungen und Bürgschaften ins Obligo gegangen ist. Ich glaube, das versteht sich von selbst. Das ist jedenfalls unser Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU.)

**Präsident Ley:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schliesse die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung, zunächst über den Antrag der DIE LINKE-Landtagsfraktion, Drucksache 14/711 - neu. Wer für die Annahme der Drucksache 14/711 - neu - ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/711 - neu - mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die Abgeordneten der LINKE, bei Gegenstimmen der FDP-Landtagsfraktion und Enthaltung der übrigen Fraktionen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 14/734. Wer für die Annahme der Drucksache 14/734 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/734 einstimmig angenommen ist, bei Zustimmung durch CDU, SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der FDP-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der SPD-Landtagsfraktion, Drucksache 14/728. Wer für die Annahme der Drucksache 14/728 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/728 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die CDU, die SPD, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen gestimmt hat die FDP-Landtagsfraktion.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, Drucksache 14/732. Wer für die Annahme der Drucksache 14/732 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass der Antrag Drucksache 14/732 mit Stimmenmehrheit angenommen ist. Zugestimmt haben die CDU-Fraktion, die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dagegen gestimmt hat die FDP-Landtagsfraktion.

(Präsident Ley)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich unterbreche unsere Sitzung bis um 13.00 Uhr und wünsche allen einen guten Appetit.

(Sprechen.)

Es ist allgemein der Wunsch geäußert worden, wegen Gesprächen, die zu führen sind, bis 13.15 Uhr zu unterbrechen. Diesem Wunsch tragen wir Rechnung. Die Sitzung ist bis 13.15 Uhr unterbrochen.

(Vereinzelt Beifall.)

(Die Sitzung wird von 11.56 Uhr bis 13.17 Uhr unterbrochen.)

**Vizepräsident Jochem:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fahren in der Sitzung fort und kommen zu den Tagesordnungspunkten 4, 21 und 22:

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Arbeit für das Saarland! (Drucksache 14/718)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern stärken (Drucksache 14/733)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe (Drucksache 14/727)**

Zur Begründung des Antrags der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, Drucksache 14/718, erteile ich Frau Abgeordneter Claudia Willger das Wort.

**Abg. Willger (B 90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir hätten uns diese Debatte heute sparen können, wenn die SPD in der vorletzten Plenarsitzung zu ihrem eigenen Antrag gestanden hätte und ihn auch entsprechend zur Abstimmung gestellt hätte. Es gab hier ja auch einen eindringlichen Appell, dies zu tun. Dieser Appell war leider vergebens. Und ein entsprechender Appell in der Fachausschusssitzung, den Antrag heute noch einmal zur Beratung und zur Beschlussfassung zu stellen, war ebenfalls ergebnislos. Stattdessen hat man sich verständigt auf eine Anhörung nach der Wahl, die, das wissen hier eigentlich alle, so gut wie gar nichts mehr bringen kann und die nur zu Ergeb-

nissen führen wird, die von anderen noch einmal neu aufgegriffen werden müssen.

(Abg. Pauluhn (SPD): Und was bringt eine Abstimmung heute für die Betroffenen?)

Es besteht heute eine letzte Gelegenheit, diese Mehrheitsverhältnisse zu nutzen - -

(Abg. Rehlinger (SPD): Wo waren Sie die letzten zweieinhalb Jahre?)

Herr Kollege Pauluhn, ich möchte ganz konkret auch auf Ihre Frage antworten.

(Abg. Commerçon (SPD): Zweieinhalb Jahre Zeit gehabt! Sie haben zweieinhalb Jahre Zeit gehabt! - Weitere Zurufe von der SPD: Das ist doch verlogen! Das ist unglaublich!)

Am 30. März, in der kommenden Woche, werden im Bundesrat zwei Anträge beraten, die sich sehr wohl mit dieser Problematik beschäftigen. Zum einen gibt es einen Antrag aus Nordrhein-Westfalen und aus Rheinland-Pfalz; diese Länder haben einen Antrag gestellt mit dem Titel: „Umgehung von Arbeitnehmerschutzrechten durch Werkverträge verhindern - jetzt“. In dem Antrag ist ein Mindestlohn festgehalten. Die Rechte von Betriebsräten in Bezug auf Werkverträge zu stärken, ist ebenfalls enthalten. Die Kontrollmöglichkeiten sind ausformuliert, ebenso die Möglichkeiten zur Verhinderung von Scheinwerkverträgen und eine entsprechende Datenerhebung.

Zum Zweiten wird in der gleichen Bundesratssitzung ein von Baden-Württemberg eingebrachter Entschließungsantrag mit dem Titel „Entschließung des Bundesrates zur Bekämpfung der Entgeltungleichheit von Frauen und Männern“ beraten, ein Antrag zu einem Thema also, über das wir vorhin im Kontext mit der Schlecker-Problematik schon mal gesprochen haben. Hier geht es um die Überprüfung von Entgeltsystemen, um Lohnmessverfahren, tarifliche Entgeltberichte und ein Verbandsklagerecht. Hier geht es also um Forderungen, die auch von Ihnen erhoben worden sind, die insbesondere auch von Ihrer Seite vorgetragen worden sind.

Angesichts dessen bringt es sehr wohl etwas, wenn von diesem Landtag heute ein Signal ausgeht, wie sich die Landesregierung am nächsten Freitag im Bundesrat verhalten soll

(Abg. Pauluhn (SPD): Welche Landesregierung sitzt denn dort? Die neue oder die alte?)

und welche Aufforderungen wir hier aussprechen.

Ich denke, es ist auch an der Zeit, hier noch einmal darüber zu reden, dass sich gerade die Große Koalition in Berlin, obwohl Sie dort den Regierenden Bürgermeister stellen, alles andere als auf das Ziel Mindestlohn ausgerichtet hat. Wir sehen dazu Enthaltungen vonseiten des Landes Berlin. Und heute war

**(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))**

ja auch im Wochenspiegel noch einmal klargestellt, wie sich hierzulande die CDU nach der Wahl in dieser Frage verhalten wird.

Ich denke, es ist angesichts dessen heute an der Zeit, hier die Mehrheit zu nutzen. Wenn Sie wirklich den Mindestlohn wollen, so ist es heute an der Zeit, tätig zu werden.

(Abg. Pauluhn (SPD): Warum wollen Sie ihn denn erst jetzt? - Abg. Commerçon (SPD): Zweieinhalb Jahre! - Weitere heftige Zurufe von der SPD.)

Wenn Sie wollen, können Sie mir eine Zwischenfrage stellen, dann antworte ich gerne. Im Übrigen ist aber das, was Sie hier machen, nur ein Stören und Pöbeln!

(Abg. Pauluhn (SPD): So ein Wendehals! Unglaublich!)

Ich denke, wenn Sie wirklich einen Mindestlohn wollen, so können Sie sich jetzt dazu bekennen. Andernfalls muss man hier klar festhalten, dass Sie die Chance hier einfach verstreichen lassen.

(Weiter heftige Zurufe von der SPD.)

Wir von den GRÜNEN haben in der letzten Legislatur sehr viele Gelegenheiten genutzt, mehr, als Ihnen lieb war,

(Lachen bei der SPD)

unsere Positionen entsprechend durchzusetzen. Uns kann niemand den Vorwurf machen, dass wir hier grüne Positionen verraten hätten, wengleich wir sicherlich den einen oder anderen Kompromiss mitgetragen haben.

(Schallendes Lachen bei der SPD.)

Aber wir haben wenigstens ein Tarifreuegesetz verabredet.

(Zurufe von der SPD.)

Das, was Sie hier machen, zeigt, dass Ihnen - obwohl Sie noch nicht in einen Koalitionsvertrag eingebunden sind, noch keine Kompromisse schließen wollten - Ihre eigenen Forderungen eigentlich gar nicht wirklich etwas wert sind.

Was soll hier auch eine Verweisung in den Ausschuss?

(Abg. Maas (SPD): Da ist doch eine Anhörung in der nächsten Woche!)

Diese ganzen Dinge sind ohnehin schon eingebracht. Diesen Antrag brauchen wir nicht noch einmal zu verweisen, weil diese Forderungen ohnehin schon alle im Ausschuss thematisiert sind. Daher ist das lächerlich. Entweder Sie bekennen sich heute - oder Sie schaffen es niemals, sich mit dem Thema Mindestlohn wirklich konstruktiv auseinanderzusetzen,

und wir werden dann das gleiche Debakel erleben,

(Abg. Pauluhn (SPD): Über „Debakel“ reden wir am Montag noch mal! Am Montag rede ich mit Ihnen noch einmal über „Debakel“!)

das Sie uns bereits bei der Hartz-4-Debatte bereitet haben, als Ihnen der Mindestlohn ebenfalls nichts mehr wert war. - Herzlichen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

**Vizepräsident Jochem:**

Zur Begründung des Antrags der CDU-Landtagsfraktion, Drucksache 14/733, erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Klaus Meiser das Wort.

(Amüsiertes Sprechen.)

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Inaussichtstellung einer Zulage ab drei Redebeträgen habe ich mich sehr gefreut. Das werden wir auch in die Ausschüsse verweisen.

(Heiterkeit.)

Aber zum Thema. Ich denke, Frau Kollegin Willger, es ist legitim, Themen, in welcher Sitzung auch immer, auf die Tagesordnung zu bringen. Dass es nun zielführend ist, noch einmal eine, verglichen mit der Februarsitzung, fast identische Debatte loszutreten, erscheint mir fraglich. Dennoch haben wir uns selbstverständlich in der Pflicht und Verantwortung gesehen, das Thema noch einmal zu beantworten. Wir werden es, Sie werden nicht überrascht sein, so beantworten, wie das in der Sitzung im Februar bereits geschehen ist.

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE): Genau!)

Daher kann ich mich kurz fassen. So, wie unser Antrag der Antrag aus dem Februar ist, ist auch die Begründung eine zum Februar vergleichbare.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass wir, so meine ich, nicht nur hinsichtlich der Slogans auf den Wahlplakaten, sondern wirklich auch inhaltlich, mit Blick auf die Ziele, sowohl in der Sache als auch vom Herzen her beieinander sind. Jeder von uns empfindet, dass wir einen fairen Lohn für gute Arbeit brauchen. Unterschiede gibt es bei der Beantwortung der den Mindestlohn betreffenden Frage, bei der Beantwortung der Frage, auf welchem Weg ein Mindestlohn zu erreichen ist. Denn ich halte es, und das habe ich immer selbstkritisch gesagt, für klug, dass wir von der CDU heute in aller Klarheit davon sprechen, damit diese Begrifflichkeit für die Menschen nachvollziehbar ist. Aber es ist auch wichtig, die Unterschiede herauszuarbeiten. Denn es ist natürlich ein gewaltiger Unterschied, ob man einen

(Abg. Meiser (CDU))

starren gesetzlichen Mindestlohn einführen möchte oder einen Tarifmindestlohn anstrebt, der durchaus Elemente enthält, die auch hinter der Idee des gesetzlichen Mindestlohns stehen.

Sie erlauben mir, dass ich auch heute noch einmal darauf hinweise, dass wir selbstverständlich Fehlentwicklungen aufhalten müssen, dass sich soziale Gerechtigkeit nicht nur allein über den Markt reguliert, sondern auch Ordnungsinstrumentarien braucht, dass wir - und ich halte das für ungeheuer wichtig als Signal an die saarländische Wirtschaft - aber im Schnitt eine gute Sozialpartnerschaft der saarländischen Unternehmer, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Gewerkschaften, des Landes, der Kreise und der Kommunen haben. Ich denke, diese Botschaft ist wichtig. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, als würden wir diejenigen, die Arbeitsplätze schaffen und die Menschen bezahlen, schlechtmachen wollen. Das will ich als Erstes herausstellen. Ich habe in der letzten Debatte schon die Zahlen genannt: Bei rund 330.000 Beschäftigten haben wir immerhin über 70 Prozent in fairen Tarifverträgen gebunden. Ich glaube, über diese reden wir auch nicht. Wir reden über die anderen, die uns Probleme bringen. Wir reden natürlich auch über die Leiharbeiter. Wenn es auch „nur“ 3 Prozent Leiharbeiter sind, so sind es dennoch viele. Deshalb sage ich: Die 10.000 Handwerksbetriebe, die 40.000 Unternehmer - das sind gerundete Zahlen - sollen unsere Botschaft verstehen. Wir sagen Ja zur Sozialpartnerschaft, wo sie gegeben ist, geben aber den klaren Hinweis: Soziale Marktwirtschaft heißt auch, wir mischen uns dort ein, wo die Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft nicht funktionieren.

Ich will einen Gedanken noch mal in der gebotenen Kürze ansprechen. Was hat zu dieser Entwicklung und zu den Problemen geführt, die wir in den Fünfziger- und zum Teil auch Sechzigerjahren noch nicht hatten? Wir hatten damals nationale Märkte, die Globalisierung gab es in der Form noch nicht. Ich will ein Beispiel aus dem Bereich der Börse geben. Es gab früher, wenn Weltmarktführer an die Börse gingen, kein Risiko, es sei denn, in der eigenen Branche gab es starke Unternehmen, die sie übernehmen konnten. Die Welt hat sich massiv verändert; wenn ein Unternehmen heute wirtschaftlich stark ist, hohe Erträge hat, eine Aktiengesellschaft ist und nicht die Mehrheit in eigenen Händen hat, ist es permanent hoch gefährdet, weil irgendwo in der Welt irgendjemand - und wenn es virtuell geschieht -, dieses Unternehmen möglicherweise kauft, verkauft, das Portfolio verändert. Die Welt, die Märkte haben sich massiv verändert.

Deshalb sind wir beieinander, wenn wir sagen: Wir haben in Europa die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt, die wir vom Grundsatz her befürworten; aber die Antworten auf die Probleme, die sich daraus erge-

ben, sind viel schwieriger als früher in nationalen Märkten, die sehr geordnet international im Import und Export tätig waren. Ich denke, das muss man einfach voranstellen, wenn man das hier diskutiert. Man darf nicht den Eindruck erwecken, als könnte man allein mit einer starren gesetzlichen Regelung diese Probleme lösen und die Welt verbessern.

Ich darf auf einen weiteren Punkt hinweisen, in dem wir auseinander sind. Ich plädiere dafür, bei der Frage „Fairer Lohn für gute Arbeit“ immer zu unterscheiden zwischen den Unternehmen, die genügend Arbeitsproduktivität oder, anders ausgedrückt, genügend Erträge haben, um einen Mindestlohn zahlen zu können und die Menschen an der Arbeitsproduktivität so zu beteiligen, dass sie für sich selbst aufkommen können. Das sind die guten Fälle, die uns keine Sorgen bereiten. Wir haben aber leider viele Fälle, wo die Unternehmen dies nicht schaffen. Ich rede nicht von den Unternehmen, die genügend Erträge haben, aber die Arbeitnehmer nicht fair beteiligen. Das sind die Fälle, über die wir reden müssen. Der dritte Fall ist eben der: Die Erträge reichen nicht, um eine starre Mindestlohnhöhe zu bezahlen. Das ist nun einmal so!

Wenn wir dort mit einem starren gesetzlichen Mindestlohn handeln, besteht die Gefahr - das wird niemand in Abrede stellen -, dass die Unternehmen insolvent werden, weil sie dies nicht schaffen. Deshalb ist es auch heute schon so, dass in der Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Gewerkschaften Gewerkschaften manchmal Mindestlöhne abschließen, die unter gewissen Grenzen liegen, weil sie sich dieser Probleme bewusst sind. Deshalb werbe ich so dafür, dass wir gemeinsam nicht den Eindruck erwecken, wir würden in der Zielrichtung auseinander liegen. Es geht um die Frage des Wie - wie können wir die Ziele erreichen?

Ich sage heute noch mal für die CDU-Landtagsfraktion: Wir haben - und das ist unbestritten - ein System der Tarifhoheit, das auf das Saarland bezogen in mindestens 70 Prozent der Fälle gut funktioniert. Wir haben aber das Problem, dass manche Unternehmen Missbrauch treiben, obwohl sie von den Erträgen her höhere Löhne zahlen könnten. Drittens gibt es Unternehmen, die über eine gewisse Höhe hinaus nicht zahlen können, sonst werden sie insolvent. Das System, das von uns angesprochen ist, nämlich der Tarifmindestlohn, bedeutet im Klartext: Einigung dort, wo die Fälle unproblematisch sind. Dort, wo sie problematisch sind, gibt es ein paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besetztes Gremium und einen Schlichter. Natürlich braucht man Schlichter, die Profis sind und die arbeitnehmerorientiert sind. Damit bleibt man im Prinzip bei der Tarifhoheit, greift aber ordnungspolitisch dort ein, wo es Probleme zu lösen gilt.

**(Abg. Meiser (CDU))**

Es ist ja zu Recht in den vielen Debatten, die wir zu diesem Thema schon geführt haben - -

(Zuruf der Abgeordneten Ries (SPD).)

Frau Kollegin Ries, wenn Sie eine Zwischenfrage haben, stellen Sie sie bitte. - Wie man zu den Dingen „Stuss“ sagen kann, ist mir wirklich unverständlich. Ich hätte die herzliche Bitte an Sie, dass Sie hier und heute einen Satz nennen, den ich eben gesagt habe, der „Stuss“ ist, und das erklären. Das würde mich interessieren. Ich hätte gerne von Ihnen eine Zwischenfrage, um zu erfahren, was Sie für Stuss halten.

**Abg. Ries (SPD) mit einer Zwischenfrage:**

Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten - dort bin ich Gewerkschaftssekretärin -

(Abg. Meiser (CDU): Ja, ich weiß. Sehr erfolgreich)

fordert seit Jahren einen gesetzlichen Mindestlohn, einen branchenübergreifenden Mindestlohn, weil wir nicht die Kraft haben in verschiedenen Tarifgebieten, Tariflöhne abzuschließen. Tarifverträge ja, aber nicht Tariflöhne, die eine bestimmte Höhe haben, von der man auch leben kann. Das Problem werden Sie mit Ihrer Mogelpackung nie lösen können. Es gibt dort Tarifverträge, aber die Höhe reicht nicht aus, dass man davon leben kann. Das ist das Prinzip eines gesetzlichen Mindestlohns. Das bedenken Sie nicht, deshalb ist das nur eine Mogelpackung.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD.)

**Abg. Meiser (CDU):**

Was hat dieser Beitrag mit dem zu tun, was ich eben dargestellt habe? Sie haben natürlich zu Recht angesprochen, Frau Kollegin Ries - - Frau Kollegin, es wäre nett, wenn Sie der Antwort zuhören würden. Natürlich gibt es oft das Problem - das gestehe ich zu und dort liegt der Teufel im Detail -, dass Tarifhoheit gegeben ist, aber nicht Tarifmacht. So will ich es mal umschreiben.

(Abg. Ries (SPD): Genau.)

Das ist das politische Problem. Das ist ungeheuer schwierig zu lösen. Deshalb bin ich bei Ihnen, wenn man sagt: Wenn ich eine Kommission bilde, muss der Schlichter eine ganz starke Funktion haben. Ich bin auch bei Ihnen, wenn wir darüber diskutieren müssen, ab welchen Abschlüssen etwas allgemeinverbindlich wird. Man wird Quoten verändern müssen. Ich bin ja gern bereit, über Details zu diskutieren. Aber der Ansatz, von der Tarifhoheit auszugehen und ordnungspolitisch einzugreifen, wo es Missbrauch gibt, ist flexibler und differenzierter und trägt den Problemen eher Rechnung - das ist eben unsere Auffassung - als der starre gesetzliche Mindestlohn. Ich spreche Ihnen ja nicht ab, dass man

Ihre Meinung mit Gründen vertreten kann. Ich sehe aber den anderen Weg als den, der eher Arbeitsplätze erhält, soziale Gerechtigkeit bringt

(Oje! von der Abgeordneten Huonker (DIE LINKE))

und den Markt reguliert. Das kann man ja durchaus unterschiedlich sehen. Aber wir sollten uns doch in der Diskussion nicht die Ernsthaftigkeit und Fachkenntnis absprechen. Ich halte es nicht für niveauvoll, hier von „Stuss“ zu reden, wenn wir eine detaillierte Diskussion in diesen Fragen führen.

(Beifall von der CDU.)

Deshalb bleibe ich bei dem, was ich eben gesagt habe. Ich denke, ich muss das alles nicht wiederholen, die Debatte haben wir geführt.

Ein kurzes Wort noch zur Leiharbeit. Auch dort sind wir nicht weit auseinander. Wir brauchen nicht lange zu beleuchten, warum die Wirtschaft dieses Instrument gesucht hat. Das Instrument ist gesucht worden, weil wir eine recht starre Regelung beim Kündigungsschutz haben.

(Widerspruch des Abgeordneten Schumacher (DIE LINKE).)

Insofern sind wir international nicht vergleichbar. Ich lobe das System nicht, ich sage nur: Die Wirtschaft hat sich Auswege gesucht. Das ist kein Lob an die Wirtschaft, es ist nur eine Beschreibung der Fakten. Es muss doch erlaubt sein, darauf hinzuweisen, dass es genauso wenig zielführend ist, Leiharbeit grundsätzlich zu verbieten, wie die Leiharbeit einfach laufen zu lassen, wie sie läuft. Der richtige Weg ist vielmehr zu sagen: Leiharbeit muss begrenzt sein auf die Spitzen, die abgedeckt werden müssen. Leiharbeit muss fair sein. Das heißt, dort, wo keine Einarbeitung notwendig ist, muss es Equal Pay - gleichen Lohn - ab dem ersten Tag geben. Ansonsten sollte eine andere Bezahlung auf die Zeit begrenzt werden, in der eine Einarbeitung notwendig ist. Damit hätten wir Leiharbeit auf die Fälle begrenzt, die man braucht, und hätten in der Leiharbeit einen fairen Umgang.

Neben der Tatsache - bei der hier Einvernehmen bestand -, dass die Förderkulisse in der Wirtschaftspolitik danach ausgerichtet werden soll, sollten wir sogar darüber nachdenken, wie wir das System belohnen können - das manche Firmen Gott sei Dank haben, aber viel zu wenige -, bei dem Leiharbeit wirklich in hohem Maße auch in feste Arbeitsverhältnisse mündet. Ich habe in der letzten Debatte einige Unternehmen genannt, es gibt gute, es gibt aber auch schlechte. Bei der Leiharbeit liegt die Wahrheit auch in der Mitte. Unsere Position zum Tariftreuegesetz muss ich nicht näher beschreiben; sie steht im Antrag, wir sind auf einem guten Weg.

**(Abg. Meiser (CDU))**

Ich will noch zwei Punkte ansprechen, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und den zweiten Arbeitsmarkt. Auch wenn wir eine gewisse Zeit auf einem Niveau von 5 Millionen und mehr Arbeitslosen waren und uns aktuell auf einer Zahl von unter 3 Millionen bewegen, so wäre es blauäugig zu argumentieren, dass alles ganz toll sei; es sind nämlich 3 Millionen zu viel. Da ist jeder in diesem Haus der gleichen Meinung. Das gilt genauso im Saarland. Dort können wir zwar sagen, Gott sei Dank haben wir uns bewegt, von weit über 50.000 hin zu etwa 35.000 Arbeitslosen. Ich bin aber auch davon überzeugt, dass wir auf Dauer den zweiten Arbeitsmarkt brauchen. Das wird leider so sein. Im Bund müssen viele Ordnungspolitiker dazulernen, die meinen, der Markt könne das alles regulieren. Wir haben, wenn ich das so salopp, aber nicht abwertend formulieren darf, eben nicht mehr die Arbeitsverhältnisse, wo der Hof gekehrt wird, wo einfache Arbeiten gemacht werden. Diesen Bereich können wir über ordentliche Arbeitsverhältnisse nicht mehr erfassen. Wir werden diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Dauer haben. Auch die haben ein Recht darauf, in der Gesellschaft integriert zu sein, damit klar ist, dass sie gebraucht werden und in eigener Verantwortung für ihren Unterhalt sorgen können. Deshalb bin ich der festen Überzeugung, wir werden einen zweiten Arbeitsmarkt auch dort brauchen und fördern müssen, wo er leider in zu wenigen Fällen zu festen und dauerhaften Arbeitsverhältnissen führt. Das ist die Lebenswirklichkeit, das halte ich für eine soziale Verantwortung.

Ich komme zum letzten Punkt, den ich ansprechen will. Gerade vor dem Hintergrund habe ich es für richtig und wichtig gehalten - ich schau jetzt auf Eugen Roth -, vonseiten des DGB gemeinsam mit der Arbeitsministerin temporär schon mal zu sagen, es kann nicht wahr sein, dass wir genau wissen, diese Probleme werden bleiben, und zerstören dann die Trägerlandschaft. Wir brauchen die. Wir haben heute über eine Transfergesellschaft gesprochen. Wenn eine Transfergesellschaft erfolgreich sein soll, brauchen wir Träger, die stark sind, die in der Ausbildung, in der Fortbildung und in der Weiterbildung wirklich etwas leisten können; wir haben gute Träger im Saarland. Wenn die erst zerschlagen sind, wird es viel schwieriger sein, diese Landschaft wieder aufzubauen. Deshalb sind wir, glaube ich, beieinander, wenn ich sage, wir wollen die Trägerlandschaft stabilisieren. Wir können die Welt vom Bund her nicht verändern. Wenn dort Milliarden in diesem Bereich eingespart werden, können wir zwar jammern und Resolutionen verabschieden, müssen uns aber dennoch der Lebenswirklichkeit stellen. Deshalb betonte ich, dass die CDU-Landtagsfraktion und die CDU Saar auch nach der Wahl dazu stehen werden, dass man in diesem Bereich zwar nicht in der Lage sein wird, die finanziellen Probleme zu kompensie-

ren, die sich von der Bundesebene her stellen, aber dass die Träger so gut aufgestellt werden müssen, dass sie in Zukunft diese Probleme auffangen und mit lösen können.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend noch einmal festhalten, dass sich die Überschrift „Faire Sozialpartnerschaft“ in Unternehmen, bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Gewerkschaften und der staatlichen Seite bis zur kommunalen Ebene durchsetzen soll. Ich beziehe bewusst auch diejenigen in die faire Partnerschaft mit ein, die nicht fest im Arbeitsmarkt integriert sind, und die Träger. In diesem Sinn sollten wir uns gemeinsam bemühen voranzukommen. Auch wenn wir in manchen Punkten ideologisch auseinander liegen, ist mein Appell, Frau Kollegin Ries, dass wir das mit Ernsthaftigkeit tun und nicht mit plumper Anmache. Ich glaube, die Ziele haben wir gemeinsam, die sollten wir uns nicht absprechen. Wir haben das in diesem Hause oft genug gemeinsam bewiesen. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU.)

**Vizepräsident Jochem:**

Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/727 erteile ich Herrn Abgeordneten Eugen Roth das Wort.

**Abg. Roth (SPD):**

Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Vier Tage vor der Landtagswahl am kommenden Sonntag wiederholen wir eine Debatte, die wir bereits vor vier Wochen in diesem Plenum fast inhaltsgleich geführt haben. Damals mit dem klaren Ergebnis, dass eine umfassende Überarbeitung oder Neustrukturierung der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik des Saarlandes auch unter Einbeziehung wesentlicher gesellschaftlicher Kräfte, von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis zu den Arbeitgebervereinigungen, ausführlich beraten werden soll. Das hat der Ausschuss für Arbeit, Familie, Prävention, Soziales und Sport am 29. Februar mit der Gegenstimme der heutigen Antragstellerin festgestellt. Mittlerweile sind insgesamt 32 Organisationen und Verbände eingeladen worden, die teilweise ihre Stellungnahme abgegeben haben.

Es wird heute versucht, der saarländischen Öffentlichkeit vorzuführen, es ginge hier nur um ein Ja oder Nein bei dem Mindestlohn. Das ist nach meiner Auffassung zutiefst ungläubwürdig und ist der Öffentlichkeit auch nicht die Wahrheit eingeschenkt.

(Beifall von der SPD und vereinzelt bei der CDU.)

Ich will zu dieser Frage der Glaubwürdigkeit nur anmerken, Kollegin Claudia Willger, in den zurücklie-

**(Abg. Roth (SPD))**

genden Jahren der sogenannten Jamaika-Delegation haben Sie alleine hier - -

(Zurufe der Abgeordneten Willger (B 90/GRÜNE) und Meiser (CDU).)

Mehr war es ja bald nicht, sagen wir Jamaika-Regierung. - Sie haben in der Zeit alleine hier im Landtag vier Mal dem Thema Mindestlohn Ihre Zustimmung verweigert.

(Zuruf: Aha!)

Sie haben im Bundesrat bei mindestens zwei Initiativen, zuletzt am 09. Dezember 2011, Ihre Zustimmung verweigert beziehungsweise für eine Neutralisierung der saarländischen Landesregierung gesorgt. Jetzt stellen Sie sich hierher und tun so, als würden Sie vier Tage vor der Landtagswahl den Mindestlohn retten und wir, die SPD, wären angeblich die Verräter. Damit wird wirklich die gesamte Debatte um den Mindestlohn völlig auf den Kopf gestellt.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

**Vizepräsident Jochem:**

Herr Roth, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Willger?

**Abg. Roth (SPD):**

Ja. Ich bitte den Herrn Vizepräsidenten, die Uhr anzuhalten.

**Abg. Willger (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:**

Teilen Sie auch die Einschätzung, die seitens der SPD oft geteilt worden ist, dass der Koalitionsvertrag von Jamaika mit vielen grünen Inhalten gefüllt war, dass wir sehr viele von diesen Punkten umgesetzt haben, dass wir selbst bezogen auf das Thema Mindestlohn und das Thema Tariftrübesetz erhebliche Fortschritte erreicht haben? Teilen Sie diese Auffassung?

(Anhaltendes Sprechen und Zurufe.)

**Abg. Roth (SPD):**

Es steht mir schwerlich an, Ihren Koalitionsvertrag von 2009 zu beurteilen, aber eines fällt mir dabei auf - da haben Sie mir als Handballer gerade den Ball auf den Siebenmeter gelegt -: Offensichtlich war Ihnen das Thema Mindestlohn nicht so wichtig wie zum Beispiel die Verschärfung des Nichtraucherschutzes, ansonsten wären wir bei dem Thema etwas weiter gekommen!

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE) und Rehlinger (SPD). - Unruhe und Sprechen.)

Also, noch einmal, damit das der Öffentlichkeit klar ist - - Herr Kollege Ulrich - - Herr Präsident, ich kann bei dieser Lautstärke leider nicht reden.

(Weitere Zurufe des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Ich kann auch lauter, aber das habe ich nicht mehr gemacht, seitdem ich nicht mehr auf den Kreuzungen stehe. Deswegen bitte ich Sie zuzuhören oder Fragen zu stellen. - Wir wollen - um der geneigten Öffentlichkeit zu zeigen, dass es um wesentlich mehr geht als um das wichtige Thema Mindestlohn - einmal eine kleine Tour d' Horizon machen, worüber wir in dieser Anhörung reden wollen, warum wir diese 32 Organisationen eingeladen haben. Wie gesagt, sie haben schon teilweise Stellungnahmen abgegeben. Die wären obsolet, wenn wir jetzt einfach Ja oder Nein sagen würden.

Da ist zum einen wie gesagt das Thema gesetzlicher Mindestlohn. Die SPD im Saarland - nur, damit das noch einmal erwähnt sei - hat seit dem November des Jahres 2003 einen Beschluss für einen gesetzlichen Mindestlohn. Kollege Meiser, ich sehe das anders als Sie eben. Wenn die Kollegin Ries sich da vehement zu Wort meldet, ist das für mich etwas Normales, weil damals Isolde mit mir noch gekämpft hat. Das Thema Mindestlohn ist ja nicht so einfach, wie es auf den ersten Blick aussieht.

(Zuruf des Abgeordneten Scharf (CDU).)

Das war, Herrmann, schon nicht so ohne. Die Gewerkschaften wollten den damals, 2003, noch nicht. Wir haben unsere Klärung 2006 beim DGB-Bundeskongress herbeigeführt, und das aus bestimmten Gründen. Das ist ein Punkt.

Der nächste Punkt ist das sogenannte echte Tariftrübesetz. Da würde auch eine Lohnuntergrenze eine Rolle spielen. Dann kommt das Thema „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, Equal-Pay-Regelungen ab dem ersten Tag, eventuell mit einem sogenannten Sozialzuschlag. Auch das ist ein nicht ganz unkritisches Thema.

Dann geht es darum, transparente und an niedrigen Quoten von Zeit- und Leiharbeit orientierte Wirtschaftsförderung zu betreiben. Das ist ein ganz breites Thema, etwas, was im Land sehr stark beeinflusst werden kann, wesentlich stärker als die Mindestlohndebatte. Ob wir das so hinbekommen und was die Saarländische Wirtschaft und die Gewerkschaften dazu meinen, werden wir sehen. Der dauerhaft geförderte öffentliche Beschäftigungssektor ist das nächste Thema. Dann die Trägerlandschaft. Die Träger sind auch eingeladen, Landesarbeitsgemeinschaft für Beschäftigung & Qualifizierung. Wie sichern wir die ab? Temporär ist das gelungen seit dem letzten Landtag, aber nicht dauerhaft. Das ist also ein sehr



(Abg. Roth (SPD))

starkes landespolitisches Thema, das uns weiter beschäftigen wird.

Letztendlich geht es noch um Gleichstellungsfragen angefangen von gleicher Lohn für gleiche Arbeit, für Frauen und Männer, also geschlechterneutral, bis hin zur Vertretung von Kolleginnen in Aufsichtsräten, in Aufsichtsgremien bis hin zu einem Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.

All das, was ich verkürzt wiedergebe, auf das Thema Mindestlohn ja oder nein zu reduzieren, geht an dem, was in diesem Landtag abgelaufen ist und jetzt abläuft, völlig vorbei und hat mit den Debatten, die wir hier anstoßen wollen, nichts zu tun. - Bitte schön.

(Beifall bei der SPD. - Abg. Pauluhn (SPD): Sie haben ja noch Redezeit.)

**Abg. Willger (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:**

Hat die SPD-Fraktion bei den Fragen, die sie vorhin aufgeworfen hat, eigentlich noch ein Erkenntnisproblem? Immerhin sind in diesem Antrag noch einmal Forderungen aufgenommen worden, die die SPD an anderer Stelle bereits in den letzten - -

(Abg. Maas (SPD): Sie haben sich in den letzten zwei Jahren dazu nicht zu Wort gemeldet. - Abg. Ries (SPD): Sie reden doch immer von Bürgerbeteiligung!)

Das sind immerhin Punkte, die in SPD-Anträgen enthalten waren. Welche neuen Erkenntnisse erwarten Sie sich eigentlich davon? Sind die Positionen der Fraktionen nicht längstens klar?

**Abg. Roth (SPD):**

Wenn das alles so klar wäre, dann weiß ich nicht - trotz Ihres Hinweises auf den Koalitionsvertrag -, warum Sie das bisher noch nicht mit uns umgesetzt haben. Das verschließt sich mir.

(Beifall bei der SPD.)

Das war ja eine lange Zeit. Aber ich will in Beantwortung dieser Frage, bevor ich wieder zur normalen Rede komme, nur ein Beispiel nennen, das wir heute in unserem Antrag angesprochen haben. Ich werde noch gleich zu dem Thema Tarifmindestlohn kommen. Ich möchte nur einmal einen Abschnitt aus unserem vierseitigen Antrag vortragen, der fast deckungsgleich mit dem vom 15. Februar ist und überschrieben ist mit „Gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe“. Ich zitiere aus diesem Antrag: „Die Betriebsräte in den Entleihbetrieben brauchen zudem Mitbestimmungsrechte zur Kontrolle des ordnungsgemäßen Einsatzes der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter und des Umfangs und der Dauer der Leiharbeit. Folgerichtig sollen Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter bei der Ermittlung der Beschäftigtenzahl für die be-

triebsverfassungsrechtlichen Schwellenwerte mitgezählt werden. Die Befristung eines Leiharbeitsverhältnisses, die Koppelung der Befristung an einen Arbeitseinsatz (Synchronisation) außerhalb der Probezeit und der Einsatz als StreikbrecherIn muss gesetzlich verboten werden. Der Landtag des Saarlandes fordert daher die Landesregierung auf, entsprechende Initiativen nicht nur auf der Bundesebene zu unterstützen: Auch die Kriterien für Wirtschaftsförderung des Landes müssen so verändert werden, dass das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ zum Förderkriterium wird“.

Dazu finde ich beispielsweise in dem Antrag von BÜNDNIS 90/GRÜNE keinerlei Aussage. Das ist bei aller Liebe doch ein Thema mit großer Tragweite. Das ist nur eines, das ich jetzt herausgegriffen habe. Ich könnte noch einige hier aufzählen, wo selbst wir oder ich nicht so vermessen sind zu glauben, dass wir nur der Wirtschaft unseren Antrag abgeben müssen und dann wird der einfach umgesetzt. Was also Ihre Frage betrifft, ob es hier noch Erkenntnisprobleme gibt, ob es hier noch Kommunikationsbedarf gibt, so ist das natürlich der Fall, dass es da noch Kommunikationsbedarf gibt. Liebe Frau Willger, Ihre Partei hat sich Bürgerbeteiligung auf die Fahne geschrieben. Wenn Sie jetzt sagen, wir brauchen keine, wir können einfach abstimmen, verstehe ich das auch wieder nicht, aber gut.

(Beifall bei der SPD und Teilen der CDU.)

Aber ich sage zum dritten und letzten Mal für heute, damit es ganz klar ist, auch für die Presse: Hier geht es nicht um eine Abstimmung Mindestlohn ja oder nein. Hier geht es um etwas mehr. Wir werden uns natürlich sehr engagiert und entschieden dafür einsetzen. Deswegen habe ich die liebe Isolde Ries zur Zeugin genommen, aber alle anderen auch.

Ich möchte etwas zu diesem Tarifmindestlohn sagen, der im Moment im Gespräch ist seitens der CDA, CDU. Zunächst einmal stelle ich fest, dass das eine nicht ungehörige Bewegung innerhalb der CDU ist. Wir hatten vor einiger Zeit hier noch Debatten, die wesentlich weiter voneinander entfernt liefen als das, was sich jetzt andeutet. Dennoch glaube ich, dass es schwierig werden wird, damit in den prekären Bereich - genau dort, wo wir hinein wollen - hineinzukommen. Aber das wird ein Punkt sein, den man zum Beispiel auch mit den Arbeitgeberverbänden diskutieren muss. Deswegen freue ich mich auf Diskussionen mit denen.

Es ist nicht so, dass ich mit denen nicht reden würde, weil ich von meiner Herkunft her Gewerkschafter bin. Gerade im Gegenteil. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaftsverbände haben sehr enge Beziehungen, durchaus kontrovers, aber auch Stabilität gewährend. Deshalb will ich mit denen darüber reden, will von ihnen wissen, wenn sie das Modell, das die

(Abg. Roth (SPD))

SPD favorisiert, nicht wollen, wie sie prekäre Beschäftigung und den Missbrauch an dieser Stelle eindämmen wollen. Da muss ich mich mit einem Herrn Giersch unterhalten - auch gerne -, mit einem Herrn Brenner und einem Herrn Malter, mit wem auch immer. Natürlich passiert das permanent. Das entgeht Ihnen vielleicht,

(Zuruf der Abgeordneten Willger (B 90/GRÜNE))

aber das ist bei uns gelebte Wirklichkeit in Dauer. Wir dürfen jetzt, wenn in dieser Situation ein so umfassender Rundumschlag gemacht wird, weil - sage ich einmal - jetzt Bewegung in die CDU gekommen ist, wo ich zum ersten Mal den Eindruck habe, da tut sich wirklich etwas, nicht nur Forderungsweltmeister bleiben, sondern wir müssen auch wirklich etwas umsetzen. Das ist doch das Spannende, das verstehen die in der Wirtschaft auch! Ich habe dafür einen Sensor, weil ich mit denen regelmäßig zu tun habe. Deshalb werden wir das jetzt nicht als „Wahlkampfgeplänkel“ unter Wert verhandeln, sondern wir werden das ordentlich - und ich hoffe, mit Ihrer konstruktiven Beteiligung - auch nach der Wahl abarbeiten. Am 28. wird der Ausschuss noch dieses Parlamentes zusammentreten, das wird den ganzen Tag dauern. Das wird viel Arbeit sein, aber wir erledigen diese Arbeit gerne und werden dies auch mit allem Respekt vor allen Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern tun. Also mein Fazit: Der Mindestlohn-Partei in der SPD Deutschlands, nämlich der SPD Saar, hier mit solchen Spielchen zu Leibe rücken zu wollen, da bin ich fast beleidigt. Das ist eigentlich unter unserem Niveau, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD.)

Abschließend will ich hoffen, dass wir in dieser Debatte am Ende vielleicht sogar etwas Sozialgeschichte schreiben können. Das geht allerdings nur, wenn wir alle mitnehmen, weil das nicht mit knappen Mehrheitsentscheidungen zu machen ist. Von daher bin ich überzeugt, dass das, was sich mittlerweile auch in der Wirtschaft verfestigt hat, dass diese Dinge, was gute Arbeit betrifft, nicht nur Folterinstrumente für die Wirtschaft sind, sondern gerade für gute Unternehmerinnen und Unternehmer eigentlich sehr hilfreiche Instrumente sein können. Da geht es um den Standort, wir wollen hier nicht als angebotsorientierter billiger Jakob den Wettbewerb bestreiten und immer mehr junge Menschen verlieren, sondern wir wollen auf Qualität setzen, besser statt billig. Dass wir diesen Weg gehen, dass das im Saarland mehrheitsfähig wird, dafür streiten wir. Eine persönliche Anmerkung wird Sie dann auch nicht sehr überraschen: Ich bin mir sicher, dass wir dafür einen Ministerpräsidenten Heiko Maas brauchen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD.)

**Vizepräsident Jochem:**

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat der Abgeordnete Rolf Linsler von der Fraktion DIE LINKE.

**Abg. Linsler (DIE LINKE):**

Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über Anträge betreffend die Arbeitsbedingungen saarländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die LINKE hat zu diesem Thema schon oft Anträge gestellt.

Am 17. Mai letzten Jahres haben wir gefordert, Leiharbeit zu begrenzen und zu regulieren und staatliche Fördermittel nur an solche Unternehmen zu geben, die unter ihren Beschäftigten einen bestimmten Anteil von Leiharbeit nicht überschreiten. Am 09. Juni letzten Jahres haben wir eine Bundesratsinitiative für den gesetzlichen Mindestlohn gefordert. Am 21. September letzten Jahres haben wir gefordert, dass der Landtag den gesetzlichen Mindestlohn befürwortet. Beim Tariftreuegesetz haben wir als LINKE eigene Vorschläge gemacht. Wir wollten und wollen echte Tarifverträge und kein löchriges Gesetz voller Ausnahmen. Die Jamaika-Koalition hat diese Anträge allesamt abgeschmettert.

(Abg. Pauluhn (SPD): Die GRÜNEN auch?)

Kollege Pauluhn, ich bin doch fair, ich komme noch dazu. Jamaika hat alle Anträge abgeschmettert, auch die GRÜNEN.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Kollegin Willger nannte im Juli eine Bundesratsinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn „mehr oder weniger wirkungslos“, so ihre Worte. Aber Frau kann ja dazulernen. Frau Willger, wir haben heute ja gesehen, dass man dazulernen kann.

(Zuruf der Abgeordneten Willger (B 90/GRÜNE).)

Meine Damen und Herren, was BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD heute vorgelegt haben, ist nicht neu. Es orientiert sich an dem, was die LINKE seit Jahren fordert.

(Beifall bei der LINKEN.)

In den vergangenen zweieinhalb Jahren haben die GRÜNEN beim Thema gute Arbeit all das abgelehnt, was sie heute fordern. Ich habe Ihnen eben die Termine genannt.

(Abg. Willger (B 90/GRÜNE): Das stimmt nicht.)

Ich unterstelle Ihnen, Frau Willger, und auch der grünen Partei nicht, plötzlich grundsätzlich die Gesinnung geändert zu haben. Aber eine Erklärung könnte sein: Die GRÜNEN haben sich aus den Fesseln von Jamaika befreit. Sie sind jetzt frei.

(Zurufe von der SPD und Heiterkeit.)

(Abg. Linsler (DIE LINKE))

Sie haben sich befreien lassen, einverstanden. Offenbar hat man im Bündnis mit CDU und FDP bei den Themen Mindestlohn, Leiharbeit und Tariftreue nachgegeben. Wenn das, was ihr heute vorlegt, stimmt, habt ihr ja irgendwo nachgegeben. Zumindest habt ihr eure Position nicht durchgesetzt, vielleicht um im Gegenzug das strikte Rauchverbot durchdrücken zu können. Sie haben das ja durchgedrückt. Man kann durchaus Tauschgeschäfte machen, warum nicht? Die Vermutung liegt zumindest nahe. So ist die Politik. Ich hätte das nicht gemacht, aber mein Gott, das liegt doch nahe. Man sieht - jetzt komme ich zu den Kolleginnen und Kollegen von der SPD -, in einer Großen Koalition mit der CDU kann sie keine gute Arbeit, faire Löhne und auf keinen Fall einen gesetzlichen Mindestlohn durchsetzen. Das muss den SPD-Leuten klar sein.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir werden sicherlich schon zu Beginn, spätestens aber in der Mitte der nächsten Legislaturperiode noch mal über den Mindestlohn reden. Der Kollege Meiser hat heute schon - versteckt und geschickt - zum Ausdruck gebracht, dass ein gesetzlicher Mindestlohn mit ihm, mit der CDU nicht zu machen ist. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD brauchen doch nur das zu tun, was auf ihren Wahlplakaten und in ihrem heutigen Antrag steht - einverstanden. Sie treten ein für einen gesetzlichen Mindestlohn - Eugen Roth hat es vorhin noch mal klar und deutlich gesagt -, für eine Einschränkung der Leiharbeit, für ein echtes Tariftreuegesetz. Nur, der Punkt ist: Ihr müsst euch nicht nur dafür einsetzen, ihr müsst das auch entsprechend durchsetzen. Wir fordern Sie auf: Setzen Sie das bei Ihrem künftigen Koalitionspartner durch - jetzt oder nie!

(Abg. Ries (SPD): Abwarten! Machen wir.)

Kollegin Ries, wenn ich wieder gewählt werden sollte - die Möglichkeit liegt nahe -, bin ich gerne bereit, an dieser Stelle ein Lob auszusprechen, wenn Sie das durchsetzen, keine Frage. Aber nach Aussagen aus der CDU zum gesetzlichen Mindestlohn, die auf dem Tisch liegen, glaube ich nicht, dass ihr das in einer Großen Koalition durchsetzen könnt. Wenn das möglich wäre, wäre es prima. Aber ich sage Ihnen noch mal: Mit der CDU ist das nicht zu machen, mit uns ist es zu machen.

(Abg. Ries (SPD): Mit der CDU ist das auch zu machen, das kriegen wir hin.)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist reif - da stimme ich mit Frau Ries sicherlich überein -, wir müssen dringend gegen Minijobs, gegen Leiharbeit und gegen Werkverträge vorgehen. Unser Saarland darf nicht mehr nur bei Niedriglöhnen und unsicheren Jobs Spitze sein, wie das in der Vergangenheit der Fall war, nachzulesen in Arbeitskammer-Berichten und sonstigen Zeitschriften.

Die Lage ist sehr ernst. Jeder dritte Saarländer ist prekär beschäftigt. Mehr als ein Fünftel aller Vollzeitbeschäftigten arbeitet unterhalb der Niedriglohnschwelle, das ist mehr als der westdeutsche Durchschnitt. 15.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen ihr Einkommen durch Arbeitslosengeld II aufstocken. Ich verweise auf einen Artikel in unserer Heimatzeitung von heute, wo das noch mal klar und deutlich, vielleicht auch bewusst zum heutigen Tage gebracht worden ist. Im Regionalverband Saarbrücken verdienen 3.000 Menschen, die voll arbeiten, zu wenig, um davon leben zu können. Dazu werden noch die Prozentzahlen genannt. Das ist ein Armutszeugnis für das Saarland. Wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass das in Zukunft unterbleibt.

Gerade Frauen und junge Menschen sind davon betroffen. Mehr als die Hälfte der Vollbeschäftigten unter 25 Jahren arbeitet hier zu Niedriglöhnen. Vier von zehn zusätzlichen Arbeitsplätzen sind 2010 in der Leiharbeitsbranche entstanden. Da geht es nicht nur darum, die Spitzen abzudecken, Kollege Meiser, sondern das hat leider Gottes so um sich gegriffen, dass wir als LINKE klar und deutlich sagen: Im Grunde genommen müsste Leiharbeit abgeschafft werden, weil es moderne Arbeitnehmersklaverei ist.

(Beifall bei der LINKEN.)

Der Anteil der Leiharbeit am Beschäftigungswachstum liegt im Saarland deutlich über dem Bundesdurchschnitt. 80 Prozent der Leiharbeitsverhältnisse liegen unterhalb der Niedriglohnschwelle. In ganz Deutschland arbeiten 4,1 Millionen Menschen für weniger als 7 Euro pro Stunde, 1,4 Millionen bekommen weniger als 5 Euro. Dafür gibt es keine Ausreden. Jeder von uns kann das selbst feststellen. Wenn ich meinen Friseur nehme, so verdient der gerade mal 6 oder 7 Euro, Trinkgeld nicht mitgerechnet. Die Arbeitgeber rechnen ja manchmal das Trinkgeld mit, was unfair ist. Jeder weiß also, wovon ich rede. Sie können gerne selbst mit den Leuten reden, Kollege Becker, die werden Ihnen bestätigen, was ich gesagt habe. Damit muss endlich Schluss sein. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss her!

(Beifall bei der LINKEN.)

Es muss uns berühren, wenn der Niedriglohnsektor massiv ansteigt und Menschen, die Vollzeit arbeiten, trotzdem staatliche Hilfe brauchen. Kollege Becker, das stammt nicht von mir, das stammt von der Ministerpräsidentin, die diesen Satz in einer Plenarsitzung gesagt hat. Im Prinzip hat sie ja recht. Frau Ministerpräsidentin, wenn Sie aber diese Erkenntnis nach zwölf Jahren in der Landesregierung jetzt endlich überfallen hat, dann müssen Ihren Worten auch Taten folgen. Das ist nach meiner Auffassung leider nicht der Fall.

Jetzt im Wahlkampf fordert die CDU auf einmal fairen Lohn für gute Arbeit. Wer ist schuld an der jetzi-

**(Abg. Linsler (DIE LINKE))**

gen Situation, was das Saarland angeht? Wer hat jahrelang so getan, als seien Niedriglöhne, Leiharbeit und Zeitverträge ein Standortvorteil für das Saarland? Das waren Sie, Frau Ministerpräsidentin, Ihr Vorgänger und die CDU im Saarland! Das muss man so sehen, weil es einfach so ist.

(Beifall bei der LINKEN.)

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, der für alle Beschäftigten gilt. Die heutigen Anträge nennen 8,50 Euro - wir wollen wie gesagt 10 -, aber es ist der richtige Weg, wir kommen irgendwann - und wahrscheinlich sehr schnell - auf einen höheren Betrag, weil unsere Nachbarländer, die ich nicht mehr aufzuzählen brauche, das schon eine Weile haben.

Bei einem wirksamen Tariftreuegesetz brauchen wir als Maßstab nicht irgendeinen Tarifvertrag. Im Zweifelsfall wird meistens der niedrigere Abschluss genommen. Wir brauchen vielmehr einen repräsentativen Tarifvertrag, also den Tarifvertrag, der bei der Mehrheit der Beschäftigten zählt und nicht irgendeinen ausgesuchten, was es in der Republik schon ein paarmal gegeben hat. Dieser war viel niedriger und die Leute blieben bei 6 oder 7 Euro hängen.

Wir müssen eine echte Kontrollmöglichkeit haben. Das ist wichtig. Wenn ich die nicht habe, dann lasse ich Tür und Tor offen, wie es zum Beispiel beim strikten Rauchverbot ist. In ein paar Kneipen ist gequalmt worden. Ich habe nichts dagegen, aber von Kontrolle oder Überwachung kann da gar keine Rede sein, weil es die Leute ja nicht annehmen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit - auch für Leiharbeiter. Keine Fördermittel mehr für Unternehmen, die zu Leiharbeit und Werkverträgen greifen. Stichwort: Die Firma Höll. Das ist ein solcher Fall gewesen. 4,5 Millionen für das Grundstück, aber keine Forderung von der Landesregierung, was die Arbeitnehmer angeht, die dort ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Wir wollen einen öffentlichen Beschäftigungssektor, um Langzeitarbeitslosen neue Perspektiven zu geben. Unsichere Jobs und Billiglöhne sind kein Wettbewerbsvorteil. Ein Mindestlohn bringt mehr Geld in die leeren Staatskassen. Ein Mindestlohn von 10 Euro bringt dem Staat Bundesrepublik Deutschland jährlich über 13 Milliarden Euro mehr in die Kassen - durch zusätzliche Steuereinnahmen, durch weniger Sozialabgaben und durch steigenden Konsum der Leute, die das Geld bekommen.

Wir haben die Chance, etwas zu ändern. Es wäre aber fair, wenn es vor der Wahl klar und deutlich von denen gesagt wird, die in Zukunft vorhaben, die Regierung zu stellen, wenn denn die Wahl am Sonntag - das muss man abwarten - so ausgehen sollte. Die Saarländerinnen und Saarländer haben das Recht

darauf, vor der Wahl zu erfahren, was passiert. Wir LINKE haben vor den Wahlen immer für einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn, für eine Regulierung der Leiharbeit und für echte Tariftreue gekämpft. Das wird auch nach den Wahlen so bleiben. Da bin ich mir sicher. Ich hoffe, Sie machen das wahr, was Sie heute gesagt haben. Das betrifft insbesondere die SPD. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Vizepräsident Jochem:**

Nächster Redner ist der Abgeordnete Christoph Kühn von der FDP-Fraktion.

**Abg. Kühn (FDP):**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Gute Arbeit für das Saarland“ „gute Arbeit sichert Wohlstand und gesellschaftliche Teilhabe“. Wenn man die Forderungen in beiden Anträgen so liest, dann könnte man eigentlich glauben, die SPD hätte heute zwei Anträge abgegeben. Aber wie wir gehört haben, ist das weit gefehlt, denn der Antrag „Gute Arbeit für das Saarland“ ist von den GRÜNEN. Interessant ist: Alle Forderungen, die dort aufgestellt worden sind, hat die Fraktion B 90/GRÜNE in der letzten Legislaturperiode komplett abgelehnt. Ich sage: Wahlkampf ja, Glaubwürdigkeit sieht aber leider anders aus, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall. - Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE).)

Kollege Ulrich, dies ist meine letzte Rede. Ich werde einiges missen, aber Ihre Zwischenrufe werde ich nach dieser Legislaturperiode garantiert nicht missen.

(Beifall und Lachen.)

Die Spannbreite der Forderungen in den vorliegenden Anträgen liest sich wie das Who's who der letzten Monate oder Plenarsitzungen. Es reicht vom gesetzlichen Mindestlohn über ein neues Tariftreuegesetz bis hin zu einer verbindlichen Frauenquote; schließlich wird sogar eine Individualbesteuerung gefordert. Wie gesagt, ging es in den letzten Monaten querbeet. Das Thema Mindestlohn hatten wir in der letzten Legislaturperiode fünfmal oder sechsmal behandelt. Die FDP stand und steht auch weiterhin für guten Lohn für gute Arbeit.

Die FDP lehnt aber die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns weiterhin ab, denn auch ein anfangs niedriger gesetzlicher Mindestlohn würde aufgrund parteipolitischer Überbietungswettbewerbe in Wahlkämpfen - wie zum Beispiel jetzt - zum Spielball der Politik und der Politiker werden und somit schneller als die Durchschnittslöhne wachsen. Wir können es in Frankreich oder

(Abg. Kühn (FDP))

Großbritannien sehen. Die Lohnfindung ist Aufgabe der jeweiligen Tarifpartner. Die haben diese Aufgabe in den vergangenen Jahren gut erfüllt. Frau Kollegin Ries hat eben die NGG angesprochen. Diese hat jetzt am Montag einen sehr guten Abschluss erzielt.

(Abg. Ries (SPD): Da steht immer noch die Lohngruppe mit 6 Euro drin.)

Die Leute müssen von ihrem Gehalt leben können - dahin müssen wir -, aber ein gesetzlicher Mindestlohn ist dafür nicht das richtige Instrument. Die Lohnfindung durch die Tarifpartner ist ein bewährter Grundsatz. Zu diesem Grundsatz stehen wir Liberale auch weiterhin.

In den Anträgen fordern die GRÜNEN einen Änderungsentwurf für ein Tariftreuegesetz mit wirkungsvoller Nachkontrolle. Dass die SPD das fordert, ist nur konsequent. Dass die GRÜNEN es fordern, ist putzig. Putzig - das haben wir schon einmal gehört. Das Tariftreuegesetz wurde nämlich durch die Fraktionen von CDU, FDP und B 90/GRÜNE eingebracht und verabschiedet. Ich zitiere die Kollegin - sie hieß damals noch Willger-Lambert -: „Ich bin jedenfalls froh, dass wir heute dieses Gesetz verabschieden. Es ist ein umfassendes Gesetz, umfassender als das, was ich vorher für möglich gehalten habe, weil es Bau-, Liefer- und Dienstleistungsverträge beinhaltet. Ein fairer Wettbewerb ist gewährleistet.“

(Zuruf: Wer hat das gesagt?)

Das war eine Kollegin, die gar nicht so weit von Ihnen entfernt sitzt. - Zweitens ist putzig, dass die GRÜNEN einen Stellenabbau im öffentlichen Dienst fordern; sie wollen aber mit ihrer Forderung unnötige Bürokratie weiter aufbauen. Wir Liberale - das sage ich auch; darin sind wir geradlinig - stehen weiterhin zu dem Tariftreuegesetz der Jamaika-Regierung. Wir brauchen auch keine staatlichen Eingriffe, wo dies nicht notwendig ist. Aus liberaler Sicht ist es ein unnötiges und aufwendiges Verfahren, bei dem die Kosten den Nutzen weit überschreiten. Auch sollten wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und Instrumente nicht mit wirtschaftspolitischen verquicken.

Warum Leiharbeit? Warum Zeitarbeit? Fluch oder Segen? Mit der Leiharbeit können Unternehmen flexibel auf Auftragsschwankungen und Auftragsspitzen reagieren. Leiharbeit ist ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument, um Menschen in Arbeit zu bringen, denn 60 Prozent der Leiharbeitnehmer waren vorher nicht regulär beschäftigt. Aber sie darf auch - das sage ich ausdrücklich - kein Mittel zur Ersetzung von Stammbeslegschaft oder für eine Lohn-differenzierung nach unten sein.

Wir Liberale stehen auch zu Equal Pay. Aus unserer Sicht sollten Leiharbeiter nach einer Probezeit von neun Monaten den gleichen Lohn wie die Stammbeslegschaft erhalten. Das ist fair und stärkt die Leihar-

beit. Sie ist ein flexibles Instrument, um Menschen in Arbeit zu bringen.

Wenn wir den bunten Strauß der Forderungen weiter betrachten, kommen wir zur Frauenquote. Die FDP-Fraktion ist dafür, dass Frauen auf allen Ebenen in Unternehmen und in der öffentlichen Verwaltung repräsentativ vertreten sind.

(Abg. Ries (SPD): Warum habt Ihr keine für den Landtag aufgestellt?)

Aber wir sprechen uns im Sinne der Frauen gegen eine Quote aus, denn eine Quote diskriminiert. Studien haben bewiesen, dass sich ein hoher Anteil an weiblichen Führungskräften positiv auf den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens auswirken kann. Wir Liberale setzen daher auf die Kraft des Marktes, denn Erfolgsmodelle werden von anderen Unternehmen kopiert.

(Sprechen.)

Meine Damen und Herren, die vorliegenden Anträge stellen eine Überbietung an sozialdemokratischen Forderungen dar, denen sich die GRÜNEN und zum Teil die CDU angeschlossen haben. Wir - die FDP - werden uns an diesem Überbietungswettbewerb nicht beteiligen und aus diesem Grund die Anträge ablehnen.

Ich mache es wie der Kollege Hirschberger vorhin auch. Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies war heute meine letzte Rede in diesem Hause. Die vergangenen zweieinhalb Jahre waren für mich spannend, interessant und ereignisreich. Es gab schöne, aber auch weniger schöne Momente. Es war stets ein hartes, aber auch ein faires Ringen um Entscheidungen zum Wohle der Saarländer und Saarländerinnen. Ich habe Sie, meine Damen und Herren, als aufrichtige Kollegen und Kolleginnen kennen und schätzen gelernt. Denen, die dem nächsten Landtag wieder angehören, wünsche ich eine glückliche Hand zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, zu denen ich dann auch wieder gehöre. Denen, die dem Parlament nicht mehr angehören, wünsche ich alles Gute für ihre private und berufliche Zukunft. - Danke.

(Beifall des Hauses.)

**Vizepräsident Jochem:**

Das Wort hat nun Frau Willger, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Abg. Willger (B 90/GRÜNE):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit unserem Antrag „Gute Arbeit für das Saarland“ haben wir eins zu eins SPD-Forderungen übernommen, und zwar als Kompromiss und wohl wissend, dass sowohl die LINKE als auch die GRÜNEN ganz andere Positionen vertre-

**(Abg. Willger (B 90/GRÜNE))**

ten. Und es ging einfach auch darum, dass wir mit SPD-Forderungen das zur Abstimmung stellen wollten, was wir jetzt gemeinsam verabschieden könnten. Uns geht es dabei insbesondere um die Abstimmung im Bundesrat am 30. März. Dafür hätten wir heute ein Signal senden können. In diesen Antrag haben wir gemeinsame Schnittmengen aufgenommen und nicht alles gemeinsam gemacht.

(Zuruf des Abgeordneten Maas (SPD).)

Ich habe diesen Antrag insbesondere so gestellt, weil ich es für unmöglich gehalten habe, dass die SPD ihre eigenen Forderungen ablehnen wird. Das war am Montag im Frauenrat ebenso. Da hat die Vertreterin der SPD, Frau Zieder-Ripplinger, eigentlich Zustimmung signalisiert. Von daher hatte ich durchaus die Hoffnung, dass sich die SPD einfach an das hält, was sie hier gesagt hat. Frau Barbara Spaniol war ebenfalls anwesend. Auch sie kann das noch einmal sagen.

(Zurufe des Abgeordneten Maas (SPD).)

Aber offensichtlich hat die SPD Spaß daran, ihre eigenen Forderungen zu verraten und ad absurdum zu führen. Vor diesem Hintergrund, meine sehr geehrten Damen und Herren, ziehe ich unseren Antrag zurück,

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich (B 90/GRÜNE))

denn er ist ein Kompromissantrag, der die SPD-Forderungen enthält. Unsere umfassenderen Forderungen zu den Themen Equal Pay, Werkverträge, Leiharbeit und Mindestlohn sind längst hier eingebracht und werden debattiert. Und ich denke auch nicht, dass es irgendeinen Sinn macht, nach der Wahl eine umfassende Anhörung durchzuführen, wohl wissend, dass alles dem Grundsatz der Diskontinuität unterfällt.

(Zuruf.)

Diejenigen, die an dieser Anhörung teilnehmen, sind im neuen Landtag wohl nur noch teilweise vertreten. Aus der Anhörung können überhaupt keine Konsequenzen gezogen werden, weil sich ein neuer Landtag konstituieren wird, und ich halte es für eine Unverschämtheit, die Energie der Verbände und Organisationen so zu missbrauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Commerçon (SPD).)

Wenn man mit dem Thema stilvoll umgehen und es ernst nehmen würde, würde man einsehen, dass sich der neue Landtag damit zu beschäftigen hat. Dann hat dieser Landtag eine Anhörung zu organisieren, er hat dann mit den entsprechenden Verbänden etwas zu tun.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Jung (SPD) und Maas (SPD).)

Von daher halte ich das wirklich für eine Farce. Sie werden damit der Problematik in keiner Weise gerecht. Sie bringen hier ein schwieriges Thema unter die Räder und behandeln es, als sei es ein Leichtgewicht, Herr Maas. Das finde ich eine Schande.

(Beifall bei B 90/GRÜNE.)

**Vizepräsident Jochem:**

Die nächste Wortmeldung kommt vom Fraktionsvorsitzenden Meiser, CDU-Fraktion.

**Abg. Meiser (CDU):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Willger, es wird Ihnen nicht gelingen, die Koalitionsverhandlungen auf den heutigen Tag vorzuziehen. Wir haben in der kommenden Woche - das ist nun einmal so - eine Ausschusssitzung. Beim gegenwärtigen Debattenstand macht es großen Sinn, die Anträge gemeinsam in den zuständigen Ausschuss zu überweisen und dann in Ruhe und Gelassenheit zu diskutieren. Sie haben recht: Die Diskussion wird sich in einem neuen Landtag fortsetzen. Deshalb darf ich den entsprechenden Antrag stellen. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Jochem:**

Weitere Wortmeldungen sind nicht eingegangen. - Ich schliesse die Aussprache.

Meine Damen und Herren, Sie haben die Ausführungen der Abgeordneten Willger von den GRÜNEN und des Fraktionsvorsitzenden Meiser von der CDU gehört. Der Antrag der GRÜNEN - Drucksache 14/718 - ist zurückgezogen. Somit bleibt es dabei, dass die Anträge Drucksachen 14/727 und 14/733 in den zuständigen Ausschuss überwiesen werden sollen. Das ist der Antrag, der eben gestellt wurde; es ist der weitergehende Antrag. Ich lasse darüber abstimmen. Wer für die Überweisung in den Ausschuss ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Ich stelle fest, dass die Anträge Drucksachen 14/727 und 14/733 einstimmig in den zuständigen Ausschuss überwiesen wurden. Enthalten hat sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Meine Damen und Herren, bevor wir zu den nächsten Tagesordnungspunkten kommen, darf ich mich von dieser Stelle als Vizepräsident des Landtags verabschieden. Sie wissen ja, dass ich nicht mehr für den saarländischen Landtag kandidiere. Für mich gilt natürlich das Gleiche wie für meine Fraktionskollegen Christoph Kühn und Horst Hinschberger: Ich bedanke mich zunächst einmal ganz herzlich für das, was ich hier in diesem Landtag erleben durfte.

(Heiterkeit und Beifall.)

(Vizepräsident Jochem)

Diese Zusammenarbeit hat sehr viel Freude gemacht. Ich bin auch mit mir im Reinen. Ich denke, dass ich jeder Fraktion die gleichen Chancen gelassen habe und dass ich sie fair behandelt habe.

(Zuruf.)

Das freut mich. - Ich wünsche denen, die noch einmal für den Landtag kandidieren, den Erfolg, den sie sich wünschen. Denen, die nicht mehr kandidieren, wünsche ich auf ihrem weiteren Weg - sei er beruflich, sei er privat - alles Gute, vor allen Dingen Glück und Gesundheit. Das muss über allem stehen, denn das ist das Wichtigste. - Nochmals vielen Dank.

(Beifall des Hauses. - Vizepräsidentin Ries übernimmt den Vorsitz.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Wir kommen zu den Punkten 7 bis 10 sowie 24 und 25 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der DIE LINKE-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Bezahlbare Energiepreise gewährleisten (Drucksache 14/712)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Die Energiewende engagiert vorantreiben: Erneuerbare Energien ausbauen, den Wirtschafts- und Industriestandort Saarland sichern, die Chancen neuer Märkte nutzen (Drucksache 14/713)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Kein Kahlschlag bei der Solarförderung - Energiewende weiter vorantreiben (Drucksache 14/719)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Energie muss sicher, bezahlbar und nachhaltig sein - saarländische Kraftwerke stärken, erneuerbare Energien fördern (Drucksache 14/722)**

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Faire und transparente Kraftstoffpreise sicherstellen (Drucksache 14/731)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Ökologische Alternativen statt staatliche Festsetzung von Energiepreisen (Drucksache 14/735)**

Zur Begründung des Antrages der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 14/712 erteile ich Herrn Prof. Dr. Heinz Bierbaum das Wort.

**Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Unser Antrag zur Regulierung der Benzinpreise ordnet sich ein in den großen Komplex der Energiepolitik, zu dem sehr viele Anträge vorliegen. Ich habe nicht unbedingt den Eindruck, dass dieses an sich außerordentlich wichtige Thema der Energiepolitik noch die notwendige parlamentarische und öffentliche Aufmerksamkeit hat, die es eigentlich erfordert. Deswegen möchte ich mich auch sehr kurz fassen, aber gerade im Hinblick auf das Thema Benzinpreise unseren Antrag noch einmal verdeutlichen, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund, dass wir gegenwärtig das allösterreichische Theater erleben, dass kurz vor Ostern die Spritpreise nach oben gehen. Dazu gab es heute auf der ersten Seite der Saarbrücker Zeitung auch einen Bericht. Dies zeigt sehr deutlich, dass wir es hier mit einem Problem zu tun haben, das die Menschen wirklich bewegt.

Deswegen ist die Politik aufgefordert zu handeln. Deswegen möchten wir, dass es künftig eine staatliche Festsetzung der Höchstpreise von Benzin- und Dieselmotorkraftstoffen sowie von Heizöl und Gas gibt und beziehen uns dabei auf Regelungen, wie sie in unserem Nachbarland Luxemburg gemacht werden. Ich nehme an, dass das die SPD erfreuen wird, weil ja ähnliche Forderungen seitens des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Heiko Maas, schon mehrfach gestellt worden sind. Ich weise auch darauf hin, dass diese Debatte schon seit längerem geführt wird.

Es gibt Anträge der CDU, in denen Bezug genommen wird auf das österreichische und auf das australische Modell. Ich denke, dass das Luxemburger Modell von der Grundstruktur her weitgehend ist. Natürlich wären die anderen Modelle mit der Meldung auch schon ein Fortschritt. Aber ich denke, dass es wichtig ist, nicht nur Meldungen zu haben, um damit auf die Preise reagieren zu können, sondern von gesetzlicher Seite, von staatlicher Seite her eine Deckelung vorzunehmen; das ist der Kern des Luxemburger Modells. Deswegen wollen wir uns darauf beziehen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es durchaus breitere Aktivitäten gibt, etwa auf Bundesebene. Unsere Bundestagsfraktion hat einen entsprechenden Antrag eingebracht, dass die Preise auch über die Bundesnetzagentur geregelt werden sollen. Dabei gibt es einen ganz wesentlichen Punkt, den wir nicht vergessen dürfen - das betrifft nicht nur die Benzinpreise, sondern es betrifft die Energiepreise.

(Abg. Prof. Dr. Bierbaum (DIE LINKE))

se insgesamt -, nämlich das verhängnisvolle Wirken, das oligopolistische Verhalten der vier tonangebenden Energiekonzerne. Hier muss dringend etwas getan werden. Deswegen sind wir der Auffassung, dass das Bundeskartellamt eingeschaltet werden muss, dass das entflechtet werden muss, dass hier Maßnahmen getroffen werden müssen, damit diese vier Energiekonzerne nicht einfach schalten und walten können, wie sie wollen.

(Beifall bei der LINKEN.)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat in diesem Zusammenhang einen Antrag eingebracht, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Regelung der Benzinpreise nicht der entscheidende Punkt sei, sondern dass man andere Maßnahmen ergreifen müsse, dass man ökologische Alternativen starten müsste. Ich sehe da keinen Widerspruch. Ich sehe es nicht so, dass wir auf der einen Seite eine Regulierung der Preise haben und dem entgegengesetzt Maßnahmen in ökologischer Richtung. Vielmehr muss beides gemacht werden.

Ich möchte deutlich sagen, dass die Frage der Energiepreise, nicht nur der Benzinpreise, ein wirklich zentrales Element in der Energiepolitik darstellen muss; denn wir haben bereits heute die Situation, dass viele Menschen ihre Energierechnung kaum noch bezahlen können. Deswegen ist es für uns, die LINKE, ein wesentliches Element der Energiepolitik, dass Energie auch bezahlbar sein muss. Deswegen haben wir auch konkret die Forderung nach Sozialtarifen erhoben für diejenigen, die sich das nicht mehr leisten können. Wir wollen aber insgesamt darauf hinaus, dass eine öffentliche Kontrolle der Preise gibt und dass wir so auf das Preisgeschehen Einfluss nehmen können.

(Beifall bei der LINKEN.)

In diesen Zusammenhang sind - ich habe es vorhin schon erwähnt - sehr viele und auch sehr lange Anträge eingebracht worden, wahre Glaubensbekenntnisse zum Thema Energiewende, die man vom Prinzip her in groben Zügen fast alle teilen kann, die aber nach unserer Auffassung einen wesentlichen Nachteil haben, dass sie nämlich die Frage der öffentlichen Kontrolle nicht berühren. Das ist für uns aber ein entscheidender Punkt. Was wir bei der Energiepolitik wollen, ist ein Umsteigen auf die regenerativen Energien. Das ist ein zentraler Punkt. Wir müssen Versorgungssicherheit gewährleisten, wir müssen schauen, dass das bezahlbar ist. Deswegen brauchen wir ein Stück weit auch noch Brückentechnologien wie die schon mehrfach diskutierten Kohlekraftwerke. Wir brauchen in dem Zusammenhang übrigens, was das Saarland angeht, endlich auch eine Kraftwerksplanung. Man kann nicht immer bloß über Energie reden, ohne an die Menschen zu denken, die in diesen Bereichen arbeiten. Wir brauchen

eine Planung, damit es auch da eine Sicherheit gibt. Aber die Stoßrichtung, auf alternative Energien umzustellen, ist völlig unbestritten.

Wir wollen aber auch eine dezentrale Lösung, eine Rekommunalisierung der Energieversorgung und vor allem auch einen öffentlichen Einfluss. Deswegen haben wir auch einen Antrag gestellt. Wir begrüßen es sehr, dass das Land mehr Anteile bei der VSE übernimmt. Wir sind allerdings der Auffassung, dass wir nicht bei 49 Prozent stehen bleiben sollten, sondern dass wir die Mehrheit haben müssen. Das halte ich als Zielrichtung in dem Zusammenhang für einen ganz wichtigen Punkt.

(Beifall bei der LINKEN.)

Lassen Sie es mich zusammenfassen: Es wäre gut, wenn der Landtag im Hinblick auf die Benzinpreise gerade jetzt vor Ostern - das interessiert die Menschen - ein Signal setzen und sich dafür aussprechen würde, dass diese Preise öffentlich kontrolliert werden, dass es eine Deckelung gibt, dass es Höchstpreise gibt.

Lassen Sie mich zweitens sagen, dass ich sehr dafür bin, dass wir alles aufgreifen, was in den Anträgen zur Energiepolitik insgesamt steht. Wir werden aber nicht allem zustimmen, weil eben der entscheidende Punkt fehlt, den ich vorhin genannt habe. Wir werden uns enthalten, weil wir meinen, dass das weiter diskutiert werden muss. Es gibt aber einen Punkt - der auch im Antrag der GRÜNEN enthalten ist -, den wir sehr stark unterstützen. Wir halten es ebenfalls für skandalös, dass die Hilfen für die Solarenergie derart zurückgeführt werden. Was hier passiert, ist völlig kontraproduktiv. Da ist die Bundesregierung gerade nicht ernst zu nehmen in ihrem Bekenntnis, bei der Energie umsteuern zu wollen. Wenn dem so wäre, kann man solche Dinge, wie sie jetzt bei der Solarenergie passieren, einfach nicht machen. Deswegen werden wir solchen Anträgen zustimmen.

Ich komme zum Schluss. Lassen Sie uns ein Zeichen setzen, zumindest was die Benzinpreise angeht. Ich wiederhole noch einmal: Das steht einer Ökologisierung der Energiewirtschaft nicht im Wege.

(Beifall bei der LINKEN.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Bierbaum. - Zur Begründung der Anträge der CDU-Landtagsfraktion Drucksachen 14/731 und 14/713 erteile ich Herrn Abgeordneten Günter Heinrich das Wort.

**Abg. Heinrich (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Spritpreise sind Anlass für öffentliche Kritik, die Zumutbarkeitsgrenze ist bei den Tankstellenpreisen bei



(Abg. Heinrich (CDU))

Weitem überschritten. Energie ist der Lebensnerv der Wirtschaft und elementarer Bestandteil des Gesellschaftslebens.

Meine Damen und Herren, die Energiepreise, insbesondere die Preise für Kraftstoffe an Tankstellen, haben scheinbar keine Grenze mehr nach oben. Wenn der Preis für Superbenzin wie vor einigen Tagen bei 171,9 Eurocent liegt, für Diesel bei 155,9 Eurocent, dann gibt es dafür keine nachvollziehbaren Kostengründe, dann erhärtet sich ganz einfach der Verdacht der brutalen Abzocke durch die marktbeherrschenden Fünf. Ich darf sie auch nennen: Aral, Esso, Jet, Shell und Total. Ein Gerücht über einen Skandal im OPEC-Land, eine Veränderung des Euro zum Dollarkurs oder eine brennende Ölplattform wird als Begründung für die tägliche Preistreiberei angeführt. Es ist bei der Abzocke an den Zapfsäulen ein gefestigtes Verhaltensmuster erkennbar: Zwei der fünf Großen preschen bei der Abzocke vor und die drei anderen folgen innerhalb von wenigen Stunden.

Meine Damen und Herren, 20.000 bis 60.000 Liter Sprit liegen in den Tanklagern unter den Zapfsäulen. Dieser Kraftstoff wird mit den unterschiedlichsten Begründungen zu unterschiedlichsten Zeiten zu unterschiedlichsten Preisen veräußert, der gleiche Kraftstoff, der unten in den Tanks liegt. Ein Pupsen im Iran und der gleiche Sprit steigt innerhalb weniger Minuten um 10 Eurocent. Das ist knallharte Abzocke auf dem Rücken von Verbraucherinnen und Verbrauchern und damit Anlass zum Handeln. Der Wettbewerb wird durch das bestehende Oligopol weitgehend ausgeschaltet deshalb, weil die gesamte Wertschöpfung von der Erzeugung bis zum Vertrieb an den Tankstellen in der Hand von einigen wenigen Großen liegt. Selbst die freien Tankstellen, die im Regelfall ein Regulativ zu den Großen bilden, sind bei dem Kraftstoffbezug auf die Raffinerien der fünf Großen angewiesen.

Deshalb war das Verbot der Preis-Kosten-Schere rechtens gewesen. In diesem Zusammenhang - das ist auch heute die Forderung - sollte auch das vom Bundesminister für Wirtschaft und Technologie angekündigte dauerhafte Verbot von sogenannten Preis-Kosten-Scheren grundsätzlich gesetzlich geregelt werden. Damit darf ein Unternehmen mit überlegener Marktmacht von kleineren und mittleren Unternehmen keine höheren Preise fordern, als es selbst auf dem Markt anbietet. Diese Regelung ist zurzeit befristet bis 2012. Unsere Forderung ist eine dauerhafte gesetzliche Regelung zum Schutze der Verbraucherinnen und Verbraucher. Aber auch dann ist nicht sichergestellt, dass die Großen die freien Tankstellen nicht durch andere Möglichkeiten, an der Preisschraube zu drehen, in den Einstandspreisen beeinträchtigen.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird der Wettbewerb negativ beeinflusst und zum großen Teil völlig ausgeschaltet. Das Kartellamt als Wettbewerbshüter hat aufgrund seiner gesetzlichen Befugnisse bei dem geschilderten Verhaltensmuster keine oder wenige Möglichkeiten regulativ einzugreifen. Deshalb ist politischer Handlungsbedarf gegeben.

Wir haben in unserem Antrag Bezug genommen auf die Preismodelle, die in Australien und in Österreich probat sind. Das für uns näher liegende Modell ist das australische. Dort haben die Konzerne bei der zuständigen Behörde bis 14.00 Uhr den Preis für den nächsten Tag anzugeben, der dann am nächsten Tag ab 06.00 Uhr verbindlich gilt. Damit ist sichergestellt, dass die Wettbewerber sich nicht untereinander absprechen können, sich nicht untereinander beobachten können. Damit ist ein zusätzliches Maß an Wettbewerb hergestellt. Das ist unser Petition, denn Wettbewerb ermöglicht es immer noch, für den Verbraucher die preisgünstigste Alternative, insbesondere bei Kraftstoff, zu ermitteln.

Meine Damen und Herren, ich komme zu unserem Antrag betreffend die Energiewende. Allen Unkenrufen zum Trotz - wir wollen die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. Dabei wird bei uns der absolute Gleichklang von Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und ökologischem Nutzen Priorität haben. Bei allem Bewusstsein für die ökologische Notwendigkeit der Energiewende wird diese scheitern, wenn es uns nicht gelingt, die Menschen im Land mitzunehmen. Die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien muss bezahlbar bleiben. Nur dann wird sie eine breite Akzeptanz finden. Bezahlbar heißt, für den Normalverbraucher darf die Energiewende nicht zur neuen sozialen Frage werden. Bezahlbar heißt aber auch, die Kosten der Energiewende dürfen auch nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft gefährden.

Die Bundesrepublik ist technologisch eine der führenden Nationen. Wir sind in sehr vielen Bereichen Weltmeister bei innovativen Entwicklungen, und das gilt in ganz besonderer Weise für uns hier an der Saar, für die saarländische Wirtschaft. Wir haben einen industriellen Schwerpunkt im Bereich der Stahlerzeugung und Metallverarbeitung mit einem immanent hohen Energiebedarf. Ich habe schon an gleicher Stelle in anderen Diskussionen und Plenarbeiträgen darauf hingewiesen: Allein Saarstahl hat im Saarland einen Anteil von 10 Prozent am jährlichen saarländischen Energieverbrauch, der bei circa 7.500 bis 8.000 GWh liegt. Unser Ziel muss sein und wird es auch bleiben, die Wertschöpfung im industriellen Bereich an der Saar auch für die Zukunft zu sichern. Deshalb ist es zwingend erforderlich, dauerhaft und zuverlässig die Energieversorgung für die Wirtschaft sicherzustellen.

(Abg. Heinrich (CDU))

Meine Damen und Herren, die von der Politik eingeleitete Energiewende und damit die Energieversorgung in der Zukunft hat für das Jahr 2050 eine 80-prozentige Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien zum Ziel. Die Branche der erneuerbaren Energien hat noch ein wesentlich ambitionierteres Ziel gesetzt, nämlich eine bedarfsgerechte 100-prozentige Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Das ist ein Projekt, dem nicht nur unsere Sympathie, sondern auch unsere ehrliche und völlige Unterstützung gilt. Deshalb - und das sage ich ganz offen, auch in Bezug auf den Antrag der GRÜNEN - unterstützen wir ausdrücklich den Antrag, der sich dagegen ausspricht, dass die Solarförderung jetzt auf einen Schlag um 20 bis 30 Prozent gekappt werden soll. Das ist ein Zustand, den wir hier im Land so nicht billigen. Die Solarmodule werden auf die Dauer billiger, das bedingt natürlich auch, dass man die Förderung entsprechend kürzt. Es muss aber möglich sein, dass sich die Wirtschaft und insbesondere die Verbraucher darauf einstellen können - im Übrigen ein Petium, dass man jetzt im Wahlkampf vor Ort tagtäglich erfährt. Deshalb muss auch von hier das Signal ausgehen, dass wir einen Zeitrahmen schaffen, innerhalb dessen die Solarkürzung vertretbar erfolgen kann.

Meine Damen und Herren, eine 100-prozentige Eigenversorgung mit erneuerbaren Energien ist insbesondere auch das Ziel der Agentur für Erneuerbare Energien und wird von ihr in besonderem Maße protegiert. Die konventionellen Kraftwerke sollen ersetzt werden durch regenerative Kraftwerke, Kombikraftwerke. Ein Kombikraftwerk verknüpft und steuert über ganz Deutschland verteilte Wind-, Solar-, Biomasse und Wasserkraftanlagen. Windenergieanlagen und Solarmodule sollen vorhersagegenau einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten. Ergänzt werden sie nach Bedarf durch Biogasanlagen und ein Pumpspeicherkraftwerk. In Zukunft kann dieser modulare Ausbau um zusätzliche Speichertechnologien wie Batterien von Elektroautos erweitert werden. So weit der Ansatz der Agentur für Erneuerbare Energien.

Meine Damen und Herren, dies ist ein höchst ambitioniertes und auch heute noch visionäres Ziel. Es steht völlig außer Frage: Wir sind verantwortlich für Klima und Umwelt und haben die eingeleitete Energiewende mit allem Nachdruck zu forcieren, auch weil die Ressourcen der fossilen Energieträger sich dramatisch verknappen und der Energieverbrauch durch eine weltweit wachsende Bevölkerung überdurchschnittlich zunimmt. Aber auch diesen Aspekt müssen wir für uns an der Saar in den richtigen Kontext stellen. Von der Energiewende profitieren wir, auch mit unserer heimischen Industrie. Die Investitionen in Energieanlagen werden nach Angaben der Agentur für Erneuerbare Energien von 2010 bis 2020 auf circa 235 Milliarden Euro geschätzt. Das ist

eine gigantische Summe, von der hier an der Saar insbesondere Anlagenbauer, Getriebehersteller, die Dillinger Hütte - stahlerzeugende, metallverarbeitende Industrie - in besonderer Weise partizipieren werden.

Meine Damen und Herren, bei aller Euphorie für die erneuerbaren Energien - Fakt ist auch, dass der überdurchschnittlich hohe Energiebedarf der Saarländischen Wirtschaft nur gedeckt werden kann, wenn im Bereich der erneuerbaren Energien Großkraftwerke, sogenannte Sonnenkraftwerke - Stichwort: Desertec in der Sahara - und Windkraftwerke in der Ost- und Nordsee, und die hierauf ausgerichtete Netzinfrastruktur existieren und die Versorgung mit Haushaltsstrom durch entsprechende Kleinkraftwerke vor allem im ländlichen Bereich gesichert werden kann.

In der Broschüre, welche die Agentur für Erneuerbare Energien herausgegeben hat mit dem Titel „Der volle Durchblick in Sachen Erneuerbare Energien“, wird die Frage gestellt: Reichen die erneuerbaren Energien tatsächlich aus, um ein hoch industrialisiertes Land wie Deutschland vollständig zu versorgen? Diese selbst gestellte Frage wird dort beantwortet mit einer Gegenfrage. Diese lautet: Können Kohle, Erdgas, Erdöl und Uran auch in 30 oder 40 Jahren unsere Energieversorgung garantieren? Wenn man zwischen den Zeilen liest, kann man erkennen, dass selbst von der Agentur für Erneuerbare Energien ein Zeitrahmen von 30 bis 40 Jahren angenommen wird, bis man in der Lage sein wird, die Energieversorgung weitestgehend auf erneuerbare Energien umzustellen. Wie aber dieser Zeitrahmen ausgefüllt werden soll, wie insbesondere die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie in diesem Zeitrahmen des Überganges sichergestellt werden kann, dazu gibt es keine Antwort.

Ich glaube, diese Antwort haben wir im Regierungsprogramm der CDU für den Zeitraum von 2012 bis 2017 gegeben. Danach werden Kraftwerke auf fossiler Basis, also Kohle und Gas, noch für eine geraume Zeit notwendig sein, um das fluktuierende Angebot der erneuerbaren Energien so zu ergänzen, dass auch und gerade für die saarländische Industrie eine sichere und wettbewerbsfähige Stromversorgung zu jeder Zeit möglich ist. Neben dem Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung auf der Basis von Erdgas in dezentralen Anlagen halten wir es für erforderlich, den bestehenden Kraftwerkspark im Saarland zu ertüchtigen. Wir müssen die wirtschaftliche und ökologische Effizienz auf der Basis neuester technologischer Standards verbessern und wollen so die selbstgesetzten Klimaschutzziele gemäß dem vorliegenden Masterplan Neue Energien erreichen.

(Beifall bei der CDU.)

(Abg. Heinrich (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist natürlich ein langer Weg, bei dem Schritt für Schritt einzeln gegangen werden muss. Jeder Schritt muss die Ziele Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaneutralität berücksichtigen. Wir werden die konventionellen Energieträger durch erneuerbare Energien nur substituieren können, soweit diese dauerhaft zur Verfügung stehen, soweit hier in diesem Land Versorgungssicherheit dauerhaft gewährleistet ist. Die Energiepolitik der Zukunft darf für die Menschen keinen Abstieg bergen. Sie darf keinen Arbeitsplatz gefährden. Wir in der CDU-Fraktion stehen für eine Energiepolitik mit Augenmaß, die auf die Ziele der Klimakonferenz ausgerichtet ist, die Wachstum und Wohlstand für uns alle gewährleistet.

(Beifall bei der CDU.)

Ich darf noch etwas zur Entstehung des Masterplans Neue Energien sagen. Ich war zum Teil bei den Konferenzen anwesend, als die einzelnen Szenarien entwickelt worden sind. Bei denjenigen, die dort im grünen Ministerium am Tisch gesessen haben, ist man davon ausgegangen, dass man die formulierten Klimaziele für 2050 abstrahiert auf die Zeitschiene, und das hätte nach deren Konsequenz bedeutet, dass 2030 im Saarland die Stahlindustrie ihr Ende gefunden hätte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Weg, den wir nicht mitgehen werden.

(Beifall bei der CDU.)

Wir werden eine Energiepolitik mit Augenmaß verfolgen, indem wir jeden einzelnen Schritt bedächtig so wählen, dass die Menschen in diesem Lande in der Lage sein werden, diesen Schritt mitzugehen. Wir werden dabei auch nicht im Schneckentempo unterwegs sein. Es wird unsere Aufgabe sein, insbesondere die Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode, die Menschen für dieses neue Zeitalter zu gewinnen, sie von der Idee der erneuerbaren Energien zu überzeugen, sie davon zu überzeugen, dass die fossilen Ressourcen endlich sind. Wir werden diesen Weg aber nur gehen, indem Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit für die Menschen in diesem Land sichergestellt werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU.)

#### **Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Heinrich. - Zur Begründung der Anträge der B 90/GRÜNE-Landtagsfraktion, Drucksache 14/735 und 14/719, erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Hubert Ulrich das Wort.

#### **Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Tenor des Kollegen Heinrich und auch der Tenor der anderen Redebeiträge ist in starkem

Maße die Frage, wie teuer ist die Energie hier in Deutschland oder auch weltweit, ob das jetzt die Kraftstoffpreise oder die Strompreise sind. Aber wir müssen uns eine Sache klarmachen, daran geht kein Weg vorbei. Wir können versuchen, auf staatlicher Ebene gewisse Mechanismen zu bedienen, und können vielleicht kurzfristig kleine Veränderungen erreichen, die in vielen Ländern auch schon versucht wurden. In allen Ländern, wo sie versucht wurden, haben sie letztendlich aber zu dem Ergebnis geführt, dass die Energiepreise nach oben gingen. Die Gründe kennen wir alle. Die fossilen Ressourcen auf diesem Planeten sind endlich. Das gilt insbesondere für Öl, das uns am schnellsten verlassen wird, dann kommt das Gas und am Ende kommt die Kohle.

Was aber in die Preisdiskussion eigentlich nie einfließt, insbesondere bei uns in Deutschland, ist die Tatsache, dass die Energiepolitik in Deutschland in den letzten 40 Jahren durch ganz starke staatliche Eingriffe in Form von horrenden Subventionen beeinflusst wurde. Ich möchte an dieser Stelle einmal die entsprechenden Zahlen nennen. In die Atomkraft hat dieses Land rund 200 Milliarden Euro hineinsubventioniert, um sie zu entwickeln. In die Steinkohle war es in den letzten 30 bis 40 Jahren ebenfalls die enorme Summe von rund 200 Milliarden Euro. Bei beiden Energieformen wird dieses Land, in einem Fall, nämlich der Kernkraft, ist es die Entsorgung und bei der Kohle sind es die Ewigkeitskosten - -

(Zuruf.)

Auch in Zukunft. Das bedeutet, alle kommenden Generationen in diesem Land werden diese Kosten zu tragen haben. In Zukunft werden dafür enorme Gelder aufzubringen sein. Aber, wenn man die Gesamtverschuldung in Deutschland betrachtet, diese 2,2 Billionen Euro, die wir heute haben, dann muss man sich einmal überlegen, wie hoch der Anteil der Subventionen in die Atomkraft und in die Steinkohle an diesen über 2 Billionen Euro ist. Wenn man dann die realen Zahlen nimmt und zinst sie ab, wird einem sehr schnell klar, dass ein Drittel oder vielleicht sogar die Hälfte aller Schulden, die wir hier in Deutschland haben, auf diese Fehlsubventionierung zurückzuführen sind. Dieser Wert macht deutlich, wohin ein Staat, wenn er an der falschen Stelle subventioniert, ganz schnell steuern kann, wenn er die falschen Weichen stellt, weil er vermeintlich kurzfristig niedrigere Energiepreise will.

Wir GRÜNE haben ja auch dafür gesorgt, dass es Subventionen bei den erneuerbaren Energien gab. Aber wenn man über Subventionen spricht, muss man schon die Unterschiede deutlich machen. Ich habe das eben noch einmal dargelegt. Bei der Atomkraft und bei der Steinkohle sind das Ewigkeitssubventionen. Bei den erneuerbaren Energien sind es Anschubsubventionen. Das Erneuerbare-Energi-

**(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE))**

en-Gesetz war vom ersten Tag an von GRÜNEN und SPD so gebaut, dass die Subventionen degressiv sind, jedes Jahr gibt es also weniger an Subventionierung. Hintergrund war, dass man eine Anschubfinanzierung brauchte, um die erneuerbaren Energien - vor dem Hintergrund der anderen stark subventionierten Energieträger - erstmal in den Markt zu bringen. Das ist heute weitgehend gelungen. Windkraft liegt heute bei 8 Cent/kWh, die Kohle bei 15 Cent. Allerdings werden bei der Kohle und der Atomkraft die eben genannten Summen überhaupt nicht hineingerechnet. Sobald man diese externen Kosten in die Kohle oder die Atomkraft einrechnet, ist es bereits heute so, dass die erneuerbaren Energien preiswerter sind als fossile Energie und Atomkraft. Das wird aber nicht getan. Vor diesem Hintergrund brauchen wir noch einige Jahre bedingte Subventionen bei der Windkraft und der Solarenergie, die aber erkennbar gegen null gehen werden.

Vor diesem Hintergrund ist es ein völlig falscher Ansatz, den die Bundesregierung bei der Solarförderung wählt, sie jetzt in einem so kurzen Zeitraum so massiv nach unten zu fahren. Gerade in dieser Branche sind in Deutschland sehr viele neue Arbeitsplätze entstanden, die export- und zukunftsorientiert sind. Durch dieses schnelle Herunterfahren ist die Gefahr sehr groß, dass sehr viele Arbeitsplätze wegbrechen. Da wird also im Moment ein Fehler gemacht. Ich wiederhole es: Wir sind nicht dagegen, dass die Subventionen für Solarenergie und Windenergie schrittweise zurückgefahren werden. Wir wollten das und haben es auch so konzipiert, aber der Weg, der jetzt beschritten wird, ist viel zu schnell und er wird im Prinzip beschritten, um den vier großen Energieerzeugern noch einmal das Geschäft zu erleichtern. Das ist auch einer der Gründe, warum Offshore-Windparks den Onshore-Windparks von der Bundesregierung vorangestellt werden, obwohl wir alle wissen, dass die Onshore-Windparks den Strom heute bereits deutlich preiswerter erzeugen als Offshore-Windparks. Das sollte man dem Markt überlassen, aber auch hier werden die falschen Weichen gestellt. Da geht es einmal wieder darum, den vier großen Konzernen das Feld zu bereiten, und dieses Feld wird leider Gottes von der CDU genauso bereitet wie von den Sozialdemokraten. Hier gibt es immer noch die Einigkeit, die großen Konzerne zu stützen. Der Mittelstand - die meisten Windkraftbetreiber sind mittelständische Unternehmen - muss im Markt bestehen, und man sollte hier eine gewisse Chancengleichheit belassen.

Vor diesem Hintergrund haben wir heute diese Anträge gestellt. Die korrespondierenden Anträge von CDU, SPD und der LINKEN müssen wir ablehnen. Die Anträge von CDU und SPD sind beide zu kohlelastig, der Antrag der LINKEN würde einfach markt-

wirtschaftliche Mechanismen außer Kraft setzen, und das funktioniert nicht. Damit können wir uns nicht anfreunden. - Vielen Dank.

(Beifall von B 90/GRÜNE.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Ulrich. - Zur Begründung des Antrages der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/722 erteile ich der Abgeordneten Anke Rehlinger das Wort.

**Abg. Rehlinger (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Deutschland braucht eine Energiewende, wir im Saarland brauchen eine Energiewende, und dafür brauchen wir auch einen dauerhaften Energiekonsens.

Grundlage dafür ist nach unserer Auffassung - erstens - der dauerhafte Ausstieg aus der Atomenergie. Wir hoffen sehr, dass er nun wirklich dauerhaft vereinbart worden ist.

Grundlage ist auch - zweitens - der schnelle Umstieg auf erneuerbare Energien. Diesbezüglich haben wir auch für das Saarland unsere Zielvorstellungen formuliert: Perspektivisch, bis 2020, halten wir es für möglich, im Strombereich bis auf 35 Prozent zu kommen und im Wärmebereich auf 15 Prozent. Heute gab es ja noch einmal Ausführungen der CDU zu diesem Thema, die etwas vorsichtiger ausgefallen sind. Ich darf allerdings versprechen, dass wir uns in dieser Frage doch sehr ambitioniert zeigen werden, um auch höhere Ausbauziele erreichen zu können.

Eine weitere Grundlage - drittens - ist ein Mehr an Energieeffizienz. Das Energieeffizienznetzwerk, Einsparungen in den privaten Haushalten und und und - das alles steht auf der Tagesordnung. Es bedarf allerdings noch einer sehr viel größeren Kraftanstrengung, verglichen mit dem, was wir bisher sehen können.

Und wir brauchen - viertens - gerade aus saarländischer Sicht, aber auch generell, um die Energieversorgung sicher zu gestalten, moderne Kraftwerke, effektive Kraftwerke auf fossiler Basis als stabile Brücke in das Zeitalter der erneuerbaren Energien. Mit Kraftwerken auf fossiler Basis sind sowohl Gas- als auch Kohlekraftwerke gemeint. Damit sind auch alle Standorte im Saarland gemeint, seien sie Standorte nun der STEAG oder der VSE. Wir brauchen diese Standorte auch weiterhin als Arbeitsplatzstandorte, wir brauchen sie für die Industrie. Wir brauchen sie, damit das Saarland weiterhin Industrie- und Energieland bleibt.

(Beifall von der SPD.)

(Abg. Rehlinger (SPD))

Flankierend müssen wir die Entwicklung beziehungsweise Installation von Speichertechnologien vorantreiben. Diesbezüglich haben wir im Saarland interessante Projekte; ich nenne beispielhaft nur das Projekt LESSY am Standort Fenne. Wir haben aber auch, und das will ich an dieser Stelle betonen, im Grunde ein großes Potenzial, ein Alleinstellungsmerkmal im Saarland; es handelt sich sozusagen um die zweite Seite der Medaille beim Ausstieg aus dem Bergbau: Es werden Möglichkeiten frei, hier Speichertechnologien, Speichermöglichkeiten zu schaffen, indem die Bergschächte zur Installation von Pumpspeicherkraftwerken genutzt werden. Das ist ein Punkt, den ich in der nächsten Zeit sehr viel stärker in den Vordergrund rücken möchte. Ich hoffe sehr, dass uns insbesondere auch die entsprechenden Modellvorhaben, die in Nordrhein-Westfalen auf den Weg gebracht worden sind, Erkenntnisse liefern, die einen auch wirtschaftlichen Betrieb eines solchen Pumpspeicherkraftwerks ermöglichen. Das wäre für uns im Saarland ein großer Nutzen, der uns vor allem auch gegenüber anderen Bundesländern auszeichnen würde.

(Beifall von der SPD.)

Wir brauchen darüber hinaus verstärkte Anstrengungen beim Netzausbau. Das betrifft sowohl die großen Leitungen als auch und insbesondere vor Ort ein entsprechendes Monitoring bei den Verteilnetzen. Schließlich - und ganz wichtig - brauchen wir auch, nicht nur abstrakt, sondern ganz konkret betrachtet, ein notwendiges Maß gesellschaftlicher Zustimmung, um die Energiewende überhaupt erfolgreich vollziehen zu können.

Im Grunde brauchen auch wir, wie jeder Handwerker am Bau, eine Richtschnur, anhand der wir immer wieder überprüfen wollen und können, ob alles „noch im rechten Winkel“ ist, ob das Ganze nicht in eine Schiefelage geraten ist. Wir brauchen dafür die sogenannten energiepolitischen Zielvereinbarungen, dieses Zieldreieck. Ich will in meinem Vortrag nun nicht zu abstrakt werden, stelle aber jedenfalls fest, dass ich das für notwendig halte. Man muss diese Zielvereinbarungen immer wieder heranziehen, im Laufe des gesamten Prozesses, um zu sehen, ob man nicht an der einen oder anderen Stelle in eine Schiefelage geraten ist. Es ist heute schon angeklungen: Es geht erstens darum, die Energie weiterhin bezahlbar zu halten. Es geht zweitens natürlich darum, Energie nachhaltig auszugestalten, aber drittens eben auch darum, sie sicher zur Verfügung zu stellen. Das sind die drei Punkte, an denen wir auch immer wieder unsere politischen Entscheidungen messen müssen, auf deren Grundlage wir unsere Entscheidungen gegebenenfalls auch korrigieren müssen.

Das Ganze muss in diesem Sinne konsequent und verlässlich vorangetrieben werden, und damit kom-

me ich auch schon zu dem, was nun auf der Bundesebene geschehen ist. Denn das hat nun wirklich nichts mit Verlässlichkeit zu tun. Wir haben erlebt, dass es auf der Bundesebene im Lichte der Ereignisse um Fukushima einen Beschluss gab zum Ausstieg aus der Atomenergie. Man muss feststellen, dass in der Folge dieses Entschlusses relativ wenig Sinnvolles beziehungsweise relativ viel Chaos praktiziert wurde. Eine echte Energiewende kann mit einem solchen Verhalten nicht auf den Weg gebracht werden. Ich erwähne das Beispiel Netzausbau: Fehlanzeige. Ich stelle fest, dass die Windkraftanlagen immer öfters stillstehen, wenn wir diesbezüglich nicht vorankommen. Es gibt ein Hü und Hott bei den Förderprogrammen, was zu unsicheren Investitionsbedingungen führt.

Und schlussendlich, ganz konkret und der absolute Gipfel, die mittlerweile völlig unberechenbare, aber jedenfalls drastische Kürzung bei der Solarenergieförderung. Ich will der Vollständigkeit halber an dieser Stelle darauf hinweisen, dass auch wir sagen, es muss in der Förderung eine Degression geben, denn wir wollen unter den drei Zielen natürlich auch das Ziel der Bezahlbarkeit im Auge behalten. Die Förderung ist gedacht zur Einführung einer Technologie, nicht zu ihrer dauerhaften Subventionierung. Es ist daher richtig, dass die Förderung zurückgeführt wird. Es darf dabei aber nicht so vorgegangen werden, wie das die Bundesregierung gemacht hat. Das, was diesbezüglich geschehen ist, ist zum einen ein Angriff auf die Prämisse verlässlicher politischer Rahmenbedingungen und zum andern im Ergebnis auch ein Angriff auf die Energiewende.

Leidtragende dieser willkürlichen Politik von Schwarz-Gelb sind die Bürgerinnen und Bürger und die mittelständischen Unternehmen, und Leidtragende ist letztendlich auch die Umwelt. Ich glaube, es wird eine sofort anzugehende Aufgabe der künftigen Landesregierung sein, dagegenzuhalten. Heiko Maas hat entsprechende Interventionen über den Bundesrat schon angekündigt. Heute war der Presse zu entnehmen, dass diesbezüglich die CDU auf dem gleichen Weg unterwegs ist.

Die SPD steht zur Energiewende und wird diese auch mit Nachdruck in diesem Land vorantreiben. Dies betreffend gibt es überhaupt kein Wenn und Aber. Entscheidend wird dabei aber auch sein, dass die bestehenden Zielkonflikte, die ich eben beschrieben habe - und die werden künftig mit Sicherheit noch viel stärker auftreten, als wir sie zurzeit schon wahrnehmen -, mit Augenmaß und verlässlich gelöst werden.

Dazu zählt selbstverständlich auch, dass Energiepreise bezahlbar bleiben und dass sie sich weder zu einer sozialen Frage entwickeln noch die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft hier vor Ort gefährden. Denn wir wollen auch in Zukunft in unserem

**(Abg. Rehlinger (SPD))**

Land Industrie und produzierendes Gewerbe haben, und wir wollen, dass auch künftig die Menschen nicht darüber entscheiden müssen, ob sie nun wirklich die Heizung anschalten können. Deshalb brauchen wir in der Zukunft natürlich auch bezahlbare Energiepreise.

(Beifall von der SPD und bei der LINKEN.)

Das alles ist keine einfache, aber doch eine sehr lohnende Aufgabe. Denn vor allem auch volkswirtschaftlich betrachtet gibt es langfristig keine Alternative zur Energiewende.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, neben der Energiefrage, der Frage nach Energiepolitik und Strompreisen, ist in den heute vorgelegten Anträgen auch die konkrete Frage der Benzinpreisgestaltung angesprochen. Auch hierzu vielleicht einige Anmerkungen. Wir haben ja schon im Vorfeld, und das schon seit Längerem, über die Presse deutlich gemacht, dass wir sehr dafür sind, mit wirksamen Mitteln gegen die Preiswillkür an der Tankstelle vorzugehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Abzocke der Bürgerinnen und Bürger durch Ölmultis und Ölkonzerne muss ein Riegel vorgeschoben werden! Auch diesbezüglich muss sich die Politik als handlungsfähig erweisen, darf sich nicht ohnmächtig der Macht einiger weniger ergeben. Sie muss den Bürgerinnen und Bürgern zur Seite springen, politisches Handeln ist gefordert!

(Beifall von der SPD.)

Die einschlägigen Zahlen waren heute in der Saarbrücker Zeitung nachzulesen. Es ist erschreckend, dass davon gesprochen wird, monatlich würden 100 Millionen Euro mal eben als Gewinnmarge draufgesetzt. Und das alles haben die Bürgerinnen und Bürger, die Pendler zu bezahlen, aber auch die Unternehmen, etwa die Speditionsunternehmen. Das darf so nicht sein! Es ist deshalb richtig, dass Heiko Maas - und das übrigens nicht erst seit ein, zwei Tagen, sondern schon im vergangenen Jahr - unter anderem die Einführung einer Benzinpreisbremse, vorgeschlagen entsprechend dem österreichischen Modell, gefordert hat. Natürlich ist jetzt auch zu bekräftigen, dass die SPD im Falle der Regierungsbeteiligung einschlägige Initiativen im Bundesrat anstoßen beziehungsweise unterstützen wird. Wir freuen uns, dass in diesem Hause, von wenigen Ausnahmen abgesehen, unsere Auffassung, dass es einen entsprechenden Handlungsbedarf gibt, geteilt wird.

(Beifall von der SPD.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Benzinpreise sind so hoch wie noch nie in Deutschland. Jeder von uns merkt es, wenn er an der Tankstelle ist. Je nach Größe des Tanks reichen 100 Euro für eine Füllung nicht mehr aus. Der ADAC hat ausgerechnet: Wer 1996 Diesel im Wert von umgerechnet

20 Euro getankt hat, konnte damals doppelt so weit fahren wie heute. Bedauerlicherweise sind die Löhne seit 1996 nicht um das Doppelte angestiegen. Deshalb wird sehr deutlich, dass eine derartige Kostenexplosion vor allem zulasten der Pendler geht, vor allem aber auch zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das können und wollen wir uns in diesem Land nicht leisten!

(Beifall von der SPD.)

Natürlich muss man der Ehrlichkeit halber hinzufügen, dass ein guter Teil der Kraftstoffpreise auch auf Mineralölsteuer, Ökosteuern und Umsatzsteuer zurückzuführen ist. Das ist nun mal so. Wir sind allerdings der Auffassung, dass nicht der Staat als allererster auf wichtige Einnahmen verzichten sollte, sondern erst einmal der Missbrauch der Marktmacht durch die Ölkonzerne bekämpft werden muss, bevor man über weitere Maßnahmen nachdenkt. Deshalb müssen alle notwendigen kartellrechtlichen beziehungsweise ordnungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen getroffen werden, um hier für ein faires Preisniveau zu sorgen. Das von uns präferierte österreichische Modell gehört dazu.

Mittel- und langfristig gehört natürlich auch dazu, dass wir auf Energieeffizienz und auf ressourcenschonende Technologien setzen müssen. Da bin ich ganz bei dem, was im GRÜNEN-Antrag zumindest an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht worden ist. Wir brauchen aber auch kurzfristig ein Eingreifen der Politik. Wir haben hierzu entsprechende Vorschläge unterbreitet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind der Auffassung, dass wir an dieser Stelle die Verbraucherinnen und Verbraucher nicht im Regen stehen lassen sollten, sondern dass die Politik hier zeigen sollte, dass sie handlungsfähig ist und in diesem Sinne auch vorgehen muss, damit nicht einige wenige den Markt beherrschen, sondern die Politik zeigt, welche Grenzen es gibt für das Abschöpfen von Gewinnen am Markt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Rehlinger. Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort hat nun der Abgeordnete Karl-Josef Jochem von der FDP-Landtagsfraktion.

**Abg. Jochem (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Es ist zwar dem Wahlkampf geschuldet, dass das Thema Energiepolitik hier in unserer letzten Sitzung auf der Tagesordnung steht. Es ist aber auf der anderen Seite gut. Ich möchte drei Punkte aufgreifen, mit denen wir

(Abg. Jochem (FDP))

und Sie sich in Zukunft beschäftigen sollten. Erstens: Wir müssen uns alle dafür einsetzen, dass die EEG-Förderung nur moderat reduziert wird. Zweitens: Wir dürfen nicht dem aufkeimenden Pflänzchen „erneuerbare Energien“ den Weg zur Sonne verdunkeln. Es ist im Interesse aller, dass wir den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen. Denn hier liegt ein wesentlicher Bereich für die Zukunft der Energieversorgung. Drittens: Die Modernisierung der saarländischen Kraftwerke, für deren Betrieb wir weiter eintreten, ist zu forcieren im Interesse einer bezahlbaren Energieversorgung, auch als Brückentechnologie, für die saarländische Wirtschaft, aber auch für die Bürger.

Wenn wir an dem politischen Ziel einer Stromversorgung von 20 Prozent regenerativer Energien bis zum Jahr 2020 festhalten, müssen wir auch mit aller Kraft dafür eintreten. Meine Damen und Herren, dieses Ziel von 20 Prozent erneuerbarer Energien bis zum Jahr 2020 im Saarland ist ja von uns als FDP-Fraktion in den Koalitionsvertrag eingebracht worden. Aus liberaler Sicht ist ein durchdachtes Förderkonzept ein wichtiges Instrument, um das Ziel zu erreichen. Wir brauchen zukunftsweisende Ideen zur Realisierung der angestrebten Ziele.

Ich komme zu den einzelnen Anträgen. Die CDU hat Dinge aufgelistet, von denen wir einen Großteil in der gemeinsamen Jamaika-Koalition verabschiedet haben. In ihrer Regierungszeit vor 2009 war auf diesem Gebiet von der CDU eher weniger zu hören. Der Antrag der B 90/GRÜNE-Fraktion sieht eine generelle Ablehnung jeglicher Absenkung vor. Dazu muss man sagen: Die jetzige Regelung verursacht ein künstliches Hochhalten der Preise für Solaranlagen. Durch eine moderate Absenkung - ich betone: moderat - der Solarförderung könnten die Anlagen zukünftig noch günstiger angeboten werden.

Zur Untermauerung meiner Forderungen möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem IZES-Gutachten „Eruierung von Optionen zur Absenkung der EEG-Umlage“ zitieren: „Da die Vergütungszahlungen auf 20 Jahre garantiert werden, ist eine weitere Steigerung der Gesamtvergütungssumme zu erwarten. Die im EEG bereits integrierten Degressionsstufen sollen die Vergütungszahlungen dahingehend begrenzen, als dass sie einerseits die Kostensenkungspotenziale, die sich aus einer prognostizierten Technologieentwicklung ergeben, zu berücksichtigen versuchen, andererseits aber auch den Rahmen setzen, was die jeweiligen Erzeugungstechnologien in Zukunft kosten dürfen, um auch unter dem EEG noch wirtschaftlich zu sein. Sofern Herstell-Kosten von Erzeugungsanlagen schneller sinken, als es die Degression vorgesehen hat, erhöht sich die Wirtschaftlichkeit der Anlagen. Der Marktpreis wird damit auch durch die Vergütung begrenzt beeinflusst.“

Das heißt, wir haben hier gegenüber anderen Energieträgern - ich nenne Geothermie, Biomasse, Windkraft - schon eine Überförderung. Man muss natürlich aufpassen, dass das Ganze noch wirtschaftlich ist für die Unternehmen, die Solaranlagen herstellen oder betreiben - das ist meine persönliche Auffassung - wäre eine moderate Absenkung angebracht gewesen. Aber ich sage Ihnen auch deutlich, dass ich mit der jetzt beschlossenen Höhe der Absenkung persönlich nicht einverstanden bin. Ich hätte sie mir moderater gewünscht. Aber es kann eine Absenkung erfolgen im Kontext der Berücksichtigung anderer Energieträger im erneuerbaren Bereich.

Neben den Solaranlagen sind Grünpflanzen wie Mais oder Chinagrass ertragreiche Stromlieferanten. Hier müssen wir aber darauf achten, dass der einseitige Anbau von Energiepflanzen nicht unsere gewachsene saarländische Kulturlandschaft bestimmt. Dies ist leider in anderen Bundesländern schon der Fall. Dort sind Monokulturen geschaffen worden. Wir sollten, wenn wir das Thema erneuerbare Energien im Bereich der Energiepflanzen verstärkt angehen, darauf achten, dass wir die Kulturlandschaft nicht verbauen. Wir fordern, die Forschung im Bereich Biomasse verstärkt voranzutreiben. Ein vielseitiger Anbau von Energiepflanzen hilft uns auch, den Artenreichtum zu erhalten.

Ein weiterer Aspekt ist die Bürgerbeteiligung. Sie ist ein wichtiger Bereich zukünftiger Politik insgesamt und der wichtigste Punkt in Bezug auf die Energiewende. Die Saarländerinnen und Saarländer sind mündige Bürger. Uns Liberalen ist die Beteiligung der Bürger bei neuen Energieprojekten wichtig. Die Politik muss transparent vorgehen und Bedenken und Vorurteile gegenüber neuen Energieformen abbauen. Bürgerbeteiligung ist ein wichtiges Mittel, um die Menschen gerade im Bereich der Energie in Zukunft mehr und mehr mitzunehmen. Dies wird ja auch auf der kommunalen Ebene schon getan, wo man daran geht, bei der Errichtung von Windkraftanlagen frühzeitig, und zwar bevor die Beschlüsse gefallen sind, mit der Bürgerbeteiligung zu beginnen. Verständnis ist hier die Lösung für die Erreichung unserer Ziele.

Bei dem Thema Spritpreise, das die Anträge der einzelnen Landtagsfraktionen aufgegriffen haben, kommt dies zum Ausdruck. Auch die FDP-Fraktion ist mit der Entwicklung der Benzinpreise nicht einverstanden. Dennoch ist aus unserer Sicht eine staatliche Preisregulierung der falsche Weg. Eine solche Regulierung würde lediglich zu einer weiteren Beschneidung des Wettbewerbs führen. Leidtragende wären die kleinen freien Tankstellenbetreiber, welche sich heute Nischen suchen, die nach der Preisregulierung nicht mehr gegeben wären. Zudem würde die Einführung des Luxemburger Modells ver-

**(Abg. Jochem (FDP))**

mutlich auch zu keiner erkennbaren Preissenkung führen, da der Nettokraftstoffpreis bereits heute in Deutschland geringer ist als in Luxemburg.

Um die Kraftstoffpreise dennoch einzudämmen, fordert die FDP daher die Senkung der Ökosteuern. Dies würde Benzin auch für Geringverdiener wieder bezahlbar machen. Als weiteren Schritt zur Entlastung der Autofahrer wollen wir endlich die Erhöhung der Pendlerpauschale, welche seit der Absenkung 2004 nicht mehr an die Preise angepasst wurde und somit nicht mehr in ausreichendem Maße ihren Zweck erfüllt. Immerhin sind die Preise für Benzin und ÖPNV seit dieser Zeit um 25 bis 30 Prozent gestiegen. Einer Sanktionierung wettbewerbsfeindlichen oligopolistischen Verhaltens mittels Stärkung der Befugnisse des Bundeskartellamts stimmen wir dagegen ausdrücklich zu. Es muss dem Bundeskartellamt in Zukunft erlaubt sein, regulierend einzugreifen, um die marktbeherrschenden Konzerne zu entflechten und somit mehr Wettbewerb auf dem Markt zu schaffen.

Wir stimmen den Anträgen der CDU und der SPD zu, weil wir der Meinung sind, dass sich die Landesregierung im Rahmen von Bundesratsinitiativen sowohl für das Thüringer als auch für das australische Modell einsetzen soll. Beim Antrag der GRÜNEN werden wir uns enthalten, weil wir die Frage der Absenkung der Solarförderung anders sehen.

Meine Damen und Herren, wir dürfen das Ziel nicht aus den Augen verlieren. Wir haben uns für die Förderung der erneuerbaren Energien eingesetzt und haben uns eine sinnvolle Zielsetzung bei der Energieeinsparung vorgenommen. Energetische Sanierungen sind ein wichtiger Teil, der helfen wird, Energie effizienter zu nutzen. Dafür bedarf es weiterer Anstrengungen.

**Vizepräsidentin Ries:**

Herr Abgeordneter Jochem, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen. - Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ulrich?

**Abg. Jochem (FDP):**

Ja, bitte.

**Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE) mit einer Zwischenfrage:**

Herr Jochem, ich glaube, es liegt ein Missverständnis vor. Unser Antrag hat nicht zum Inhalt, die Solarförderung nicht weiter herunterzufahren, die Degression ist ja im Gesetz festgelegt. Es geht nur darum, diese steile Fahrt zu verhindern, die jetzt von der Bundesregierung vorgeschlagen wird. Das ist schon etwas anderes. Wir sind ja auch für eine Degression und eine Absenkung, aber für die Degression, die

bereits im Gesetz verankert ist. Die weiteren Maßnahmen gehen zu weit, das ist schon ein großer Unterschied. Das war nur zur Verständigung.

**Abg. Jochem (FDP):**

Die Degression ist ja schon drin, auch ohne die Absenkung, die am 09.03.2012 vorgenommen wurde. Es geht jedes Jahr automatisch runter.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Genau das sagte ich ja!)

Ich hatte Ihren Antrag so verstanden, dass Sie generell gegen eine Absenkung sind.

(Abg. Ulrich (B 90/GRÜNE): Nein, deswegen habe ich es eben klargestellt.)

Na gut, wir werden noch besprechen, wie wir abstimmen. - Ich bin am Ende meiner Redezeit, den letzten Satz möchte ich dazu benutzen, noch einmal darauf aufmerksam zu machen, dass wir als saarländischer Landtag eine Vorbildfunktion haben. Auf dem Dach des Landtages gibt es trotz Denkmalschutz immer noch die Möglichkeit, mit Sonnenkollektoren einen symbolischen Beitrag zu leisten. Vielleicht gelingt es jemand anderem, dies in der nächsten Legislaturperiode durchzusetzen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Das Wort hat der Abgeordnete Stefan Pauluhn von der SPD-Landtagsfraktion.

**Abg. Pauluhn (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich nur zu Wort gemeldet, weil eben vergessen wurde, die Überweisung der Anträge zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu beantragen. Die Themenstellungen werden in den verbleibenden Tagen sicherlich nicht abschließend behandelt werden können und werden uns in der neuen Legislaturperiode erneut beschäftigen. - Danke schön.

**Vizepräsidentin Ries:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Aussprache. Es ist beantragt, dass alle Anträge in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen werden.

Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge der DIE LINKE-Landtagsfraktion Drucksache 14/712, der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 14/731, der B 90/GRÜNE-Landtagsfraktion Drucksache 14/735, der CDU-Landtagsfraktion Drucksache 14/713, der SPD-Landtagsfraktion Drucksache 14/722 und der B 90/GRÜNE-Landtagsfraktion Drucksache 14/719.



**(Vizepräsidentin Ries)**

Wer dafür ist, dass alle diese Anträge in den Ausschuss überwiesen werden, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Ich stelle fest, dass die Anträge Drucksache 14/712, 14/731, 14/735, 14/713, 14/722 und 14/719 einstimmig, bei Enthaltung der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion, in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen worden sind.

Wir kommen zu den Punkten 11, 12 und 26 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den von der CDU-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Konsequenzen aus dem Stresstest für das französische Kernkraftwerk Cattenom (Drucksache 14/716)**

**Beschlussfassung über den von der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Stilllegung des Atomkraftwerks Cattenom (Drucksache 14/720)**

**Beschlussfassung über den von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten Antrag betreffend: Cattenom abschalten - Atomkraft ist unbeherrschbar (Drucksache 14/725)**

Ich eröffne die Aussprache und gebe dem Vorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Dr. Christoph Hartmann das Wort.

**Abg. Dr. Hartmann (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Über dieses Thema hat es wiederholt Debatten in diesem Hause gegeben. Es wurden gemeinsame Resolutionen verabschiedet, uns eint über alle Fraktions- und Parteigrenzen hinweg der Wunsch, für die Sicherheit der saarländischen Bevölkerung zu sorgen. Deswegen sind wir gemeinsam der Meinung, dass Cattenom so schnell wie möglich abgeschaltet werden soll. Inhaltlich ist deshalb zu dem Thema alles gesagt. Die Fraktionen haben mich gebeten, offiziell im Namen aller Fraktionen zu beantragen, dass auf eine weitere Aussprache verzichtet wird und dass die Anträge in den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr überwiesen werden.

Gleichzeitig gibt es mir die Möglichkeit, mich nach fast zehnjähriger parlamentarischer Tätigkeit, zwei Jahre im Deutschen Bundestag und 7,5 Jahre im saarländischen Landtag, von Ihnen zu verabschieden. Es war für mich persönlich eine sehr bewegende Zeit. Ich bin Ihnen allen sehr dankbar für die vielen menschlich guten und inhaltlichen Gespräche, die wir geführt haben über Fraktions- und Par-

teigrenzen hinweg, bei denen wir - so meine feste Überzeugung - die eine oder andere Herausforderung, die sich in diesem Land ergeben hat, gemeinsam angepackt und es geschafft haben, einige Probleme zu lösen.

Sie entschuldigen, wenn ich an dieser Stelle insbesondere auf meine letzte Tätigkeit rekurriere und auch die Personen nenne, mit denen ich an dieser Stelle am meisten zu tun hatte: Herr Professor Bierbaum, lieber Eugen Roth, lieber Ulrich Commerçon, auch wenn er nicht da ist, Hubert Ulrich, Bernd Wegner. Das waren diejenigen, die mich in der Zeit am meisten „begleitet“ haben und deren Kompetenz, deren Gespräch, aber auch deren Kritik und deren „Kontrolle“ ich geschätzt habe. Ich glaube, es waren immer konstruktive Auseinandersetzungen. Wir haben uns bei unterschiedlicher Sicht der Dinge immer bemüht, das Richtige für die Menschen zu tun.

Das Gleiche, nur in vielleicht größerem Maße, steht uns bevor, wenn wir an die nächste Legislaturperiode denken. Das, was passiert, wenn die Liebesheirat denn zustande kommt und sie auch die ganze Legislaturperiode hält, wird die Jahre 2012 bis 2017 prägen. Eine Zeit, in der sicherlich auch über die Zukunft des Saarlandes mit entschieden wird. Eine Zeit, in der eine neue Förderperiode der EU mit sicherlich großen Veränderungen beispielsweise in der Wirtschaftspolitik, in der Sozialpolitik und in der Agrarpolitik ins Haus steht. Eine Politik, bei der dann nicht mehr ich, sondern viele, die hier sitzen, die Verantwortung dafür tragen werden, dass es den Menschen in unserem Land besser geht.

Ich wünsche denjenigen, die dann diese Verantwortung tragen, das glückliche Händchen, das sie brauchen und die weisen Entscheidungen, um bei den ganzen auch ideologischen Debatten - die wir häufig geführt haben - immer wieder im Blick zu behalten, dass es nicht nur um die eigene persönliche Karriere geht, sondern darum, dieses Land und die Menschen in diesem Land ein Stück weit zu begleiten und bessere Rahmenbedingungen für diese Menschen zu schaffen.

Ich wünsche Ihnen allen persönlich alles Gute. Auch wenn mich mein Weg wahrscheinlich außerhalb des Saarlandes bringen wird, so wird man sich doch an der einen oder anderen Stelle wiedersehen. Dieses Wiedersehen wird von meiner Seite aus zumindest in einer guten, in einer offenen und in einer freundschaftlichen Art erfolgen. Alles Gute - insbesondere Gesundheit - für die Zukunft. - Herzlichen Dank.

(Beifall des Hauses.)

**Vizepräsidentin Ries:**

Herzlichen Dank, Herr Dr. Hartmann. Vom Fraktionsvorsitzenden der FDP-Landtagsfraktion Dr. Christoph Hartmann ist für alle Landtagsfraktionen bean-

**(Vizepräsidentin Ries)**

trägt worden, die Anträge Drucksache 14/716 und Drucksache 14/720 sowie Drucksache 14/725 in den zuständigen Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr zu überweisen.

Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag auf Überweisung der Anträge 14/716 und Drucksache 14/720 sowie Drucksache 14/725 einstimmig, mit Zustimmung aller Fraktionen, angenommen ist. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht anwesend.

Wir kommen zu Punkt 13 der Tagesordnung:

**Beschlussfassung über den vom Minister der Finanzen eingebrachten Antrag betreffend: Veräußerung einer unbebauten landeseigenen Forsteinfläche in Homburg, Bexbacher Straße (Gemarkung Erbach-Reiskirchen) (Drucksache 14/706)**

Zur Berichterstattung erteile ich Herrn Abgeordneten Reinhold Jost das Wort.

(Zurufe aus der SPD.)

**Abg. Jost (SPD), Berichterstatter:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag hat bereits in seiner Sitzung am 17. Dezember 2009 der Veräußerung der auch heute zum Verkauf anstehenden Teilfläche aus dem landeseigenen Grundstück in der Gemarkung Erbach-Reiskirchen zugestimmt. Allerdings ist es damals aus Gründen, die der ursprüngliche Kaufinteressent zu vertreten hat, nicht zu einem Abschluss des Kaufvertrages gekommen.

(Präsident Ley übernimmt den Vorsitz.)

Inzwischen hat die Stadt Homburg für den vorgesehenen Bereich einen Bebauungsplan erstellt, sodass für Ansiedlungsmaßnahmen und weitere gewerbliche Nutzungen nunmehr Planungssicherheit besteht. Eine inzwischen gegründete Projektgesellschaft, an der auch der ehemalige Kaufinteressent beteiligt ist, hat inzwischen ein Finanzausgleichskonzept für den Erwerb, die Erschließung, Parzellierung und Vermarktung des gesamten Bebauungsgebietes erarbeitet, das vorsieht, dass die Projektgesellschaft in einem ersten Schritt das benötigte Grundstück vom Land erwirbt.

Die Projektgesellschaft ist bereit, die zum Kauf angebotene Teilfläche von rund 17 Hektar zum Kaufpreis von 1,275 Millionen Euro zu erwerben. Der Kaufpreis entspricht dem vom Gutachterausschuss für Grundstücksangelegenheiten für den Saarpfalz-Kreis ermittelten Wert, der sich für gewerbliche Flä-

chen in Homburg seit Anfang 2009 nicht verändert hat.

Der Ministerrat hat der geänderten Konzeption mit Beschluss vom 31. Januar 2012 zugestimmt und gebeten, zum Verkauf der landeseigenen Teilfläche die erneute Einwilligung des Landtages zu der beabsichtigten Veräußerung einzuholen.

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ausschuss für Finanzen und Haushaltsfragen hat sich in seiner Sitzung am 29. Februar 2012 mit diesem Veräußerungsvorhaben befasst und empfiehlt dem Plenum einstimmig bei Enthaltungen der DIE LINKE-Landtagsfraktion und der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-Landtagsfraktion die Annahme des Antrages des Finanzministers, der Ihnen als Drucksache 14/706 vorliegt. „Deckmols merci. Hall'n auch Cu-raasch.“ - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD.)

**Präsident Ley:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter und eröffne die Aussprache. - Wortmeldungen sind nicht eingegangen. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer für die Annahme der Drucksache 14/706 ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann stelle ich fest, dass der Antrag Drucksache 14/706 einstimmig angenommen ist bei Enthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich Ihnen allen am Ende unserer letzten Sitzung dieser verkürzten Wahlperiode - von uns allen beschlossen - dafür danken, dass Sie sich in den vergangenen beiden Jahren so sehr für unser Land engagiert haben. Mit dem Ende der Wahlperiode beenden eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen ihre Mitgliedschaft hier im Parlament. Im Namen des gesamten Landesparlamentes danke ich diesen Kolleginnen und Kollegen für den Beitrag, den sie als Abgeordnete im politischen Ringen um die Zukunftssicherung unseres Landes geleistet haben.

Ich will stellvertretend nur diejenigen nennen, die nicht mehr für den Landtag kandidieren und ihnen Danke schön sagen. Wir verabschieden heute unseren Kollegen Karl-Josef Jochem, der seit 2009 Zweiter Vizepräsident des saarländischen Landtages war und dem Landtag von 1992 bis 1994 und ihm dann wieder seit 2004 angehört hat. - Vielen Dank, Herr Kollege Karl-Josef Jochem.

(Beifall des Hauses.)

Außerdem kandidieren die folgenden Kolleginnen und Kollegen nicht mehr: Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Christoph Hartmann, der dem Parlament seit

**(Präsident Ley)**

2004 angehört. Herzlichen Dank. Herr Minister a.D. Karl Rauber, der dem Landtag von 1994 bis 1999 angehört hat, ebenfalls herzlichen Dank. Herr Abgeordneter Edmund Kütten, der dem Landtag seit 2004 angehört. Er ist heute leider erkrankt. Ihm ebenfalls auf diesem Weg herzlichen Dank. Frau Abgeordnete Silke Biendel, die seit 2009 dem Landtag angehört hat, ebenfalls herzlichen Dank. Herr Abgeordneter Horst Hinschberger, im Landtag seit 2009, herzlichen Dank. Herr Abgeordneter Christoph Kühn, der dem Landtag seit 2009 angehört, herzlichen Dank. Und Herr Abgeordneter Christian Schmitt, der ebenfalls dem Landtag seit 2009 angehört, herzlichen Dank.

(Beifall des Hauses.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche insbesondere diesen Kolleginnen und Kollegen und ihren Angehörigen auch ganz persönlich viel Glück, Gesundheit und Erfolg auf ihrem weiteren Lebensweg.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende unserer 33. Sitzung in der verkürzten 14. Wahlperiode angelangt. Ich schließe unsere Sitzung.